

NOVEMBER 1992
- JANUAR 1993

2. Jahrgang
Nr. 5

erscheint vierteljährlich

ZEITUNGSPROJEKT ANTIFASCHISTISCHER UND ANTIRASSISTISCHER GRUPPEN

aus dem Inhalt:

3,- DM



Meldet Euch:

- wenn Ihr rassistische oder faschistische Schmierereien entdeckt
- wenn Euch Treffen alter und neuer Nazis bekannt werden
- wenn Ihr Bedrohungen und Einschüchterungen durch Nazis erlebt bzw. davon hört
- wenn Ihr Kontakte sucht oder andere Infos weitergeben wollt



c/o: Buchladen O 21, 1000 Berlin 36, Oranienstr. 21



DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON

- sammelt Informationen über rassistische Diskriminierungen, Bedrohungen und Übergriffe, über Aktivitäten rassistisch orientierter Organisationen und Parteien
- dokumentiert und veröffentlicht die eingehenden Meldungen
- benutzt die Informationen und Erfahrungen, um zusammen mit anderen Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierungen vorzugehen und um den Kampf für die Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen zu unterstützen
- vermittelt, soweit als möglich, Rechtsanwältinnen, Beratungsstellen und Initiativen für die von Rassismus Betroffenen
- informiert über Treffen, Veranstaltungen, Gruppen zum Thema Antirassismus

ZAG
impressum

Zeitungsprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen
Gemeinsam herausgegeben von:
Antirassistische Initiative e.V.
Antifa-Info-Telefon
Antirassistisches Telefon Ostberlin
(Adressen auf der Rückseite des Heftes)
Umverteilen! - Stiftung für eine, solidarische Welt

Redaktionsanschrift:
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
W-1000 Berlin 61
Tel.: 030-7857281
(Antirassistisches Telefon)
FAX: 030-7869984
Konto: Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto - Nr. : 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

V.i.S.d.P.: Sabine Seyb,
Andreas Roesner
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Satz und Belichtung: tripple AAA,
Brunnenstr. 24
Auflage: 2000
Druck: Hinkelstein
Redaktionsschluß für diese Ausgabe:
1.10. 92
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden

inhalt

VORWORT

Der interne und allerletzte Redaktionsschluß des neuen ZAG (Nummer 5) fällt auf einen historischen Tag – den 9. November. An diesem Tag war nicht nur die Novemberrevolution von 1918 und der Fall der Mauer 1989, der 9. November ist auch der Tag des versuchten Hitler-Putsches von 1923 und der antijüdischen Pogromnacht von 1938. Und heute? Während Flüchtlingsheime brennen und «ausländisch» aussehende Menschen auf offener Straße umgebracht werden, haben Regierungskoalition und große Teile der SPD nichts besseres zu tun, als die Stimmung weiter anzuheizen und zu versuchen, das Grundrecht auf Asyl zu kippen. Alltäglich in den Medien inszeniert ist diese unsägliche Asyl-Diskussion mitverantwortlich für die Pogrome, die in Rostock, in Greifswald, Schönau, Hünxe und anderswo stattfinden. Suggeriert sie doch dringenden Handlungsbedarf bei scheinbar handlungsunfähiger Politik, will Deutschland nicht von «Asylantenfluten überströmt werden und untergehn». Der Mob darf sich zum Schlagen und Morden legitimiert fühlen. Als Allheilmittel propagieren die Brandstifter in Bonn die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Gleichzeitig rufen Kohl und die anderen Heuchler zur Demonstration in Berlin auf, unter dem Motto: «Die Würde des Menschen ist unantastbar». Doch die Würde allzu vieler Menschen in Deutschland ist längst angetastet und wird von der Bonner Politik tagtäglich in Frage gestellt. Dazu muß nicht erst der Artikel 16 geändert werden. Rassistische Gesetze wie das «Ausländergesetz» oder das «Asylverfahrensgesetz» schränken die Rechte der hier lebenden EinwanderInnen und Flüchtlinge mehr und mehr ein. AsylbewerberInnen aus Rumänien, hauptsächlich Roma, können seit dem Inkrafttreten des neuen Abkommens zwischen Bonn und Bukarest am 1. November leichter abgeschoben werden (siehe Schwerpunkt in diesem Heft), die Sozialhilfe für Flüchtlinge soll auf 75 Prozent gekürzt und in Sachleistungen ausgezahlt werden.

Trotzdem ist es wichtig, daß erstmals in Deutschland 350.000 Menschen gegen Rassismus auf die Straße gegangen sind, davon viele für den Erhalt des Artikels 16. Die Proteste gegen die Heuchelei der Bonner Politik zu einem angeblichen «Angriff auf eine friedliche Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und für Menschenwürde» umzudeuten, ist ein erneuter Versuch von Politik und Medien, Linke und Autonome mit Faschos gleichzusetzen. Aus der rechten Gefahr wird die «Bedrohung der Demokratie durch Linksterroristen und rechte Jugendliche». Mit den Protesten wurde verhindert, daß Deutschland seine Weste innerhalb der Weltöffentlichkeit weißwaschen und die internationale Presse und die ausländischen Investoren beruhigen kann. Eine Auseinandersetzung mit den in der Bevölkerung und Politik verankerten rassistischen Denkstrukturen fand wieder einmal nicht statt, die Demonstration war eher eine gute Gelegenheit, öffentlichkeitswirksam sein schlechtes Gewissen spazieren zu führen.

Schaut mensch nach Eberswalde, Rostock und Sachsenhausen erschreckt der nationalistische, völkische Konsens, der in Deutschland herrscht. Daran ändert auch eine Großdemonstration nichts. Die Zustimmung, Teilnahmslosigkeit oder Ohnmacht, mit der viele Menschen der rassistischen Politik, dem Rassismus und dem Antisemitismus begegnen, erinnert fatal an die 30er Jahre. Wehret den Anfängen? Es hat schon angefangen!

Die Redaktionsgruppe

INFOS ZUM ZAG

Wir wollen im ZAG Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, über den Widerstand und Aktionen gegen rassistische und faschistische Gewalt berichten und die Meldungen, die bei den Infotelefonen eingegangen sind, dokumentieren und veröffentlichen.

Das ZAG soll nicht nur uns, den drei herausgebenden Info-Telefonen, sondern auch anderen antirassistischen und antifaschistischen Gruppen die Möglichkeit bieten, Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen und Ankündigungen zu veröffentlichen.

Ziel und Aufgabe der Info-Telefone und des ZAG ist es:

- Menschen, die konkret von faschistischer Gewalt, rassistischen Diskriminierungen oder staatlichen Maßnahmen betroffen sind, solidarisch bei ihrer Gegenwehr zu unterstützen.
- zu einer starken Gegenöffentlichkeit beizutragen, das Wegsehen und Schweigen gegenüber dem alltäglichen Rassismus und der faschistischen Gewalt zu durchbrechen.
- Antirassistische und antifaschistische Aktionen durchzuführen und zu unterstützen.

Die Qualität und der Informationsgehalt des ZAG hängt auch von Eurer Mitarbeit ab. Deshalb: Gebt Eure Informationen und Erfahrungen an die Infotelefone weiter. Soweit es uns möglich ist, werden bei der ZAG eingehende Artikel wörtlich übernommen. Wortwahl und Inhalte von Beiträgen, die von Einzelpersonen oder Gruppen unterzeichnet sind, sind Ausdruck von deren Politik und stimmen nicht unbedingt mit den politischen Ansichten der ZAG-Herausgeber-Gruppen überein.

Redaktionsschluß für das nächste ZAG: 15. Januar 1993

Weil es ziemlich arbeitsaufwendig ist, die Texte druckfertig zu machen (abtippen, Korrektur lesen, usw.), bitten wir alle, denen dies möglich ist, uns ihre Artikel auf Diskette (ohne Druckformat, mit Angabe des Textverarbeitungssystems und einem Textausdruck) zuzusenden. Fotos und anderes Layout-Material bitte nicht vergessen!

Außerdem danken wir allen, die das ZAG bisher mit Spenden und Abos unterstützt haben. Wie auch die Erfahrungen anderer Zeitungsprojekte zeigen, ist es in der Bundesrepublik fast unmöglich, als alternative oder linke Zeitung die Kosten ausschließlich durch die Verkaufserlöse abzudecken. Deshalb sind wir auch weiterhin auf Eure Spendenfreudigkeit und möglichst regelmäßige finanzielle Unterstützung angewiesen.

Die Redaktionsgruppe

ERSCHEINUNGSFORMEN, AUSMASS UND URSACHEN VON RASSISMUS IN DEUTSCHLAND

von Siegfried Jäger (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung DISS)

Einige Thesen für die Podiumsdiskussion auf dem «Multikulturellen Freundschafts-Fest des DGB Düsseldorf» am 26.9.1992 – «Gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit – für eine multikulturelle Gesellschaft» (Teilnehmer u.a. Innenminister NRW Dr. Herbert Schnoor, Bernt Engelmann, Yilmaz Karahasan (IG-Metall-Vorstand), Gilbert Yimbou (Krupp-Stahl AG)

Anlaß der heutigen Diskussion ist, daß die Kette rassistisch motivierter Gewalttaten in Deutschland nicht abreißt. Auch an diesem Wochenende werden wieder Flüchtlinge bedroht, geschlagen und verletzt. Die Attacken gegen Flüchtlingsunterkünfte und einzelne Menschen werden immer brutaler und offensichtlich auch immer professioneller vorbereitet. Es werden Bomben gebaut und gelegt, es werden ausgeklügelte Strategien entwickelt, wie man die Einwanderer und Flüchtlinge mit Gewalt aus Deutschland vertreiben bzw. von deutschem Boden fernhalten kann.

Zur gleichen Zeit wird auf der politischen Bühne die Diskussion um die Aushöhlung des Asylrechts weiter zugespitzt. Der Artikel 16 des Grundgesetzes steht bereits seit Jahren zur Disposition; mit der Infragestellung des Artikels 19 wird ein grundlegendes demokratisches Recht tangiert. Dabei geht es überhaupt nicht um den Artikel 16 GG. Das weiß jeder Politiker. Die unsinnige Diskussion über diesen Artikel hat ausschließlich symbolische Funktion und verdeckt die soziale Misere, in der sich die Flüchtlinge befinden. Sie wird geführt mit der Absicht, in der Bevölkerung eine Stimmung gegen Ausländer zu erzeugen, die die Politik legitimiert, die Grenzen Deutschlands und Europas gegen den Rest der Welt abzuschotten. Sämtliche Medien tragen mehr oder minder stark dazu bei, diese Kampagne zu unterstützen und Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der Bevölkerung zu verbreiten und zu verfestigen.

Gewalt gegen Flüchtlinge und Einwanderer – das ist die eine Seite der Medaille. Die Politiker und Pressekampagnen gegen diese Menschen – das ist die andere.

Weshalb geschieht das? Wie hängen diese beiden Seiten zusammen? Wieso werden – aus scheinbar heiterem Himmel – nun bereits seit etwa zwei Jahren zunehmend Überfälle und Anschläge gegen Menschen verübt, die bei uns Arbeit, Zuflucht, Überleben suchen?

Auf der Grundlage unserer Untersuchungen zum alltäglichen Rassismus und zum Auftreten rassistischer Diskurse in den Medien möchte ich zu diesen Fragen einige Thesen vortragen, die zur Klärung beitragen sollen.

Zunächst aber möchte ich ganz knapp erläutern, was ich unter Rassismus verstehe.

Rassismus liegt dann vor, wenn Menschen, die anders aussehen, als die einheimische Mehrheit, oder andere Sitten und Gebräuche pflegen, eine andere als die einheimische Sprache sprechen, eine andere als die im Lande üblichen Religionen praktizieren etc. deshalb negativ bewertet und aus der Position der Macht der Einheimischen heraus diskriminiert, benachteiligt und angegriffen werden.

Rassismus kann von Einzelpersonen, Institutionen, Parteien und Verbänden, und durch Gesetze und Verordnungen ausgeübt werden.

Nun aber zu den Thesen:

1. Der Rassismus hat eine lange Geschichte und erreicht heute nur einen weiteren Höhepunkt.

Rassismus und rassistisch motivierte Gewalttaten werden heute meist mit Ortsnamen wie Hoyerswerda, Hünxe, Saarlouis und Rostock in Verbindung gebracht. Doch Rassismus und Antisemitismus gibt es in Deutschland seit Jahrhunderten. Und dies führte immer wieder zu Verfolgungen, Pogromen mit dem Höhepunkt der Massenvernichtungen von Juden, Cinti und Roma, Kriegsgefangener, Behinderter, Schwuler im Faschismus.

Doch auch nach dem Krieg lebten Rassismus und andere Formen massiver Diskriminierung von Menschen, die nicht der deutschen Norm entsprachen, weiter fort. Doch meist eher unter der Decke, wie ein Schwelbrand, der hier und da schon einmal aufflackerte, z.B wenn Wahlen ins Haus standen, aber bisher in keinem Fall die massenhaft gewalttätige Verlaufsform fand, wie in den letzten Jahren.

Rassismus in der Bevölkerung war eher mit einem Klavier zu vergleichen, auf dem man gelegentlich klimperte, womit man aber auch jederzeit wieder aufhören konnte. Das ist inzwischen anders geworden. Der Rassismus der Bevölkerung hat sich verselbständigt. Man fühlt sich an die Zauberlehrlinge erinnert, die die Geister, die sie gerufen hatten, nicht mehr loswurden.

In der nüchternen Sprache der Wissenschaft formuliert, heißt dies: Heute sind nahezu alle Menschen in Deutschland mehr oder minder massiv in rassistische Diskurse verstrickt. Rassismus ist im heutigen Deutschland zu einer nahezu flächendeckenden Gemütsbewegung geworden.

2. Rassismus ist kein Jugendproblem.

Die Verstricktheit nahezu aller Menschen in unserem Land in den rassistischen Diskurs geht einher mit der Bereitschaft, das sogenannte Ausländerproblem mit Gewalt zu lösen.

Das gilt für alle Menschen, die rassistisch eingestellt sind, nicht nur für Jugendliche. Als aktivste Gruppe in der Bevölkerung sind es aber vor allem Jugendliche, die bereit sind, das verbreitete rassistische Denken auch in Taten und Tätlichkeiten umzusetzen. Sie empfinden sich aber nur als die Vollstrecker des allgemeinen Volkswillens.

3. Rassismus ist kein ostdeutsches Problem.

Ebensowenig wie Rassismus ein Jugendproblem ist, ist er ein Problem insbesondere der ostdeutschen Bevölkerung. Die Verstricktheit der Menschen in Rassismus ist in den alten Bundesländern mindestens ebenso stark wie in den fünf neuen Ländern.

Wenn in den letzten Monaten die Anzahl der Anschläge gegen Flüchtlinge und Einwanderer im Osten größer geworden ist als im Westen, dann liegt das daran, daß die praktizierte Ansiedlungspolitik hier zunehmend infamer und skrupelloser durchgeführt wird als im Westen.

Rostock ist nach unseren Erkenntnissen ein auf lange Hand vorbereitetes Schurkenstück gewesen, in das Politik und Polizei zutiefst verstrickt sind. Das inszenierte Pogrom sollte dazu dienen, die angebliche Notwendigkeit einer höchst restriktiven Ausländerpolitik im Vorfeld der Vereinigung des Europäischen Marktes mit einem Knall in die Köpfe der Menschen in diesem unseren Lande hineinzukatapultieren.

Der Schauplatz für diese Inszenierung war allerdings gut gewählt: Rostock, Plattenbausiedlung, «Arbeiterschließfächer», hohe Arbeitslosigkeit, verbaute Zukunftsperspektive, gedemütigte Menschen – ein Pulverfaß, an das man nur noch die Lunte zu legen brauchte.

4. Rassismus ist kein Problem der sozial Schwächeren.

Rassismus ist auch nicht vorwiegend ein Problem der sozial Schwächeren. Unsere eigenen qualitativen Untersuchungen und auch andere stärker quantitativ verfahrenden Untersuchungen zeigen, daß Rassismus in allen gesellschaftlichen Schichten grassiert, ja, es zeigen sich bei sozial schwächeren Jugendlichen sogar stärkere Solidarisierungseffekte mit Einwanderen und Flüchtlingen als bei sozial stärkeren Jugendlichen.

5. Rassismus bietet zentrale Anknüpfungspunkte für den Rechtsextremismus.
Rassismus ist ein Kernideologem des Rechtsextremismus. Die rechtsextreme Ideologie zentriert sich um die Auffassung, daß alles Soziale Natur sei und damit schicksalhaft und unveränderlich. In der Natur aber herrscht das Recht des Stärkeren.
Dieser sozialdarwinistische Ansatz prägt das Menschenbild des Rechtsextremismus, sein Bild der Frau als Reproduzentin des Volkes, sein Bild der Gesellschaft als völkisch und auf biologischer Abstammung basierend etc., etc. Menschen anderen Aussehens und anderer Lebensgewohnheiten werden unter dem Gesichtspunkt der anderen Natur wahrgenommen; sie werden als andere «Rassen» konstruiert, denen gegenüber die nordischen Rassen überlegen seien.
Bei der Durchsetzung dieser Ideologie kommt rechtsextremen Ideologen die Tatsache entgegen, daß Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der Bevölkerung tief verwurzelt sind.
Besonders in den Wahlkämpfen argumentieren alle rechtsextremen Ideologen und Parteien rassistisch und naturalisierend. Sie gehen davon aus, daß die im Rassismus enthaltene Idee, alles Soziale sei bloße Natur, den Anknüpfungspunkt für andere rechtsextreme Ideologeme darstellt, die man nur noch nachzuschieben habe, um im Bewußtsein der Menschen geschlossene rechtsextreme Weltbilder zu installieren.
Rechtsextreme Parteien und Propagandisten erzeugen aber den in der Bevölkerung herrschenden Rassismus nicht, sie versuchen ihn für sich zu nutzen; wie's aussieht: mit zunehmendem Erfolg.
Sie profitieren von der Asyldebatte, von den Anschlägen gegen Flüchtlingsheime, insgesamt: vom in der Bevölkerung durch die anderen Parteien und Politiker sowie die Medien durchgesetzten Rassismus.
Sie versuchen zwar, den Volkszorn mit anzuheizen, um desto lauter nach dem starken Mann rufen zu können; sie unterstützen die Bombenwerfer und versuchen sie zu organisieren, militärisch auszubilden etc. Aber sie sind in erster Linie Nutznießer und Profiteure einer Entwicklung, die sie allein nicht hätten zustandebringen können.

6. Es gibt keine Menschenrassen, Rassismus ist reine Ideologie.
Rassismus liegt die Vorstellung zu Grunde, es gäbe menschliche «Rassen» – und Kulturen, die unveränderlich, auf jeden Fall aber im Grunde unverträglich sind.
Die Vorstellung, daß es Menschenrassen gibt, ist wissenschaftlich widerlegt. Die Unterschiede innerhalb von Menschengruppen, die man als «Rassen» zu definieren versuchte, sind größer als solche zwischen den Gruppen, die man als «Rassen» zu definieren versuchte.
Historisch hat sich gezeigt, daß sich Kulturen, die zudem selbst nie homogen sind, ständig verändern und entwickeln, besonders wenn sie mit anderen Kulturen in Berührung kommen. Das Buch von Bernt Engelmann «Du Deutsch» legt davon beredtes Zeugnis ab.
Rassismus und Ethnozentrismus haben keinerlei wissenschaftlich vertretbare Basis. Wir können auch sagen: Wie es einen Antisemitismus auch ohne Juden geben kann, gibt es Rassismus insgesamt ohne Rassen. Es handelt sich um Konstruktionen, um reine Ideologien.
Er wird aber projeziert auf Menschen, die in Aussehen und Verhalten von deutschen Menschen abweichen oder als abweichend konstruiert werden.

7. Rassismus hat vielfältige Ursachen, und er ist ein Instrument zur Durchsetzung antidemokratischer Politikkonzepte.
Der in der Bevölkerung latent vorhandene Rassismus wird durch Politiker mit Hilfe der Medien, unter denen sich besonders, aber nicht nur, die BILD-Zeitung hervortut, geschürt und verfestigt.
Weshalb kann das greifen? Und weshalb geschieht das? Welche Funktion hat der Rassismus für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt?
In aller Kürze lautet meine Antwort: Der Einzelne lehnt im Fremden diejenigen Eigenarten ab, die er sich selbst mühselig abtrainieren mußte, wie etwa (meist bloß imaginierte) Faulheit, sexuelle Freizügigkeit, Lust, sich auszutoben etc.
Sein mühsam aufgebautes Normenkorsett muß mit allen Mitteln verteidigt werden. Deshalb wird die deutsche Norm zur Meßlatte der Ablehnung alles Fremden.
Neben dieser mehr psychoanalytisch argumentierenden Begründung ist anzuführen: Der Andere wird als Konkurrent um einen Platz an der Sonne angesehen. Da er in der schwächeren Position ist, glaubt man leicht mit ihm fertig werden zu können. Für den Einzelnen hat Rassismus so Entlastungsfunktion.
Die Propagierung und Durchsetzung von Rassismus aus politischer Perspektive findet statt, weil die betreffenden Politiker ein Gesellschaftsbild favorisieren, das man als völkisch-nationalistisch bezeichnen kann. Hier steht die Staatslehre von Carl Schmitt Pate, der auch für die Staatsauffassung des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle gespielt hat.
Die Eckpfeiler dieser Staats- und Gesellschaftsauffassung sind: Homogenität der Bevölkerung auf der Grundlage von Abstammung und gemeinsamer Geschichte, Sprache, Kultur etc. Von dieser Staats- und Gesellschaftsauffassung haben sich auch unsere Ausländergesetze leiten lassen.
Dieses hier nur kurz angerissene Konzept steht im diametralen Gegensatz zur Vorstellung einer demokratischen Gesellschaft. Ein zweiter politischer Grund für die Stärkung rassistischer Haltungen besteht darin, daß man die Konkurrenzbedingungen und den Lebensstandard der westlichen Industrienationen halten möchte, um sich in der Konkurrenz in Europa gegen die USA und Japan durchsetzen zu können.

8. Die Anwesenheit von Einwanderern und Flüchtlingen in Deutschland ist nicht die Ursache des steigenden Rassismus in der Bevölkerung.
Da dieser Rassismus, so wird weiter argumentiert, die Demokratie gefährde, Rechtsextremismus schüre etc., müsse man dafür sorgen, daß die Ausländer draußen bleiben. Diese Begründung ist wenig überzeugend:
Wenn der Eindruck entsteht, Einwanderung finde bereits massenhaft statt, so ist dieser Eindruck darauf zurückzuführen, daß Flüchtlinge in Sammellager gepfercht werden, daß sie in der Presse, wo man zugleich (wie beim Spiegel) nicht vor Fälschungen zurückschreckt, immer als Masse ins Bild gesetzt werden, wo sie als drohende Fluten, die die Dämme brechen lassen, und als Leute, die unser Boot zum Kentern bringen, und immer wieder als riesige Gefahr für Deutschland beschworen werden.
Wie kann man solchen Darstellungen glauben, wenn sogenannte «deutschstämmige» Aussiedler zu Hunderttausenden aufgenommen werden, die offenbar problemlos integriert werden können? Gleichwohl wird dieses Argument der «massenhaften» Einwanderung dazu benutzt, die Abschaffung des 16 GG zu fordern und zu betreiben.

9. Die Forderung, man solle die Fluchtursachen beseitigen, um das sogenannte «Ausländerproblem» zu lösen, ist scheinheilig.
Der bisherige Zuzug von Einwanderern ist noch relativ klein. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Einwanderung auch nach Deutschland in den nächsten Jahren zunehmen wird. Daran wird keine Paragraphenänderung und kein Grenzzschutz, keine versuchte Abschreckung und keine Anhebung der Entwicklungshilfe etwas ändern können. Die Notleidenden der Dritten Welt haben keine andere Wahl, als die, ihr Land zu verlassen und bei uns und in anderen Ländern Zuflucht zu suchen. Ich habe den Eindruck,

daß die derzeitige Debatte in unseren Parteien die Bevölkerung auf eine solche Situation vorzubereiten versucht, und zwar mit der Absicht, ihre Zustimmung zu immer drastischeren Abschreckungsmaßnahmen zu organisieren.
Das heute häufig zu hörende, human klingende politische Rezept gegen die zunehmende Anzahl von Einwanderern und Flüchtlingen lautet: Fluchtursachen beseitigen!
Ja, wie denn? Läßt sich das so einfach machen angesichts von Hunderten von Jahren währender Ausbeutung und Ausblutung der Herkunftsländer? Angesichts der Tatsache, daß unser Wirtschaftssystem diesen Prozeß von Ausbeutung und Ausblutung weiterhin nutzen will und, im Rahmen weltweiter Konkurrenz, auch nutzen muß?
So sehr es nötig wäre, die Fluchtursachen zu bekämpfen, ebensowenig wird dies gelingen. Die Notleidenden, die fliehen müssen, um zu überleben, werden kommen.
Der Versuch, dagegen eine «Festung Europa» zu errichten, wird scheitern. Deutschland hat die Wahl: Entweder wird es gelingen, die vor Ort jeweils nötige Hilfe zu improvisieren – was es auch kosten mag. Und das wird auf jeden Fall teuer werden und erhebliche Einbußen an Lebensstandard für uns alle bedeuten. Die Alternative dazu wäre, wie Karl Bartels in einem Leserbrief an die FR vom 23.9.92 drastisch formuliert, Massenmord, und zwar durch Krepierenlassen oder militärisch organisierten Genozid.
Die Massenwanderung, die aus der von den Industrienationen verschuldeten Not resultiert, wird nicht aufzuhalten sein. Das muß uns allen klar werden. Und klar werden muß uns auch, daß wir von unserem Wohlstand werden abgeben müssen. Insbesondere wir hier im Westen Deutschlands. Und insbesondere und vor allem diejenigen, die bei uns in Deutschland im Überfluß leben.
Diese Einsicht, so ergaben unsere Untersuchungen, ist bisher aber in Deutschland bei kaum einem vorhanden.

Der Beitrag ist eine Vorabveröffentlichung aus dem Buch SchlagZeilen
Rostock: Rassismus in den Medien
104 Seiten DIN-A-4, ca. 16,- DM
Copyright: DISS, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1, 0203-20249



BIEDERMÄNNER UND BRANDSTIFTER

Kommentar zur Demo gegen Ausländerhaß am 8. 11. von **Micha Wilde, Berlin**

Es scheint, daß in dieser Stadt Heuchler immer noch keinen guten Stand haben. Wer die Menschenwürde mit Füßen (‹Ausländergesetzen›, ‹Rückführungsabkommen›, ‹Asylsicherungsgesetzen›) tritt, sollte sich hier nicht auf ein Podium stellen und heucheln, sie sei unantastbar. Wer einen Verfassungsartikel mit einem unantastbaren Recht aushebeln will, sollte nicht einen anderen im Munde führen. Wer aus puren Machtkalkülen Menschen (diesmal sind es die Flüchtlinge) zu einem Problem macht, der geht daran, die deutsche Geschichte zu wiederholen. Wer jahrelang von «Scheinasylanten» und einem «Ausländerproblem» faselt, sollte sich nicht wundern, wenn braune Horden seine Parolen ausführen und froh sein, nur ausgepfiffen zu werden.
Es scheint, daß wir den geistigen Brandstiftern erfolgreich die Show vermasselt haben. Mit Zehntausenden von Menschen, Hunderten Transparenten, Schildern und Trillerpfeifen, vielen Diskussionen mit DemonstrantInnen, Presseinterviews und ein paar dutzend weichen Gegenständen, wie sie bei schlechtem Theater zum guten Ton gehören.
Es scheint, daß sie vor schäumender Wut über ihre Schlappe das Verhältnis zur Realität verlieren: Mit Steinen sei Herr Weizsäcker eingedeckt worden, von etwa 100 Randalierern. Die schnöde Wirklichkeit: Mehrere Eier und Farbbeutel sowie ohrenbetäubende Mißfallenskundgebungen von Tausenden. Nach dem die Bullen reingeprügelt hatten und die Kundgebung vorbei war, sind aus verständlicher Wut tatsächlich Steine geflogen. Aber, GenossInnen: Diese Farce verdiente es nicht!.
Oder gar: «Hervorragend organisierte **Terrorgruppen**».
Zu «hervorragend organisiert:» Danke für die Blumen, wenn sie wüßten, wie chaotisch unsere Vorbereitung war. Zu «Terrorgruppen»: Fragen Sie mal Blüm, Genscher, Heckel- und Möllemann u.a., die im Westzug streckenweise von eben diesen umringt waren, ob ihnen ein Haar gekrümmt wurde. Und das, wo zwölf Asyldebatten-Tote es eigentlich verlangen, ihnen mindestens ins Gesicht zu spucken.
Nach 24 Stunden war von Steinen zwar kaum noch die Rede, weil sich von den Augenzeugen unter den Politikern keiner traute, diese Medienlügen öffentlich zu wiederholen, in die Hirne hatte sich die hundertfach wiederholte Lüge aber schon eingebrannt: Eine riesige regierungstreue Demonstration wurde von 100 (nicht vieleicht doch 1000?) Chaoten gewaltsam umgedreht. Jeder und jede, die dabei war, müßte es besser wissen: Zwei Demonstrationen, die über weite Strecken zu einer Manifestation gegen die Initiatoren wurde, in denen – selbst für uns überraschend – autonome Parolen fast ausschließlich begrüßt wurden: «Gekonnt diffamieren – unauffällig deportieren – am 8.11. voranmarschieren». Das ist es, was sie so rasend macht.
An uns ist es, zu erklären, daß es für uns **tatsächlich** eine politische und ethische Unmöglichkeit ist, für die Menschenwürde ruhig hinter Leuten her zu demonstrieren, die inzwischen Sinti und Roma außer Landes schaffen wie Sondermüll: Gegen die Zahlung von 30 Millionen.
An uns ist es, zu zeigen, daß der Graben nicht zwischen «Demokraten» und «Radikalen» verläuft, sondern zwischen jenen, die unter der Woche als Brandstifter tätig sind, um am Sonntag mit großem Getöse den besorgten Biedermann zu spielen (nebst ihren jungen Bluthunden), und denen, für die die Würde des Menschen nicht nur unantastbar, sondern auch unteilbar ist.

URTEIL IM EBERSWALDE-PROZESS

Eine zweijährige Bewährungsstrafe für einen Angeklagten, Jugendstrafen bis zu vier Jahren für den Rest: Mit diesem Urteilsspruch endete am 14. September die zweimonatige Verhandlung vor dem Bezirksgericht Frankfurt/Oder gegen fünf Angeklagte, die vor eineinhalb Jahren zusammen mit ca. fünfzig anderen rassistischen Jugendlichen in Eberswalde Amadeu Antonio zu Tode geprügelt und drei weitere afrikanische Vertragsarbeiter schwer verletzt hatten (Die ZAG berichtete kontinuierlich).
Daß es überhaupt zu dieser Verurteilung kam, ist erstaunlich genug. Denn die Ermittlungen im Vorfeld der Verhandlung und der Prozeß selbst schufen für die Angeklagten zunächst «günstige» Voraussetzungen. Erst Wochen nach der Mordnacht begann die Polizei mit intensiven Nachforschungen. Weitere eineinhalb Jahre dauerte es, bis die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen abgeschlossen hatte. Die Aussagen der ZeugInnen im Prozeß lieferten wenig handfeste Beweise: Die damaligen Opfer konnten niemanden identifizieren oder wollten es nicht aus Angst vor späterer Rache. Die zahlreichen Zeugen und Zeuginnen aus der rechten Szene wollten sich nicht erinnern oder logen. Bis zuletzt hofften die Angeklagten, von dieser Taktik des Gedächtnisverlustes zu profitieren. Rechtsanwalt Ronald Reimann, Vertreter der Nebenklage, sagte dazu in seinem Plädoyer: «Je mehr die Zeugen mauerten, desto besser wurde die Stimmung auf der Anklagebank.» Auch die väterlich-gutmütige Prozeßführung des Richters wurde der Schwere der Tat insgesamt nicht gerecht. Oft schien es so, als ob nicht der Tod eines Menschen Anlaß des Prozesses war, sondern ein banaler Ladendiebstahl von Jugendlichen. Der Richter hatte dem offensiven Auftritt der rechten Szene im Gerichtssaal wenig entgegenzusetzen. Während er peinlich genau darauf achtete, daß das Gericht nicht durch Kaugummi kauende ZeugInnen «herabgesetzt» wurde, konnten dieselben ZeugInnen ihren Rassismus unwidersprochen zur Schau stellen. Ein härteres Vorgehen, etwa durch die Vereidigung der ZeugInnen, hätte möglicherweise das kollektive Schweigen durchbrochen. Dennoch wurde im Verlauf der Verhandlung die Tatbeteiligung der Angeklagten immer deutlicher. Teilgeständnisse, aber vor allem der gänzlich unerwartete Auftritt des sechsten Angeklagten, Kai-Nando Böcker, am letzten Verhandlungstag führten schließlich doch zu einer Verurteilung. Er hatte sich vor Prozeßbeginn abgesetzt, war dann von der Polizei in Stuttgart verhaftet worden und belastete bei seiner Vernehmung drei Angeklagte schwer. Das Gericht sah es daher als erwiesen an, daß Marek Jordan, Steffen Hübner und Gordon Klimpel an den tödlichen Schlägen und Tritten gegen Amadeu Antonio beteiligt waren und verurteilte sie wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu je vier Jahren Jugendstrafe. Sven Böcker, der zusammen mit seinem Bruder Kai-Nando Böcker aufgrund seines Images als «fieser Skinhead» in der Öffentlichkeit als Haupttäter galt, war nach Ansicht des Gerichtes nicht an der Ermordung Amadeu Antonios beteiligt. Er gab aber zu, einen anderen Afrikaner mit dem Messer schwer verletzt zu haben und erhielt eine dreieinhalbjährige Jugendstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung sowie Beleidigung und Nötigung. Nur Ronni Jaretzky kam mit einer zweijährigen Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung davon. Er behauptete, Amadeu Antonio geschlagen zu haben, sich aber dann von der Gruppe, die Amadeu Antonio zu Tode prügelte, entfernt zu haben. Das Gericht glaubte ihm und hielt ihm bei der Strafzumessung seine Geständigkeit zugute. Die Angeklagten waren von den Urteilen sichtlich betroffen. Bis zum Schluß hatten sie auf Freisprüche oder Bewährungsstrafen spekuliert.
Für Gefühle der Genugtuung läßt das Urteil allerdings keinen Raum. Die Haftstrafen blieben alle unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft, die für Jugendstrafen zwischen drei und fünfeinhalb Jahren plädiert hatte. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen Totschlags, wie der Vertreter der Nebenklage gefordert hatte. So fand die Lebensgefährtin von Amadeu Antonio die Strafen denn auch zu niedrig. Ebenso empörten sich verschiedenste Organisationen über zu milde Strafen und auch die dazu angeführten Begründungen: Zwar bewertete das Gericht die «ausländerfeindliche» Motivation der Angeklagten als strafverschärfend. Strafmildernd seien jedoch die gesellschaftspolitischen Umstände (Wende, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit) und die Tatsache, daß der Tod Amadeu Antonios nicht geplant gewesen sei, sondern eher Ergebnis einer «jugendtypischen Verfehlung» und eines «Rituals mit Gruppendynamik». Diese Argumente sind bekannt: Sie entlasten die Täter, verharmlosen die Tat und tragen dazu bei, daß Rassismus als Problem einer gewalttätigen Randgruppe abgetan wird. Und sie haben oft wenig mit den realen Lebensbedingungen der Täter zu tun. So hatte die Mehrheit der Angeklagten einen Arbeitsplatz und eine Wohnung. Auch der familiäre Hintergrund oder die Schullaufbahn lieferten keine Hinweise auf überdurchschnittliche soziale Probleme. Eine Verhöhnung der Opfer ist die Argumentation des Gerichts im Fall von Ronni Jaretzky. Nach seinem Motiv befragt, hatte er angegeben, zwei Wochen vor dem Überfall selbst von Afrikanern verprügelt worden zu sein. Das Gericht hielt daher seinen Frust auf «Ausländer» für «nachvollziehbar», auch wenn dies keine Entschuldigung für sein Verhalten sei. Verständnis also für ein rassistisches Rechtfertigungsmanöver.
Drei der Angeklagten legten Revision ein. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, daß gegen zwanzig weitere Personen strafrechtlich ermittelt wird, darunter gegen drei Polizeibeamte wegen unterlassener Strafvereitelung im Amt. Die juristische Aufarbeitung des Mordes an Amadeu Antonio ist also vorläufig beendet. Die Antirassistische Initiative wird über die weiteren Entwicklungen informieren.

Antirassistische Initiative e. V.

Die Abschluß-Dokumentation zum Prozeß befindet sich in Vorbereitung



DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST ANTASTBAR

Wir sind am Sonntag (23.8.92), am 2. Tag der Angriffe von Berlin nach Rostock gefahren, um einen Eindruck zu kriegen von dem, was dort abläuft, um einzugreifen und die AusländerInnen zu schützen.
Gegen abend sind wir in Rostock angekommen, dann die 10km nach Lichtenhagen rausgefahren. Kilometerweit Neubaugebiet, Plattenbauten, ein bißchen wie Neue Heimat, relativ weitläufig mit Rasen dazwischen. Mit einer Schnellstraße und einer S-Bahn als Anbindung an Rostock, aber ansonsten außer Parkplätzen und gelegentlich einem (Spar-)Supermarkt, sozusagen als Zentrum öffentlichen Lebens, keine Infrastruktur, keine Kneipen, nichts. Ein Eindruck von Auto-Fernseher-Familien-Ödnis. Das nächste und einzige Jugendzentrum der Gegend, ein Faschotreff, ist ein paar Kilometer weg.
Das Haus, in dem die ZASt untergebracht war und in dem die VietnamesInnen wohnten, ist ein riesiges Gebäude, dreihundert Meter lang, elf Stockwerke hoch, das größte in dem Gebiet. Das Haus wirkt in der Dunkelheit besonders bedrohlich und bedrückend. Die ZASt war nur ein kleiner Bruchteil in dem Gebäude. In einem anderen Teil, an der Ecke zur Schnellstraße und S-Bahn, vom 6.-11. Stock, wohnten schon seit DDR-Zeiten VietnamesInnen, keine Flüchtlinge, sondern «Vertragsarbeiter»; darunter sind Büroräume. Der überwiegende Teil des Hauses ist «normal» bewohnt. Angegriffen wurde die ganze Zeit nur die Ecke des Hauses, wo oben die VietnamesInnen wohnten, wahrscheinlich wegen der «günstigen» exponierten Lage an der Schnellstraße und dem S-Bahndamm, mit vielen Steinen. Das nur noch mal zur Verdeutlichung, weil jetzt, nachdem die VietnamesInnen unter Lebensgefahr entkommen konnten, so getan wird, als sei deren Anwesenheit gar nicht bekannt und sie wären sowieso nicht bedroht gewesen. Von den RostockerInnen ist uns berichtet worden, daß die VietnamesInnen sich selbst gut organisiert haben, was ja auch an den Videoaufnahmen ihrer Rettung deutlich wird.
Die Eingänge zu dem Haus liegen auf der Rückseite, also nicht auf der Seite, an der das Haus angegriffen wurde. Als wir am Sonntagabend dort waren, waren Tür und Aufgang zu den Wohnungen der VietnamesInnen von einer Polizeikette versperrt. In der Nähe stand ein Wasserwerfer. Wie wir später erfahren haben, waren kurz vorher (also bereits am Sonntag) Faschos in das Haus eingedrungen, hatten den Pförtner angegriffen und verletzt und auch schon unten im Haus Feuer gelegt. Die Polizei hat die Faschos rausgeholt, jedoch niemanden festgenommen, dagegen wurde ein Vietnamese, der etwas aus dem 9. Stock geworfen haben sollte, um die Faschos draußen zu vertreiben, festgenommen.
Wir sind dann vor das Haus gegangen; an die Stelle ca. 200m vom Haus entfernt – vor dem Spar-Markt und zwei offenen Imbissbuden – vwo die Massen von Schaulustigen standen. Zur Schnellstraße hin war der Weg durch eine dünne Polizeikette abgesperrt, auf der Schnellstraße selbst standen Polizei und Wasserwerfer, gegenüber auf dem S-Bahndamm und -brücke viele weitere, johlende ZuschauerInnen. Die Angriffe auf das Haus liefen entlang der Schnellstraße, gegen die dort stehende und das Haus schützende Polizei. In Wellen wurde angegriffen, Mollies und Steine flogen, im Wechsel von Angriff und Rückzug. Unterstützt wurden die Angriffe vom Gejohle und den Rufen der «Schaulustigen», die, nur von der Polizeikette getrennt, vis-a-vis von «ihren Aktiven» standen, die sie wie im Fernsehen beobachten konnten, nur mit dem prickelnden Gefühl, life dabei zu sein. Es waren mehrere tausend «Schaulustige» und ca. 500 Aktive. Die Polizei setzte den Angreifern kaum nach, verhinderte nur, daß sie an das Haus herankamen, schien eher an der Erhaltung des Status Quo ein Interesse zu haben als daran, ihn zu beenden und die Angreifer zu vertreiben. So ging es über Stunden. Die Faschos konnten ungestört, zum Teil unter den Augen von Zivilpolizei, Mollies basteln – die Flaschen dazu kamen aus einem Glascontainer – sich auf der Straße und dem Parkplatz sammeln und gemeinsam angreifen. Die Polizeikette zwischen «Schaulustigen» und «Aktiven» war so löchrig, daß es nicht einmal notwendig war, um den Häuserblock zu gehen, um von einem Bereich zum anderen zu gelangen. Ein Teil der Aktiven war sichtbar organisiert, als Faschisten und feste Gruppe kenntlich, nach Beobachtung anderer z.T. von auswärts. Der größere Teil waren Menschen aus Lichtenhagen oder Umgebung, wie auch unter den Schaulustigen nach unserem Eindruck fast ausschließlich Leute aus der direkten Umgebung waren.
Wir hatten bei den Schaulustigen das Gefühl, vom Ansehen und Verhalten der Leute her, mitten unter den BewohnerInnen von Lichtenhagen zu stehen, die, sozusagen als Abendvergnügen, statt dem Fernsehen, diesem Schauspiel beiwohnten. Viele junge und ältere Paare, kleine Gruppen, einzelne Leute, Kids und – besonders später – viele Männer. Und so richtig Volksfeststimmung. Alle waren sich sichtbar einig, daß das alles ganz toll und richtig ist, was da abläuft. Zwischendrin gab es immer wieder einige, insgesamt aber sehr wenige, nach Aussehen und Verhalten als Faschisten kenntliche Personen. Später, nach Mitternacht, als die meisten schon nach Hause gegangen waren, standen hauptsächlich angetrunkene, gröhlende, ätzende Männer herum.
Wir haben versucht, mit einigen Leuten zu reden, um mehr über die Motive mitzukriegen. Von Jüngeren ist häufig wenig Inhaltliches gekommen, mehr auf der Ebene von «alles Wanzen, die zertreten werden müssen», auch von Menschen, von denen man das nach äußerem Anschein überhaupt nicht erwarten würde. Andere bezogen sich zum einen auf die soziale Situation in dem Gebiet:«Schon genug Probleme, da sind ihnen die Ausländer zuviel», und zum anderen (meistens beides) auf das, was dort abgelaufen ist: Ein Teil der AusländerInnen war gezwungen, direkt vor dem Haus, zwischen Haus und Supermarkt – wo viele Menschen tagtäglich vorbei kommen–, auf der Wiese zu zelten, vor allem Sinti und Roma. Die Verteilung auf andere Heime war gestoppt worden, weil diese angeblich überfüllt waren.
Was die Leute dann dazu sagten lief sehr viel auf der Ebene von Konkurrenz, Belästigung, «Störung der öffentlichen, «deutschen» Ordnung», usw.: Die AusländerInnen hätten geklaut, hätten im Supermarkt mehr Geld gehabt als «die Deutschen», hätten gebettelt, anderen Kindern das Spielzeug geklaut, belästigt, Katzen gebraten, wären dreckig, hätten alles vollgeschissen (zufällig waren extrem wenig Toiletten aufgestellt worden), usw. Es gab faktisch keine Menschen, keine Stimmen, die sich für die AusländerInnen einsetzten, die die Ursachen der Situation dort woanders als bei den AusländerInnen gesucht haben.

Auch in der weiteren Umgebung des Hauses äußerten alle Leute, kommunikationsfreudig wie sie waren, ihre Freude über das Pogrom.
Später, so zwischen 1/2 2 und 3 Uhr nachts, hat es dann noch eine kleine Demo der angereisten AntifaschistInnen gegeben, so ca. 200 Leute, die parolenrufend im inzwischen fast ausgestorbenen Lichtenhagen herumliefen, nach Absprache mit der Ost-Polizei ungestört und ohne irgendwelche Zwischenfälle. Ein Teil dieser Demo, ca. 60 Menschen, ist dann, gerade als sie nach Hause fahren wollten, von frisch angereister Hamburger Polizei auf einem Parkplatz eingekesselt worden. Auf ausdrücklichem Befehl von oben – die Hamburger Polizei hat sich das mehrmals über Funk bestätigen lassen – wurden sämtliche Leute vom Parkplatz in ASOG genommen und abtransportiert, obwohl klar war, daß es sich um AntifaschistInnen handelt. Sie wurden unter z.T. derben Bedingungen fetsgehalten – einige mußten längere Zeit gefesselt auf dem Boden liegen, bzw. wurden in einer Turnhalle mit Faschisten zusammengesperrt. So waren in dieser Nacht von insgesamt 83 Festgenommenen über 60 AntifaschistInnen, was dann in der Presse als «rechte und linke Autonome waren an den Auseinandersetzungen beteiligt» rüberkam.
Wir sind dann ziemlich fertig gewesen. Es war sicher richtig, hingefahren zu sein, weil die direkte sinnliche Wahrnehmung nochmal was anderes ist, als sich das Ganze aus der Distanz in der Glotze anzugucken, aber entsprechend stark und intensiv war das Gefühl von Handlungsunfähigkeit, Ohnmacht und Wut. Und das aus der direkten Wahrnehmung entstandene hartnäckige Gefühl, daß das Ganze von langer Hand geplant, inszeniert und umgesetzt worden ist. Daß wir ZeugInnen eines geplanten Pogroms geworden sind, mit den AusländerInnen als ausgesuchten Opfern.
Da war dann der Montag, der Brand im Haus und das ganze Drumherum, nur noch das i-Tüpfelchen, die Bestätigung vom Ganzen.
Es soll jetzt der Versuch unternommen werden, dieses Gefühl, daß da nicht so zufällig ein Pogrom geschehen ist, für das niemand zu verantworten ist, mit einigen Fakten aus dem Ablauf in den Tagen vor und danach zu untermauern. Wenn es vielleicht auch keine direkten Absprachen und keine gemeinsame Planung gab, so ist auf jeden Fall ein völliger Gleichklang der Interessen zwischen den Faschisten, den Regierenden und den Parteien festzustellen, eine Interessengleichheit, die bis heute ungebrochen ist und die durch solche Initiativen wie die Demo am 8.11. in Berlin nur nach außen hin vertuscht werden soll.



Zur Vorgeschichte:

«...soll man die Kasernen nicht den Asylbewerbern zur Verfügung stellen, um den Druck in der Asyldiskussion aufrechtzuerhalten...» (V. Rühe, Verteidigungsminister, CDU)

Mitte Juni 92 wurde in Rostock, in Anwesenheit von Gerhard Frey, der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der Deutschen Volksunion (DVU) gegründet. 200 Menschen, die diese Veranstaltung blockieren wollten, wurden vom Mecklenburgischen SEK auseinandergetrieben. Angeblich sollen Steine geflogen sein, die aber niemand außer den Einsatzleitern Deckert und Heinzen – schon aus Brokdorf bekannt – gesehen hat. Die Veranstaltung konnte stattfinden. Die 1971 gegründete DVU ist die mitgliederstärkste neofaschistische Partei in der BRD. In der Folge hetzte die DVU in Rostock in Flugblättern und Wurfsendungen speziell gegen Sinti und Roma.
Schon seit Mai'92 werden in Rostock Flugblätter einer «Hamburger Liste für Ausländerstopp» (verantwortlich: M. Andrejewski, ein stadtbekannter Hamburger NPD-Funktionär) verteilt, in denen die Gründung einer «Aktion Rostock bleibt deutsch» angekündigt wird und angeregt wird, eine «Bürgerinitiative in Rostock zu gründen, die deutsche Interessen in Rostock vertritt».
Seit Ende'91 hat es viele «Einwendungen» von BürgerInnen aus Lichtenhagen gegen die ZAST und später gegen die zeltenden AusländerInnen gegeben, ohne daß die

Behörden reagiert haben. In Lichtenhagen hat sich der «Bürgerrat Lichtenhagen» gegründet, der versucht, auf Flugblättern und Hausversammlungen Stimmung gegen die ZAST und die AusländerInnen zu machen. Am Freitag vor den Auseinandersetzungen hat es anonyme Anrufe bei 2 Zeitungen und der Polizei in Rostock gegeben, in denen mitgeteilt wird, daß es zu Demonstrationen in Lichtenhagen kommen wird. «Das wird eine heiße Nacht. Wir werden Ordnung schaffen». Die Antwort von Rostocks Innensenator Magdanz (SPD) in der Zeitung: «Die Polizei ist auf alles vorbereitet». Der Bürgerrat Lichtenhagen hat am Samstag 22.8. vor der ZAST eine Kundgebung gemacht gegen die ZAST und die AusländerInnen. Diese Kundgebung ist der Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen der folgenden Tage gewesen. Erwin Eppler (SPD), Abgeordneter von Lichtenhagen in der Rostocker Bürgerschaft: «Der Überfall kam nicht überraschend. Ganz Rostock hat auf ihn gewartet. Seit Wochen schon haben Rechtsradikale einen Angriff auf das Asylbewerberheim angekündigt.» Und weiter: «Ich habe ja grundsätzlich nichts gegen Ausländer, aber das hier war ja zuviel.» In Lichtenhagen lebten nicht einmal 2% AusländerInnen. SPD-Vizechef Thierse: «Die Ostdeutschen müssen erst noch lernen, mit Ausländern umzugehen.» In Rostock lebten zur Zeit des Pogroms weniger AusländerInnen als zu DDR-Zeiten.

Der ganze Ablauf entspricht einem Konzept, daß Faschisten auf einem Treffen im April '92 abgesprochen haben. «Unser strategisches Ziel: Aktionen überall dort, wo durch soziale Not und durch Asylanten sich die Bevölkerung in einer hochexplosiven Stimmung befindet.»

Von 100.000 EinwohnerInnen in Lichtenhagen sind 17.000 ohne Arbeit, im letzten Jahr betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten 14%, die der Mieten 26%, Kohlen wurden um 27% und die Freizeit um 31% teurer als '91. Das soll keine «Entschuldung» sein, sondern nur die Situation im Plattenbaubezirk Lichtenhagen kennzeichnen.

Peter Magdanz (SPD), Innensenator von Rostock und damit für die ZAST verantwortlich: «Wenn wir weitere Unterkünfte zur Verfügung stellen, kommen noch mehr Asylsuchende. Das zeigt die Erfahrung.» Weiter: «Je mehr Plätze wir bereitstellen, desto mehr Leute kommen nach». Das sind Zitate aus den Norddeutschen Neuesten Nachrichten vom 19.8.92, 3 Tage bevor die Auseinandersetzungen in Lichtenhagen begannen.

Am Dienstagabend, 24 Stunden nach dem Pogrom, antwortet Magdanz auf die Frage des Pressesprechers der SPD-Landtagsfraktion Kurt Degner, ob es in seiner Macht gestanden hätte, die zeltenden Asylbewerber wegzubringen: das wäre in seinen Augen keine Lösung gewesen. Er hätte das wohl tun können, aber am nächsten Abend hätte er die nächste Turnhalle voll gehabt, weil «die telefonieren doch mit Rumänien und dan stünde er am nächsten Abend vor dem gleichen Problem.» Nach Angaben des Ausländerbeauftragten Richter gab es freie Plätze und freie Turnhallen, nach anderen Meldungen standen genug freie ehemalige NVA-Kasernen und Heime zur Verfügung. Übrigens: Magdanz ist immer noch Innensenator von Rostock, Degner ist als Pressesprecher entlassen worden, weil er aus den Aussagen und dem Verhalten von Magdanz und anderen Regionalpolitikern geschlossen hat, daß das Rostocker Pogrom von Politikern provoziert worden ist. Die ZAST ist also, trotz oder gerade wegen der Proteste, bewußt nach Lichtenhagen gelegt und dort belassen worden, die AusländerInnen waren gezwungen, vor der ZAST zu zelten. An einem Ort zwischen Spar-Markt, Schnellstraße und einzigem S-Bahnhof – also am öffentlichsten Ort des Stadtteils. Und das es gerade Sinti und Roma waren, die dort zelten mußten, unter unmöglichen hygienischen Bedingungen, ist sicher auch kein Zufall, sondern Teil des Kalküls.

Die Politiker haben die AusländerInnen sozusagen «bereit gestellt», unter menschenunwürdigen Bedingungen dort leben lassen, die Faschisten haben die Mobilisierung gegen sie organisiert, natürlich mit tatkräftiger Unterstützung der regionalen Medien. Rostock war ein geplantes und willkommenes Pogrom.

Zu den Pogrom-Tagen:

Zitat aus der Ostseezeitung (größte Regionalzeitung): «Die Krawalle von Rostock waren langfristig und sorgfältig vorbereitet. Schon einen Monat vorher hatten «Späher» die sich zuspitzende Situation im Neubauviertel Lichtenhagen genau beobachtet. Die «Kommandozentralen» der «Faschos» in Berlin und Hamburg hätten laufend Informationen erhalten. In Rostock-Lichtenhagen sei ein harter Kern gebildet worden: 17 Akteure von der «Lichtenberger Front» aus Berlin, 6 aus Hamburg und Schleswig-Holstein, 3 aus Cottbus kamen zusammen. Später seien 30 weitere junge Männer aus Dresden und Fürstenwalde eingetroffen. Die Verständigung sei über Funkgeräte erfolgt, die Befehle aus einem weinroten Audi 80 mit Rostocker Kennzeichen gekommen. Insider haben neben dem Fahrer den Extremistenchef Christian Worch erkannt».

Antifas haben neben DVU-Funtionären Mitglieder der NF und der FAP gesehen. Der österreichische Faschist Endres ist festgenommen worden. Siegfried Kordus, der Leiter des mecklenburgischen Landeskriminalamtes, spricht von einer überregional abgestimmten Aktion.

Offensichtlich wußten alle Bescheid – bis auf die Polizei in Rostock, die ist überrascht worden.

Am Samstag, dem 1. Tag, sind zunächst nur Streifenpolizisten aus der Umgebung eingesetzt worden, die viel zu wenige waren und weder ausgebildet noch ausgerüstet. Von ihnen ist im Laufe des Abends 4 mal in die Luft geschossen worden, die meisten wurden verprügelt oder verletzt. Nach ihren Aussagen waren sie drauf und dran, den Einsatzleiter in Lütten Klein zu verprügeln, weil er die Rostocker Bereitschaftspolizei nicht eingesetzt hat. Erst spät in der Nacht kommen Wasserwerfer aus Schwerin. Es hätte so lange gedauert, weil die Fahrer erst noch aus anderen Städten geholt werden mußten.

Am Sonntag, dem 2. Tag, wird die Rostocker Bereitschaftspolizei eingesetzt. Zum ersten Mal wird ein Brand im Aufgang zu den Wohnungen der VietnamesInnen gelegt. Auch außen wird ausschließlich der von den VietnamesInnen bewohnte Teil angegriffen. Der Polizeieinsatz ist hinhaltend: es geht stundenlang zwischen Angriff und Abwehr hin und her.

Verstärkung von auswärts, aus Hamburg und Lübeck und SEK mit Hubschraubern, ist erst nachts um 2 Uhr gekommen, wo nur noch wenig los war. Über 60 AntifaschistInnen wurden eingekesselt und in ASOG genommen.

Am Montag tagte morgens ein Krisenstab in Rostock, an dem Bundes- und Landespolitiker teilnahmen: Innenminister Seiters, Regierungschef Seite und Innenminister Kupfer aus Mecklenburg-Vorpommern, u.a. Rostocks Bürgermeister war nicht eingeladen. Die ZAST wird geräumt, nicht die Wohnungen der VietnamesInnen. Nach der Räumung der ZAST hat der Ausänderbeauftragte Richter die Polizeidirektion Rostock nachweislich nochmal ausdrücklich informiert, daß da noch VietnamesInnen wohnen die noch im Haus sind. Nach dem Brand läßt die Polizeidirekti-

on verlauten, sie hätte von den VietnamesInnen nichts gewußt. In der Zeit bevor und während das Haus brennt, treffen folgende Zufälle aufeinander:

- die auswärtige Polizei wird wieder abgezogen und nach Hause geschickt.
- die verbliebene Polizei hat Schichtwechsel und ist weg.
- Polizei, die in Richtung Lütten Klein stationiert ist, wird nicht eingesetzt, weiß und hört von nichts.
- Polizei in Sichtweite, auf einer Wiese, wird abgezogen.
- Die Polizei- und Feuerwehrrufnummern sind stundenlang nicht erreichbar.

Innenminister Kupfer (verantwortlich für den Einsatz): «Ich war Tag und Nacht vor Ort» – gerade zu der Zeit des Brandes ist er nicht erreichbar: er ist nach Hause gefahren, um sich schlafen zu legen.

Soweit die Kette von Zufällen.

Es gab keine rassistische Gewalt?

Auf eine kleine Anfrage der PDS/LL an die Bundesregierung, ob ihr Informationen darüber vorliegen, daß es bei dem «Schichtwechsel» der Polizei am Montag Verhandlungen zwischen Polizei und Rechtsextremisten gegeben habe, bei denen vereinbart worden ist, daß diese ins Haus dürfen, dementiert die Bundesregierung nicht, sondern sagt lediglich, darüber lägen keine Erkenntnisse vor. Ebensowenig liegen ihr Erkenntnisse über vorbereitende Aktivitäten der Faschisten vor.

Innenminister Kupfer (CDU) sagt im Spiegel: «Lebensgefahr für die Vietnamesen hat nicht bestanden.» Begründung ist, sie hätten keinerlei Anzeichen einer Rauchvergiftung gehabt. Im übrigen seien die Gegner einer Asylrechtsänderung mitschuldig am Pogrom. Unmittelbar nach dem Pogrom hatte er schon «den Bürgern von Rostock» versichert, daß sie vor « militanten Unbelehrbaren geschützt werden».

Kein Bonner oder Landes-Minister ist in der Zeit in Lichtenhagen gewesen oder hat sich bei den VietnamesInnen oder anderen AusländerInnen entschuldigt. Ministerpräsident Seite sagt nach dem Pogrom: Die Widerstände gegen das Heim, zu denen «das zum Teil provokative und kriminelle Verhalten besonders der rumänischen Asylbewerber» beigetragen hätte, «konnten beim besten Willen von niemandem vorhergesehen werden».

Innenminister Seiters sagt direkt nach dem Pogrom, es hätte ein Zusammenwirken von linksextremen Autonomen und rechtsextremen Skinheads in Rostock gegeben. Das hat er Wochen später dementiert: darüber lägen keine Erkenntnisse vor. Von Samstag bis Montag sind mehr Personen festgenommen worden, die der linken Szene zugerechnet werden als der rechten.

Gegen das ZDF-Team, das die VietnamesInnen mit gerettet hat, wird ein Ermittlungsverfahren eröffnet mit dem Vorwurf, die Rettung sei gestellt gewesen und die VietnamesInnen hätten Geld erhalten. Zwischendurch kommt eine Verlautbarung aus Bonn, das Pogrom in Rostock sei von der Stasi gesteuert worden.

Während die Bundesregierung nach 6 Wochen noch keine Erkenntnisse über den Polizeieinsatz in Rostock hat, läuft in der Presse eine totale Desinformationskampagne ab, wo niemand mehr verantwortlich ist – außer den AusländerInnen selbst natürlich – und sämtliche Kriterien und Unterschiede verwischt werden sollen: «rechte und linke Autonome». Gleichzeitig werden die Rechten massiv in die Medien gehievt und sind jeden Tag in der Glotze zu bewundern.

Nachdem französische JüdInnen am Rathaus in Rostock eine Gedenktafel angebracht haben – die inzwischen entfernt wurde – , die einen Hinweis auf rassistische Gewalttaten in Rostock enthielt, erklärt der Referent des Bürgerschaftspräsidenten von Rostock Jahns (SPD) wörtlich: «Wir konnten diesen Text nicht akzeptieren, weil es in Rostock keine rassistischen Gewalttaten gegeben hat.»

Koordination antirassistischer und antifaschistischer Gruppen

Ein Redebeitrag am 29.08.92 in Rostock

WIR HABEN ETWAS ZU SAGEN

Ob Ihr wollt oder nicht wollt, wir sind hierhergekommen. Es werden noch mehr kommen.

Ob Ihr wollt oder nicht, wir leben hier weiter. Wir leben hier weiter, mit dem alltäglichen Kampf gegen das in Euch verwurzelte faschistische Gedankengut.Wir leben; wir arbeiten natürlich mit Konfrontation mit Faschisten!

KZ, Auschwitz, Hoyerswerda und Rostock, können uns nicht zum Schweigen bringen.

Wir sind stolz darauf, daß wir weder Faschisten sind noch ihnen Beifall klatschen. Wir sind weiterhin stolz, daß wir Menschen sind, unsere Menschenwürde und unsere menschlichen Gefühle bewahrt haben.

Leute! Deutsche «Ordnung muß sein» ist vorbei. Ob ihr das versteht oder nicht. Das ist vorbei!

Mit uns, nur mit uns, versteht Ihr, wie faschistisch Ihr seid, mit uns werden Deutsche und das Deutschland antifaschistisch.

Wir können uns nicht auf diesen Staat und die Polizei verlassen, damit sie uns vor Übergriffen schützen. Wir wissen schon lange, daß wir uns selbst schützen müssen.

Die Politiker und die Medien mit ihre aufgeputschten Hetze gegen die Asylbewerber sind mitschuld an den zunehmenden faschistischen Angriffen. Wir lassen es nicht zu, zu Sündenböcken für die Fehler eurer Politiker gemacht zu werden.

Wir sind nicht die Verursacher von der herrschenden Ungleichkeit in diesem Land. Wir selber sind die Betroffenen von Kolonisation, Ausbeutung und der herrschenden ungerechten Weltwirtschaftsordnung mit all ihren Auswirkungen. In einem Klima von Haß und Gewalt zu leben ist zermürbend, doch wir werden weiter kämpfen für unser Recht, hier zu leben. Das ist die Wahl, die wir schon längst getroffen haben. Deshalb fordern wir :

BLEIBERECHT FÜR ALLE ! + MENSCHENWÜRDIGE UNTERBRINGUNG DERER, DIE VOR HUNGER, KRIEG UND VERFOLGUNG FLIEHEN! + STOPPT DIE POGROME GEGEN UNS!

V.i.S.d.P.:N.Sussindran, Grenzenlos, Oranienstr.159,1Berlin 20

Initiative zur Freilassung von David Alezrah, Robert Grynblat und Armand Serfati
Presseerklärung, Sperrfrist: 23.10., 11.00 Uhr

FREILASSUNG VERHATETER JUDEN GEFORDERT

Protestaktion im Berliner Roten Rathaus

Die sofortige Freilassung von drei in Rostock inhaftierten französischen Juden forderte heute Vormittag eine Gruppe Berlinerinnen und Berliner im Rahmen einer Protestaktion im Berliner Roten Rathaus. Es wurden Transparente entrollt und Flugblätter verteilt, in denen es unter anderem heißt:

«In Deutschland werden wieder Juden verhaftet. Während neofaschistische Totschläger und Vergewaltiger allenfalls eine Personalienfeststellung oder milde Bewährungsstrafen erwarten, wird eine Gruppe französischer Jüdinnen und Juden, die in Rostock gegen diese Zustände protestiert, über Nacht festgehalten und gegen drei von ihnen sogar Haftbefehl erlassen». Dies sei ein politischer Skandal. Auf den mitgeführten Transparenten heißt es dazu: «Gestern vergast – heute verhaftet und abgeschoben. – Freilassung und Abschiebestop!».

Mit ihrem Protest solidarisierte sich die Gruppe mit der Aktion und den Forderungen der französischen Jüdinnen und Juden. Die Angehörigen von Überlebenden des Holocaust hatten am Wochenende in Rostock die Kündigung des Deutsch-Rumänischen Abschiebeabkommens gegen Sinti und Roma gefordert und versucht, eine Gedenktafel am Rostocker Rathaus anzubringen.

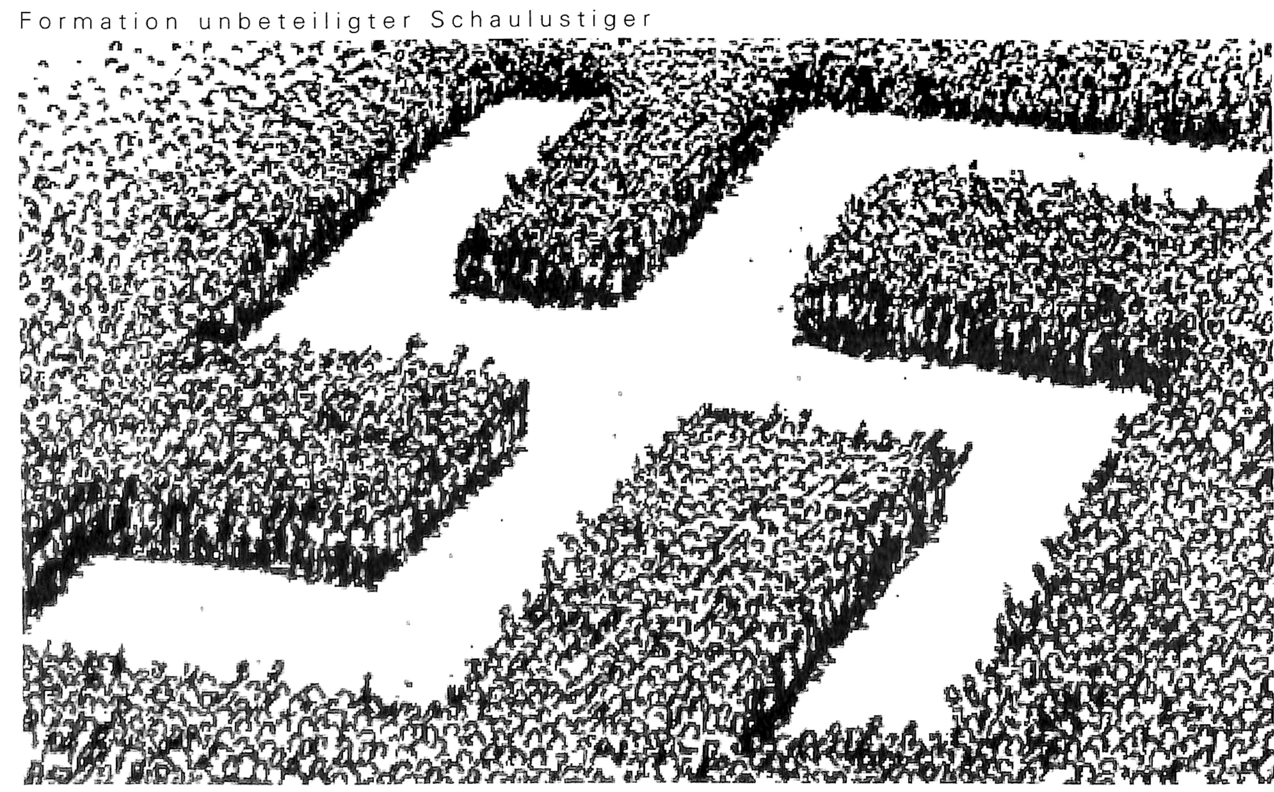
Zur Begründung ihrer Unterstützungsaktion verwies die Berliner Gruppe auf den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland. «Während Neonazis ungestört jüdische Friedhöfe schänden und Mahnmale und Gedenkstätten zerstören können, geht der deutsche Staat nunmehr selbst immer schamloser gegen Jüdinnen und Juden vor.» In diesem Zusammenhang wurde an die Auseinandersetzung um die Bebauung des jüdischen Friedhofes in Hamburg-Ottensen erinnert, bei der deutsche Polizei wieder Fahndungsmaßnahmen gezielt gegen Juden einleitete, sowie auf die Unterlassung nötiger Schutzmaßnahmen durch die Polizei hingewiesen, die kürzlich die jüdische Gemeinde Potsdam erfahren mußte. Erinnert wurde auch an den Bombenanschlag auf das jüdische Mahnmal an der Putlitzbrücke und daran, daß der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee bereits mehrfach geschändet wurde, ohne daß es zu einer angemessenen öffentlichen Reaktion gekommen sei.

Jede und jeder Einzelne sei aufgefordert, entschlossen gegen Antisemitismus und Rassismus einzutreten. Die hypothetische Frage, «was hätte ich damals getan?», werde drei Jahre nach dem Fall der Mauer zu einer konkreten Entscheidungsfrage. Am Schluß ihrer Erklärung forderten die Aktionsteilnehmerinnen und -teilnehmer :

* Die Sofortige Freilassung von David Alezrah, Robert Grynblat und Armand Serfati, die Aufhebung der Haftbefehle und Einstellung sämtlicher in diesem Zusammenhang eingeleiteter Verfahren
* Den Rücktritt des verantwortlichen Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer
* Die Wiederanbringung der Mahntafel in der ursprünglichen, von der jüdischen Gruppe entworfenen Form sowie den Rücktritt der für die Entfernung der Tafel verantwortlichen Rostocker Politiker
* Die Auflösung des Deutsch-Rumänischen Abschiebeabkommens gegen aus Rumänien geflüchtete Sinti und Roma und ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge
* Solidarität mit den nach Goldberg verbrachten Sinti und Roma – keine weiteren Pogrome!

Wir bitten die Presse um zahlreiches Erscheinen zur Wahrnehmung der Berichterstattungsmöglichkeiten vor Ort – Rotes Rathaus um 11 Uhr!

Formation unbeteiligter Schaulustiger



Wir fordern die sofortige Feilassung von David Alezrah, Robert Grynblat und Armand Serfati

Wir protestieren heute am Roten Rathaus, um die sofortige Freilassung von drei in Rostock inhaftierten französischen Juden einzufordern. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit der Aktion und den Forderungen der französischen Jüdinnen und Juden, die als Angehörige von Überlebenden des Holocaust am Wochenende in Rostock die Kündigung des Deutsch-Rumänischen Abschiebeabkommens gegen Sinti und Roma gefordert und versucht haben, eine Gedenktafel am Rostocker Rathaus anzubringen. Dabei wurden insgesamt 46 von ihnen festgenommen.

Das heißt im Klartext: In Deutschland werden wieder Juden verhaftet. Während neofaschistische Totschläger und Vergewaltiger allenfalls eine Personalienfeststellung oder milde Bewährungsstrafen erwarten, wird eine Gruppe französischer Jüdinnen und Juden, die in Rostock gegen diese Zustände protestiert, über Nacht festgehalten und gegen drei von ihnen sogar Haftbefehl erlassen.

Der Antisemitismus in Deutschland nimmt immer weiter zu und wird auf allen Ebenen immer gewalttätiger. Während Neonazis ungestört jüdische Friedhöfe schänden und Mahnmale und Gedenkstätten zerstören können, geht auch der deutsche Staat nunmehr selbst immer schamloser gegen Jüdinnen und Juden vor. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Auseinandersetzung um die Bebauung des jüdischen Friedhofes in Hamburg-Ottensen, bei der deutsche Polizei wieder Fahndungsmaßnahmen gezielt gegen Juden einleitete oder an die Unterlassung nötiger Schutzmaßnahmen durch die Polizei, die kürzlich die jüdische Gemeinde Potsdam erfahren mußte, aber auch an den Bombenanschlag auf das jüdische Mahnmal an der Putlitzbrücke und daran, daß der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee bereits mehrfach geschändet wurde, ohne daß es zu einer angemessenen öffentlichen Reaktion gekommen ist.

Es gilt keineswegs mehr, den Anfängen zu wehren, sondern jede und jeder Einzelne ist aufgefordert, entschlossen und praktisch gegen Antisemitismus und Rassismus einzutreten. Die hypothetische Frage, "was hätte ich damals getan?", ist schon längst zu einer ganz konkreten Entscheidungsfrage geworden.

Wir fordern:

***** ***Die Sofortige Freilassung von David Alezrah, Robert Grynblat und Armand Serfati, die Aufhebung der Haftbefehle und Einstellung sämtlicher in diesem Zusammenhang eingeleiteter Verfahren***
***** ***Den Rücktritt des verantwortlichen Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer***
***** ***Die Wiederanbringung der Mahntafel in der ursprünglichen, von der jüdischen Gruppe entworfenen Form sowie den Rücktritt der für die Entfernung der Tafel verantwortlichen Rostocker Politiker***
***** ***Die Auflösung des Deutsch-Rumänischen Abschiebeabkommens gegen aus Rumänien geflüchtete Sinti und Roma und ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge***
***** ***Solidarität mit den nach Goldberg verbrachten Sinti und Roma - keine weiteren Pogrome!***

KURZER BERICHT über man

Einleitung

Der politische Umbruch in Osteuropa hat nicht nur einen Demokratisierungsprozeß mit sich gebracht, sondern auch einen Zuwachs an offenem und aggressivem Nationalismus. Die Roma sind, als nicht-territoriale Minderheit (d.h. als Minderheit, die sich nicht über ein Territorium definiert und daher als nationale Minderheit offiziell nicht anerkannt wird, die Übersetzerin) in nahezu allen Regionen Osteuropas, eine der bedeutendsten Zielgruppen von Nationalismus und Rassismus. Ausformungen eines solchen Rassismus reichen von subtiler Diskriminierung bis hin zu gewalttätigen Attacken und Pogromen.

Angesichts dieser besonderen Situation kann die Flüchtlingsbewegung der Roma nicht einfach als Teil der allgemeinen Immigration von Ost- nach Westeuropa betrachtet werden. Die Roma sind das einzige Volk, dem eine offizielle Anerkennung als nationale Minderheit in den entsprechenden Ländern vorenthalten wird, und dies trifft tatsächlich auf alle europäischen Länder zu. Trotz einer Reihe von Resolutionen seitens europäischer und internationaler Komitees und Organisationen wird die Identität der Romani in Deutschland immer noch nicht als ethnische Besonderheit, sondern als «Lebensstil» angesehen. Tatsächlich ist Deutschland das einzige europäische Land, das gegen eine Resolution mit dem Titel «Schutz der Roma» (Protection of Roma) gestimmt hat, die am 5. März 1992 in Genf von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen angenommen wurde (Resolution 62). Deutschland behauptete, daß die Roma keine Minderheit darstellen würden und daß Romani-Flüchtlinge abzuschieben seien.

Administrative Maßnahmen in Deutschland kreisen daher um einen Wirrwar von Widersprüchen: Einerseits versucht man, indem man die Roma als soziale Gruppe definiert, entweder ihre Assimilation an die deutsche Gesellschaft zu beschleunigen, andernfalls aber ihre Abschiebung zu verlangen. Andererseits wird auf der politischen Ebene die bloße Existenz der Roma als einer Gruppe mit besonderen Interessen verleugnet, von der Anerkennung einer nicht-territorialen nationalen oder ethnischen Minderheit ganz zu schweigen.

1. Allgemeine Probleme der Roma

1.1. Fehlen eines Verfahrens, das eine Veränderung des Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention ermöglicht

Die Bundesrepublik hat die Konvention über den rechtlichen Status von Flüchtlingen, die am 28. Juli 1951 angenommen wurde, unterschrieben (Genfer Konvention). Sie hat diese Konvention auch in einem am 1. September 1953 verabschiedeten Gesetz angenommen (Bundesgesetzblatt, Bd.1, Teil II, S. 559). Allerdings gibt es für die deutsche Administration kein offizielles Verfahren, nach dem eine Umsetzung der Konvention gehandhabt werden könnte. Darüberhinaus gibt es

ROMA IN DER B.RD

keine Vereinbarung, die spezifiziert, welches Amt oder welche Abteilung für den Umgang mit einem solchen Anwendungsverfahren zuständig sein sollte.

1.2. Die Gesetzgebung zum politischen Asyl

Im § 7 des Asylverfahrensgesetzes und der neuen Fassung des Ausländergesetzes vom 10. Oktober 1990 (Bundesgesetzblatt, Bd. 1, Teil I, S. 2170) heißt es: «Ein Asylantrag liegt vor, wenn sich dem schriftlich oder mündlich oder in anderer Weise geäußerten Willen des Ausländers entnehmen läßt, daß er im Geltungsbereich dieses Gesetzes Schutz vor politischer Verfolgung sucht.»

Dies bedeutet, daß jedes Gesuch um Schutz vor politischer Verfolgung als eine Anwendung des politischen Asyls (gemäß Artikel 16 der Verfassung) aufgefaßt wird. Eine Anwendung der Genfer Konvention wird so unmöglich gemacht. Die oben zitierte Regelung stellt damit eine Norm dar, die, entweder bewußt oder unbewußt, ein anderes Gesetz außer Kraft setzt, in diesem Fall die Genfer Konvention.

Das erklärte Ziel der Änderung des Ausländergesetzes war es, das sogenannte «kleine Asyl» (§ 14 des Ausländergesetzes, der Personen schützt, die nicht als Flüchtlinge vor Deportation in ein Land, in dem ihre persönliche Sicherheit bedroht ist, anerkannt werden) mit dem Verfahren für politisches Asyl zusammenzubringen, was durch die Bundesasylstelle koordiniert wird.

Ergebnis ist jedoch, daß Anträge, die gemäß der Genfer Konvention gestellt werden, von den deutschen Behörden keine Beachtung finden. Ansprüche, die sich

Vereinbarung zwischen dem Bundeminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Innenministerium von Rumänien über die Rückübernahme von deutschen und rumänischen Staatsangehörigen

Der Bundesminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland und das Innenministerium von Rumänien -

in der Absicht, für die zuständigen Behörden auf Grundlage der jeweiligen innerstaatlichen Gesetze und der für sie gemeinsam bestehenden internationalen Verpflichtungen hinsichtlich der deutschen und rumänischen Staatsangehörigen, die sich illegal auf dem Hoheitsgebiet der jeweiligen anderen Vertragspar-

auf die Konvention beziehen, können nur vor Gericht geltend gemacht werden, aber sie werden nur als nebensächlich betrachtet und es wird entsprechend damit umgegangen. Deutschlands Praktiken in bezug auf die Genfer Konvention sind mehrmals vom Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) kritisiert worden, bisher jedoch erfolglos.

2. Spezielle rechtliche Probleme der Roma

2.1. Staatsangehörigkeit

Die Übereinkunft über den rechtlichen Status staatenloser Personen vom 28. September 1954, die am 12. April 1976 als Gesetz der Bundesrepublik Deutschland übernommen wurde (Bundesgesetzblatt, Bd. 1, Teil II, S. 473), basiert auf der Überlegung, daß staatenlose Personen immer Flüchtlinge sind und daß die Genfer Konvention nur auf staatenlose Flüchtlinge angewendet werden kann, nicht aber auf andere Gruppen staatenloser Personen ...
Es gibt auch Übereinkünfte über die Prävention von Staatenlosigkeit, die, gekoppelt mit einer Ausführungsregelung für Deutschland, staatenlose Personen berechtigt, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.
Diese Übereinkünfte und Regelungen sind in der Praxis für die Roma aber bedeutungslos, da die staatenlosen Roma, die in Deutschland ankommen, in der Regel irgendeine Art offizielles Dokument bei sich haben und daher von den Behörden nicht als staatenlos angesehen werden. Doch solche Dokumente werden oft im Ausland «gekauft», um überhaupt ein offizielles Dokument zu besitzen, da dies der einzige Weg ist, das Gebiet eines souveränen Staates zu verlassen.
Nach Ansicht der deutschen Behörden existiert Staatenlosigkeit heutzutage nicht mehr, nicht mal unter den Roma.Die ursprünglichen Regelungen für den Schutz staatenloser Personen, einschließlich der staatenlosen Roma, haben Regelungen mit entgegengesetzter Zielsetzung weichen müssen. Diese sind auf die Einführung einer zentralisierten Administration in Europa hin ausgerichtet (z. B. obligatorischen Deportationsbestimmungen). Wenn ein Staat für eine bestimmte Person Dokumente ausgestellt hat, was immer auch seine Gründe dafür gewesen sein mögen, dann werden die deutschen Behörden diese Person nicht als staatenlos ansehen.

2.2. Der rechtliche Status heimatloser Flüchtlinge in Deutschland

Das Gesetz über den Status heimatloser Flüchtlinge ist eine typische Nachkriegsregelung, die darauf abzielte, ausländischen Flüchtlingen eine ähnliche Behandlung wie heimatlosen Flüchtlingen (sogenannten «displaced persons») zu gewähren. Diese Möglichkeit gibt es nicht mehr. Heimatlose Flüchtlinge sind nur diejenigen Personen, die als solche spätestens bis zum 30. Juni 1950 anerkannt wurden.

ROMA IN DER BRD

Die Punkte 2.1. und 2.2. machen deutlich, daß die deutschen Behörden darauf insistieren, alle Personen gemäß ihrer Staatsbürgerschaft bzw. ihres Herkunftslandes zu klassifizieren. Es gibt praktisch keine Ausnahmen für diese Regel. Als Ergebnis davon ist die Population der heimatlosen und de facto staatenlosen Roma aus der Mehrzahl der Regelungen ausgeschlossen und genießt keinerlei Beachtung im Rahmen der juristischen Regelungen.

2.3. Staatliche Verfolgung gemäß Artikel 16 der Verfassung

Politische Verfolgung gemäß Artikel 16 der Verfassung wird nur als Verfolgung durch den Staat interpretiert. Verfolgung und Diskriminierung durch andere Teile der Bevölkerung wird in der Verfassung nicht miteinbezogen. Dies wird nur indirekt mit angesprochen, wenn auf Staaten bezug genommen wird, die ihre Bürger nicht ausreichend vor solchen diskriminierenden Maßnahmen schützen können. Kraft dieser Definition hängt jede juristische Begründung gänzlich von dem Beweismaterial ab, das zugrundegelegt wird. Solches Beweismaterial vorzulegen ist für Roma-Flüchtlinge im Grunde genommen unmöglich. Diese Situation trifft in besonderem Maße auf Rumänien zu: Als Folge dieser rechtlichen Regelung werden sogar Opfer von Pogromen in Deutschland nicht als asylberechtigte Flüchtlinge anerkannt. Was die Situation in Rumänien angeht, verweisen wir auf den Report der «Helsinki Watch».

2.4. Anerkennung von Roma-Ehen

Das deutsche Ausländergesetz umfaßt spezifische Regelungen für verheiratete

tei aufhalten, d.h. die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllen, eine abgestimmte Regelung über die Rückführung zu treffen -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Übernahme deutscher Staatsbürger

(1) Die deutschen Behörden werden deutsche Staatsangehörige, die sich illegal auf dem Hoheitsgebiet von Rumänien aufhalten und deren Übergabe die rumänischen Behörden beabsichtigen, ohne besondere Formalitäten selbst dann übernehmen, wenn sie nicht im Besitz eines gültigen Reisepasses oder Personalausweises sind, sofern nachgewie-

sen oder glaubhaft gemacht wird, daß diese Personen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

(2) Der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit wird nachgewiesen durch

- Staatsangehörigkeitsurkunden,
- Pässe aller Art (Nationalpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe, Paßersatzdokument mit Lichtbild),
- Personalausweise (auch vorläufige und behelfsmäßige Personalausweise),
- vorläufige Identitätsbescheinigungen,
- Wehrpässe bzw. Militärausweise,
- Kinderausweise als Paßersatz,
- Behördenauskünfte mit eindeutigen Aussagen.

(3) Der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit kann glaubhaft gemacht

Paare. Diese erlauben normalerweise die Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis für Personen, die mit einem Ausländer, der sich legal im Lande aufhält, verheiratet sind. Roma-Ehen, d. h. in der Gemeinschaft legitimierte Eheschließungen, die nicht von staatlichen Institutionen ausgeführt oder anerkannt wurden, werden nur für eine Reihe von praktischen Erwägungen anerkannt, nicht aber rechtlich. So wird eine kulturelle Eigenheit einer bestimmten Gruppe nicht einfach ignoriert, sondern es wird direkt gegen sie diskriminiert. Als Ergebnis dieser Situation werden ganze Familien getrennt, wenn ein Teil der Familie in ein anderes Land abgeschoben wird, während es einigen Familienmitgliedern erlaubt wird, zu bleiben. Diese Praxis steht im Widerspruch zu einer Reihe von internationalen Abkommen zu dieser Frage.

2.5. Der spezielle Fall Jugoslawien

Trotz der gegenwärtigen Situation in Jugoslawien, stützt Deutschland seinen Umgang mit Ausländern immer noch auf die Existenz einer jugoslawischen Staatsbürgerschaft, auch wenn offensichtlich ist, daß ein solcher Staat längst nicht mehr existiert. Die Probleme, die dabei auftauchen, sind grundlegendie Probleme des internationalen Rechts, die jedoch bisher die Regelungen des Ausländergesetzes nicht beeinflussen konnten.

Romani-Flüchtlinge, die im Besitz jugoslawischer Dokumente sind, werden in diejenigen Regionen des ehemaligen Jugoslawien deportiert, zu denen zufällig irgendwelche Verbindungen hergestellt werden können. Die Tatsache, daß sie eine gänzlich eigenständige nationale Gruppe konstituieren, und die Tatsache, daß Jugoslawien – ein multinationaler Staat, in dem die Roma als Bürger betrachtet wurden – nicht mehr existiert, halten die deutschen Behörden nicht davon ab, sie als Menschen jugoslawischer Nationalität zu behandeln. Da die Roma nicht zu den am Konflikt beteiligten Parteien zählen – sie beteiligen sich nicht am Bürgerkrieg und stellen keine territorialen Ansprüche – werden sie mit ihrer Identität und ihrem Streben nach Selbstbestimmung und politischer Anerkennung nicht ernst genommen. Die deutsche Ausländerpolitik erkennt in diesem Fall die Roma nicht an, während gleichzeitig Deutschland derjenige Staat in Europa ist, der am stärksten auf eine offizielle Anerkennung wirklich jeder autonomen Region im ehemaligen Bundesstaat Jugoslawien drängt.

Übersetzung des «Report on the legal status of Roma and Romani refugees in Germany», veröffentlicht vom RNC (Roma National Congress), Simon von Utrecht Str. 85, D-2000 Hamburg 36, Tel.: 040/319 42 49, FAX: 040/01 04 75.

ROMA IN DER BRD



EUROPÄISCHE KONFERENZ ÜBER ROMA-FLÜCHTLINGE IN EUROPA

Am 24. September haben der deutsche und der rumänische Innenminister eine Konvention unterschrieben, die die Rückführung rumänischer Bürger, überwiegend Roma oder Zigeuner (Anm.:mit «Zigeuner» gebe ich hier in der deutschen Übersetzung das englische Wort «gypsy» wider), die in Deutschland Zuflucht suchen, ermöglicht. Von ungefähr 150.000 rumänischen Bürgern, die in den vergangenen drei Jahren nach Deutschland kamen, wurden vom deutschen Innenminister 60% als Zigeuner identifiziert. Nur 0,2% aller rumänischen Asylbewerber bekamen das Recht, in Deutschland zu bleiben.

Ab dem 1. November werden Rumänen, die sich «illegal» in Deutschland aufhalten, mit der Begründung, daß es keine direkte Verfolgung gegen sie gibt, nach Rumänien zurückgeschickt werden. Da diese Maßnahme vor allem Menschen trifft, die sich zu den Roma zählen, und Familien, die für sich geltend machen, daß sie in Rumänien unter Diskriminierung und Verfolgung leiden, wurde diese Konvention von den Roma-Vereinigungen in Deutschland und Rumänien, von internationalen Menschenrechtsligen und von den Massenmedien als «Zigeunerprotokoll», das gezielt die Gemeinschaft der Roma und «ep people» diskriminiert, wahrgenommen.

Die Deutsch-Rumänische Konvention wirft in empfindlicher Weise die Probleme auf, die mit der politischen und rechtlichen Situation der Roma und Sinti in den einzelnen europäischen Ländern und in Europa als Ganzem verbunden sind. Als Menschen ohne «Mutterland» und eigenem Nationalstaat, sind die Roma und Sinti besonders betroffen von Rassendiskriminierung, Verfolgung, sozialer Ausgrenzung und chronischer Armut.

Dieselben Vorurteile, die zur Deportation und Vernichtung von einer halben Million Roma und Sinti während der Nazizeit geführt haben, werden heute in verschiedenen europäischen Ländern, einschließlich Rumäniens und Deutschlands, wieder in Kraft gesetzt. Gewalttätige Übergriffe auf Einzelpersonen und Gemeinschaften der Roma und Sinti in ungefähr 50 Orten in ganz Europa, überwiegend in Osteuropa und in letzter Zeit auch in Deutschland, wurden verzeichnet.

In Rumänien waren die Roma im Zeitraum von 1990 und 1992 24 gewalttätigen Attacken ausgesetzt, von denen viele im Brand von Häusern, in der Abschiebung aus Dörfern und sogar in Mord endeten. Nur einem dieser Vorfälle wurde nachgegangen. Er ist jetzt Gegenstand juristischer Debatten.

Roma-Flüchtlinge aus Rumänien trafen auf ihre Ko-Ethnien aus dem ehemaligen Jugoslawien, die vor dem Krieg und vor den «ethnischen Säuberungen» geflohen waren. Rund 200.000 Roma aus Ex-Jugoslawien sind als Flüchtlinge in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den skandinavischen Ländern. Da die Roma weder ein eigenes Gebiet kontrollieren noch für sich einfordern, wird die Situation der Roma als einer spezifischen Gruppe in den Verhandlungen über die Zukunft der ehemaligen jugoslawischen Republiken nicht berücksichtigt.

Ein Programm über die Rückführung der jugoslawischen Roma und ihre «Reintegration» in Mazedonien wird derzeit als Teil der Übereinkunft zwischen der Regierung Nordrhein-Westfalens, Deutschlands und der Regierung Mazedoniens vollendet.

Deutschland fördert die Rückführungsprogramme durch finanzielle Hilfe und ökonomische Unterstützung, die der Regierung Mazedoniens bzw. Rumäniens bewilligt werden sollen. Aber die Unterstützung in Höhe von 30 Mio. DM, die von Herrn Seiters, dem deutschen Innenminister, während der Unterzeichnungszeremonie für die Deutsch-Rumänische-Konvention genannt wurde, steht nicht in direktem Bezug mit der Rückführung rumänischer Illegaler aus Deutschland. Darüber hinaus hat das Ausbildungsprogramm, das von Deutschland in einigen rumänischen Städten finanziert wird, wenig Verbindung mit dem sozialen Milieu und den Gruppen, die die Welle der Emigration aus Rumänien, darunter die Migration der Roma, verursacht.

Nach Verlautbarungen offizieller Vertreter Deutschlands sollen mit Bulgarien und der Tschechoslowakei ähnliche Übereinkünfte, wie die kürzlich mit dem Innenminister Rumäniens unterzeichnete, abgeschlossen werden.

Die Vereinigungen der Roma sowohl Deutschlands als auch Rumäniens haben gegen die Verknüpfung zwischen der Rückführung von Roma und der von Deutschland bewilligten finanziellen Unterstützung protestiert, die so von den beteiligten Regierungen hergestellt wird.

Eine solche Verknüpfung weckt den Verdacht der «Deportation» von Roma-Flüchtlingen aus Deutschland im Austausch gegen die Zusage von Geld an den Staat, dessen nominelle Bürger die Roma sind.

Die Frage der Roma-Flüchtlinge in Deutschland wurde von den unterschiedlichen politischen Kräften dieses Landes benutzt, um sich die Unterstützung der Bevölkerung für bestimmte politische Interessen zu sichern. Diese haben wenig mit den spezifischen Umständen, die die Migration der Roma vom Balkan in die westlichen Länder verursachen, zu tun.

ROMA IN EUROPA

werden durch

- andere Dokumente als Wehrpässe bzw. Militärausweise, die die Zugehörigkeit zu den deutschen Streitkärften belegen
- Führerscheine,
- Geburtsurkunden,
- Firmenausweise,
- Versicherungsnachweise,
- Seefahrtsbücher,
- verläßliche Zeugenaussagen, vor allem deutscher Staatsangehöriger
- eigene Angaben der Betroffenen,
- die Sprache der Betroffenen.

(4) Die deutsche Botschaft oder die deutschen Konsularvertretungen in Rumänien werden auf Antrag der zuständigen rumänischen Behörden gegen Entgelt unverzüglich die für die Rückführung der zu übernehmenden Personen not-

wendigen Reisedokumente ausstellen.

(5) Die rumänischen Behörden werden Personen, bei denen die Nachprüfung durch die deutschen Behörden ergibt, daß sie bei der Übernahme nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit waren, unverzüglich zurücknehmen.

A r t i k e l 2

Übernahme rumänischer Staatsangehöriger

Die Gefahr einer «Zigeunerinvasion» wurde von den Medien manipulativ benutzt, um eine restriktive Asyl- und Flüchtlingspolitik zu forcieren, Diese könnten sich auch auf die Situation von Flüchtlingen aus anderen Ländern und Regionen der Welt auswirken.

Das ist einer der Gründe dafür, warum die Migration von Roma vom Balkan nach Deutschland unverhältnismäßig stark ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt wurde, wogegen der aktuelle Anteil der Roma-Migranten und -Flüchtlinge an der Gesamtzahl der aus osteuropäischen Ländern nach Westen migrierten Population steht.

Die Situation der Roma in den unterschiedlichen Ländern, die Gründe für die Migration der Roma, Lösungen für die Ursachen, die die Migration begründen, verlangen nach einer unvoreingenommenen, objektiven Analyse. Sie sollen als differenziertes Phänomen, das mit spezifischen Umständen der gegenwärtigen Realität in den verschiedenen europäischen Ländern zusammenhängt, betrachtet werden.

Um eine solche Analyse, die von verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, einschließlich der zwischenstaatlichen Organisationen UNO, EG, CEE*, KSZE gefordert wird, zu erleichtern, schlagen die Internationale Roma Union, eine NGO (Non Government Organisation d.h. nichtstaatliche Organisation) mit beratendem Status bei der ECOSOC-UNO*, und die «Ethnic Federation of Roma in Romania» vor, eine Konferenz zum Thema «Roma refugees in Europa» (Roma-Flüchtlinge in Europa) zu organisieren.

Angesichts der Dringlichkeit für eine solche Konferenz schlagen wir vor, sie gleich Anfang 1993 abzuhalten.

Wir appellieren an alle interessierten Menschenrechtsorganisationen, bei der Organisation eines Beobachtungsnetzwerkes (network of monitors) für die Deutsch-Rumänische Konvention und die Rückführung von rumänischen Bürgern, die – wir wiederholen – ab November 1992 in die Praxis umgesetzt werden, zu kooperieren.

Für weitere Kontakte in Rumänien und Deutschland:

Nicolae Gheorghe, Secretary of the Ethnic Federation of Roma in Romania, PoBox 22-68, 70.100 Bucuresti, Romania, Tel.: 40-0-84.65.31 (muß nach dem 1. November neu bestätigt werden), Fax: 40-0-14.14.71 (muß auch nach dem 1. November, der Umstellung des rumänischen Telefonnetzes, bestätigt werden).

(=unübersetzte englische Kürzel)*

Rajko Durici, Präsident der Internationalen Roma Union Berlin.

ROMA IN DER BRD

(1) Die rumänischen Behörden werden rumänische Staatsangehörige, die sich illegal auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten und deren Übergabe die deutschen Behörden beabsichtigen, ohne besondere Forma-

ROMA IN RUMÄNIEN
Ein kleiner Einblick

Ist von den ethnischen Gruppen in Rumänien die Rede, so konzentriert sich das Interesse hauptsächlich auf die Spannungen zwischen den knapp 2 Millionen Ungarn und der rumänischen Mehrheitsbevölkerung. In der Bundesrepublik wird zusätzlich den ca. 80.000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben Augenmerk gewidmet.
Über die möglicherweise zweitgrößte Minderheit in Rumänien, die Roma, weiß man hingegen sehr wenig. Zwar haben auch sie, durch die Migration einiger Tausender nach Deutschland und vor allem nach Berlin, einen Bekanntheitsgrad erreicht, doch hat dieser bisher nur zu einer Verstärkung der alten Vorurteile gegenüber den «Zigeunern» beigetragen.
Einen Bericht über die Situation der Roma in Rumänien zu schreiben, ist vielen Schwierigkeiten unterworfen. Sie sind zwar jene Minderheit, die bis heute noch diskriminiert, verachtet und verfolgt wird, doch fanden nur wenige sie einer wissenschaftlichen oder generell ausführlichen Betrachtung würdig. Zudem war es im Rumänien unter Ceausescu verpönt, sich den Roma zu widmen, und wenn man dies tat, konnten die Untersuchungen und Ergebnisse nicht veröffentlicht werden. Auch im Ausland konnte man sich zum einen aufgrund der mangelnden Informationen, zum anderen aufgrund mangelndem Interesse kein wirkliches Bild über die Situation der Roma in Rumänien machen. Im Folgenden soll jedoch der Versuch unternommen werden, einen Bericht über die Situation der Roma in Rumänien zusammenzustellen. Dieser Bericht basiert daher zum Teil auf bruchstückhaften, punktuellen Informationen und Schätzungen bzw. Einschätzungen, zum anderen Teil auf Erfahrungen und Erkenntnissen, die die AutorInnen, in Exkursionen nach Rumänien und in Gesprächen mit Roma gewonnen haben.

Allgemeine Informationen zu den Roma in Rumänien

Anzahl der Roma

In der letzten offiziellen Bevölkerungsstatistik von 1977 sind die Roma mit 229.986 Personen verzeichnet. Nach inoffiziellen Angaben schätzte man ihre Anzahl damals auf ca. 500.000. Mitte der achtziger Jahre liefen die Schätzungen auf eine Zahl von ungefähr einer Million Roma in Rumänien hinaus. Momentan bewegen sich die Schätzungen in der Spanne zwischen zwei und fünf Millionen. Es kann aber auf jeden Fall festgehalten werden, daß die Roma mit oder nach den Ungarn die größte Minderheit in Rumänien darstellen.

Differenzierungsmöglichkeiten der Roma (nach Wohnort, Sprache und Beruf)

Nach regionalen und historischen Gesichtspunkten lassen sich die Roma in zwei große Gruppen unterteilen: Zum einen die Roma, die der Herkunft und ihrem Wohnort nach, als transylvanische (oder siebenbürgische) Roma zu bezeichnen wären, und zum zweiten die Roma, die aus dem Altreich (Moldau und Walachei) Gebiete südlich und östlich der Karpaten) stammen.
In ihrer jeweiligen historischen Entwicklung gibt es einen sehr wichtigen Unter-

ROMA IN RUMÄNIEN

schied: Waren die Roma im rumänischen Altreich bis 1855/56 Sklaven und Leibeigene, denen die elementarsten Freiheitsrechte vorenthalten wurden, so waren viele der in den ehemals ungarischen Gebieten Siebenbürgen und Banat lebenden Roma als selbständige (Wander-)Handwerker oder Händler tätig.
Von der Sprache her ist eine Unterteilung nur annähernd möglich: Im Altreich sprechen die Roma entweder nur noch Rumänisch oder zusätzlich Romanes. In Siebenbürgen sind die meisten traditionellen Romagruppen (autochtone Roma-Gruppen, deren Vorfahren schon vor 400 Jahren dort gelebt haben) dreisprachig: Sie sprechen Romanes, Ungarisch und Rumänisch. In den Stadtrandsiedlungen trifft man meist rumänisch- oder ungarischsprechende Roma.
Vor allem in Siebenbürgen findet man auch heutzutage traditionelle, homogene Romadörfer. Hier leben jene Romagruppen, die, zumindest teilgewerblich, noch ihren traditionellen Handwerksberufen nachgehen und daneben zumeist Handel betreiben. Das Handwerk wird auch heute noch an die jüngeren Generationen weitergegeben, verliert jedoch immer mehr an Bedeutung. Als Einnahmequelle wurden diese Handwerke – u.a. Kessel-, Kupfer- und Blechschmiede – zu einem Nebenerwerb. Hauptsächlich werden anscheinend nur noch Auftragsarbeiten durchgeführt und die Roma ziehen nicht mehr wie früher über das Land, um ihre Arbeit anzubieten. Als Haupteinnahmequelle dient in letzter Zeit verstärkt der Handel; innerhalb Rumäniens vor allem mit Kleidung (Jeans!), die auf den offiziell zugelassenen Märkten verkauft werden.
Die Romadörfer bestehen aus mehreren Großfamilien, die einer regional umgrenzten – oft vom früheren Handwerk herrührenden – Gemeinschaft angehören.

litäten selbst dann übernehmen, wenn sie nicht im Besitz eines Gültigen Reisepasses oder Personalausweises sind, sofern nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß diese Personen die rumänische Staatsangehörigkeit besitzen.

(2) Der Besitz der rumänischen Staatsangehörigkeit wird nachgewiesen durch

- Reisepässe für rumänische Staatsangehörige,
- andere, von rumänischen Behörden ausgestellte Reisedokumente,
- Personalausweise, sofern

diese Dokumente die Gültigkeitsdauer nicht überschritten haben und vollständig sind.

(3) Der Besitz der rumä-

nischen Staatsangehörigkeit kann glaubhaft gemacht werden durch

- Reisepässe, andere Reisedokumente oder Personalausweise, auch wenn deren Gültigkeitsdauer überschritten ist
- Führerscheine,
- Arbeits- oder Angestelltenausweise,
- Seefahrerausweise,
- verläßliche Zeugenaussagen, vor allem rumänischer Staatsangehöriger,
- Aussage der betroffenen Person, sofern sie die rumänische Sprache beherrscht.

(4) Die rumänische Botschaft oder die rumänischen Konsularvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland werden auf Antrag der zuständigen deutschen Behörden gegen Entgelt unverzüglich die für die Rück-

ROMA IN RUMÄNIEN

Nach ihren traditionellen Handwerksberufen werden die Roma in verschiedene Gruppen eingeteilt, wobei eine exakte berufsbezogene Zuordnung nur noch bei einem Bruchteil der Roma möglich ist. Die folgenden Zuordnungen beziehen ihre Legitimation also mehr aus der Vergangenheit der einzelnen Romafamilien, als aus ihrem gegenwärtigen Betätigungsfeld.

a) Die Kalderasha/Calderari (Kalderasch/ Kupferschmiede)
Diese Romagruppe kennzeichnet sich dadurch, daß sie über einen festen Wohnsitz verfügt. Ihre Haupteinnahmequelle ist die Kessel- und Kupferschmiede und Klempnerei.

b) Die Corturari/ Tigani nomazi (Zeltzigeuner)
Auch deren Haupterwerbsquelle ist die Kesselschmiede und die Klempnerei, wobei sie jedoch im Gegensatz zu den Kalderasha den Sommer über auf Wanderschaft sind, und dabei ihre bereits angefertigten Waren bzw. ihre Handwerksleistungen anbieten. Typisch für sie ist u.a. die Wohnweise in Zelten.

c) Die Baiesi (Korbflechter)
Diese Gruppe hatte sich auf die Herstellung von Körben, Besen, etc. spezialisiert, die auf den Märkten im ganzen Land angeboten werden. Auch sie verfügen über einen festen Wohnsitz.

d) Tigani de matasa (Seidenzigeuner)
Zu dieser Gruppe zählen vor allem die Musiker und Antiquitätenhändler.

Der überwiegende Teil der Roma bezeichnet sich jedoch als «tigan»/»cigany» und verzichtet auf die traditionelle Zuordnung.

Die Handwerksprodukte der traditionellen Romagruppen werden größtenteils zuhause im Familienverband in wirklicher Handarbeit verfertigt. Größere Erzeugnisse (Schnapsdestillen, Metzgerwannen, etc.) werden heutzutage nur noch auf Bestellung hergestellt; kleinere Produkte (Pfannen, Kaffetöpfe für türkischen Kaffee, etc.) werden hingegen auf den Märkten verkauft.

Zu den traditionellen Berufsfeldern der Roma gehört auch der Handel, vor allem der Antiquitätenhandel und in den letzten Jahren der Handel mit Textilien. Daneben werden auch Sammeltätigkeiten ausgeführt: In den ländlichen Regionen werden Pilze, Schnecken, Früchte und Federn gesammelt, dies wird dann gegen Gebrauchsgegenstände, Altkleider oder Nahrungsmittel eingetauscht. In den Städten hingegen wird Altglas, Altmetall, etc. gesammelt, welches dann bei staatlichen Sammelstellen abgeliefert wird.(Diese «recycling»-Tätigkeit ist aber mehr aus der Not geboren, als daß sie eine Tugend darstellt; für viele ist das Sammeln von Altmetall und Altglas die einzige Möglichkeit, an einige Lei zu gelangen.)

Der größte Teil der rumänischen Roma läßt sich allerdings mit diesen Kriterien nicht erfassen.

Nach 1945 wurde die gesamte rumänische Gesellschaft in mehreren Etappen einem ökonomischen Wandlungsprozeß unterworfen, der auch die Roma erfaßte. Sie waren davon sogar in einem stärkeren Ausmaß betroffen als die anderen ethnischen Gruppen Rumäniens, da dieser gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozeß für sie nicht nur bedeutete, daß ihre traditionellen Berufsfelder an Bedarf und Bedeutung verloren. Für sie war damit und mit dem gleichzeitig erfolgenden Eintritt in die industrielle Arbeitswelt auch sehr häufig ein Verlust der traditionellen Kulturformen und der sozialen Beziehungen verbunden. Dieser Verlust konnte in der Folgezeit nicht kompensiert werden, da eine Integration in die sie umgebende Mehrheitsgesellschaft nicht möglich war.

Die Roma wurden aus ihren alten Umgebungen herausgerissen und zogen in die Städte, um dort in den Fabriken und Betrieben Arbeit zu finden. Der rumänische Staat hat diesem Teil der Roma zwar bestimmte Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet, doch war ihnen eine Weiterentwicklung , das heißt ein sozialer Aufstieg nicht gegeben. Sie sind auf der niedrigsten Beschäftigungsstufe als unqualifizierte Arbeitskräfte einzuordnen. Es sieht bislang so aus, als seien sie in eine Zwickmühle geraten: Aus ihren Reihen wurden billige Arbeitskräfte rekrutiert. Durch das niedrige Einkommen sind sie jedoch unfähig, aus ihren schlechten Lebensverhältnissen auszubrechen und können ihren Kindern auch keine bessere Schulbildung garantieren. Somit «reproduzieren» sie weiterhin billige Arbeitskräfte.

Die typischen Arbeitsbereiche, in denen die Roma beschäftigt werden, lassen sich leicht umreißen: Bergbau, Bauindustrie, Straßenbau, Straßenreinigung und Ziegelproduktion. Es handelt sich fast immer um Tätigkeiten, die von den übrigen Arbeitern nicht verrichtet werden. Es sind physisch schwere und gesundheitsschädigende Tätigkeiten, die zum großen Teil schlecht bezahlt sind und keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten bieten.

Symbolisch zeigt sich die Situation dieser Roma an ihren Siedlungen. Die Romaviertel am Stadtrand sind in ganz Rumänien verbreitet. Diese Viertel weisen fast nie eine homogene Baustruktur auf. Die Hütten der Ärmsten aus Holz, Blech oder

Lehm werden von den Roma selbst gebaut und bestehen größtenteils nur aus einem Raum mit einer Außenfeuerstelle.
In diesen Siedlungen kann beobachtet werden, daß die alten Normen und Bindungen an Gültigkeit verloren haben; die meisten sprechen nicht einmal mehr ihre eigene Sprache – das Romanes -, sondern nur noch Rumänisch oder Ungarisch.
Besonders markant in den Romasiedlungen ist die vorherrschende Armut und die daraus resultierenden spezifischen Lebensformen (Verhaltensweisen, Gewohnheiten, etc.). Diese weichen sowohl von der Lebensform der traditionellen Romagemeinschaften ab, als auch von der der Mehrheitsgesellschaft.
Die Roma in den Stadtrandvierteln wurden in eine kulturelle Kluft geworfen zwischen ihren aufgegebenen Romatraditionen mit dem Verlust des Rückhaltes und der sozialen Sicherheit im Familienverband und den nie vollständig adaptierten Kulturformen der rumänischen (bzw. ungarischen) Mehrheitsbevölkerung, von deren Seite auch nie ein ernsthafter Versuch unternommen wurde, die Roma in die Gesellschaft zu integrieren.

Die Situation seit Januar 1990
Die gesellschaftliche Situation der Roma in Rumänien seit dem Umsturz im Dezember 1989 ist nicht in einer pauschalen Betrachtung darzustellen.
Als übergeordneter Fakt ist jedoch festzustellen, daß die Roma trotz aller kulturellen und sozialen Unterschiede eines gemeinsam haben: Sie sind die Verlierer der sogenannten «Revolution». Ihre Lage hat sich sukzessive verschlechtert, wofür drei unterschiedliche Unterdrückungs- und Verfolgungsmechanismen verantwortlich sind, die in loser Verbindung miteinander stehen, aber auch unabhängig voneinander agieren:
1. Die offizielle staatliche Repression durch Behörden, staatliche oder staatlich kontrollierte Institutionen, wie Miliz und Geheimdienst, aber auch Schulen und Betriebe.
2. Organisierte «privatisierte» Gewalt, die jedoch von Behörden bis hin zur Regierung geduldet wird. Darunter sind Organisationen wie die «vatra romaneasca» zu verstehen, aber auch die Aktion der Bergarbeiter, die im Juni 1990 Romaviertel in Bukarest angriffen.
3. Individuelle, private Gewalt, die unabhängig von staatlichen Institutionen oder «privaten» Organisationen ausgeübt wird. Auch diese Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen werden polizeilich oder gerichtlich nicht geahndet.
Unter dem Ceausescu-Regime hatten die Roma wie der Rest der Bevölkerung unter Repressalien zu leiden. Doch gab es zusätzlich Gesetze, die speziell für die Roma erlassen wurden. Insbesondere das 1970 vom Ceausescu-Regime erlassene «Dekret 153» richtete sich gegen die Roma. Es sollte «soziale Parasiten» einer Verurteilung zuführen; dies bedeutete, daß Menschen – hauptsächlich Roma – willkürlich verhaftet und über Jahre im Gefängnis gehalten werden konnten, wenn sie nicht feste Arbeitsverhältnisse oder einen festen Wohnsitz nachweisen konnten. Dieses Dekret überließ es der Willkür lokaler Behörden oder einzelner Vertreter von Polizei, etc. Roma als Menschen zu behandeln oder nicht.
Nach den von rumänischen Nationalisten inszenierten Auseinandersetzungen zwischen Rumänen und Ungarn in der siebenbürgischen Stadt Tirgu Mures im März 1990, bei denen einge Tote zu beklagen waren, wurde dieses Gesetz auch von der Regierung Iliescu – damals noch Interims-Regierung – angewandt. Von den insgesamt 38 Festgenommenen waren 23 Roma. Lediglich die Roma wurden einige Tage später im Schnellverfahren ohne Berufungsmöglichkeit nach dem Dekret 153 von 1970 verurteilt!

Die Diskriminierungen der Roma im Schulwesen und auf dem Arbeitsmarkt scheinen sich auch fortzusetzen. So wurde von Roma berichtet, daß ihre Kinder von der Schule gewiesen werden, und es sind auch die Roma, die von den, in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Betrieben als erstes entlassen werden.
Die Diskriminierung von staatlicher Seite hat sich im Verlaufe des Jahres in mehreren Etappen entwickelt. Bis zu den erwähnten Verhaftungen waren die Roma nicht übermäßigen staatlichen Unterdrückungen ausgesetzt. Wie von Roma aus mehreren Städten berichtet wurde, blieben sie allerdings von der Verteilung der Hilfsgüter, die Rumänien Anfang 1990 erreichten, ausgeschlossen. Doch teilten sie dieses Schicksal mit den vielen anderen, die den unterpriviligierten, verarmten Schichten angehören. Im Vorfeld der Wahlen im Mai, wurden die Roma vor allem von der Regierungspartei FSN und vom designierten Präsidenten Iliescu persönlich hofiert. So besuchte Ion Iliescu Romaviertel, sprach mit den Menschen, hob die Rolle der Roma hervor, die sie im Verlaufe der «Revolution» spielten, und bekannte öffentlich, sich mit seiner Person dafür einzusetzen, daß die Situation der Roma in Rumänien verbessert wird.

führung der zu übernehmenden Personen notwendigen Reisedokumente ausstellen.

(5) Die deutschen Behörden werden Personen, bei denen die Nachprüfung durch die rumänischen Behörden ergibt, daß sie bei der Übernahme nicht im Besitz der rumänischen Staatsangehörigkeit waren, zurücknehmen.

Artikel 3

Unberührtheitsklausel

Die Anwendung der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über den Flüchtlingsstatus in der Fassung des Protokolls von New York vom 31. Januar 1967 sowie die sich aus den jeweiligen völkerrechtlichen Übereinkünften ergebenden

internationalen Verpflichtungen bleiben unberührt.

•

Artikel 4

Kosten

Alle mit der Rückführung zusammenhängenden Kosten bis zur Grenze des Zielstaats, einschließlich jener der Durchbeförderung durch dritte Staaten, werden von dem Staat getragen, der die Abschiebung veranlaßt hat. Das gleiche gilt für die Fälle der Rückübernahme.

•

Artikel 5

Durchführungsmodalitäten

Die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlichen Regelungen, insbesondere über

Nach den Wahlen war von den Versprechungen allerdings nichts zu vermerken. Im Gegenteil: Die Pressekampagne wurde verstärkt und die gewalttätigen Übergriffe häuften sich.

Auf der Seite der offiziellen, staatlichen Repression ist also eine gewisse Kontinuität festzustellen, auch wenn sich die Methoden und Mittel den Erfordernissen der neuen Zeit angepaßt haben.

Unter der Ceausescu-Diktatur waren die Roma zusätzlich der Willkür lokaler Machtpotentaten ausgesetzt; doch konnten sie sich auch Freiräume erkämpfen, bzw. wurden ihnen sogar welche zugebilligt. So waren die meisten Roma auch unter Strafandrohung nicht dazu zu bewegen, in der rumänischen Armee zu dienen und so konnten sie auch noch ihren traditionellen Berufen nachgehen, auch wenn sie dabei ständig behördlicher Willkür ausgesetzt waren.

Die Roma, die Handel betrieben, waren es auch, die über Jahre hinweg den Schwarzmarkt in Rumänien mit den wichtigsten Waren belieferten, die in den Geschäften nicht zu erhalten waren. Ihre weitgespannten geschäftlichen und vor allem ihre ausgedehnten familiären Beziehungen ermöglichten es ihnen, den Markt zu beliefern. In dieser Rolle waren sie auch von der Mehrheitsbevölkerung akzeptiert, weil sie Lücken ausfüllten und Waren lieferten, die ohne sie nicht zu kaufen gewesen wären.

Doch diese aus der Not geborene Anerkennung oder Akzeptanz der Roma änderte sich schlagartig nach der Etablierung des neuen Regimes und einer gewissen Beruhigung der gesellschaftlichen Situation in Rumänien nach den Unruhen des Umsturzes. Denn nun konnten Rumänen (und in Siebenbürgen die Ungarn) diese Geschäfte selbst unternehmen. Die neuen Reisegesetze ermöglichten es ihnen, ins Ausland zu fahren, und selbst die Waren ins Land zu bringen, die auf den offiziellen Märkten und auf dem Schwarzmarkt verkauft werden können. Die Roma wurden gleichzeitig zu Schwarzmarkthaien erklärt, die sich an der Not der Bevölkerung bereichern wollten. Die Polizei startete verstärkte Schwarzmarkt-Razzien, die u.a. die Roma trafen, und in der gesteuerten offiziellen rumänischen Presse (aber auch in den anderen Medien) verstärkten sich die Kampagnen gegen die Roma.

Hier greifen die staatlich inszenierte Kampagne gegen die Roma und die in der rumänischen Gesellschaft vorhandene Abneigung gegen die «Zigeuner» ineinander. Die Ablehnung der «Zigeuner», die immer – zumindest latent – vorhanden war, konnte durch die staatliche Sanktionierung zu einem offenen, aggressiven Ausschluß aus der Gesellschaft mutieren.

Diese offiziellen Kampagnen als ein Teil der Schikanen, erlaubten es erst bestimmten Teilen der Bevölkerung, ihren über Jahrzehnte angesammelten Unmut über die unhaltbaren Mißstände in Gesellschaft und Ökonomie auf die Roma zu projezieren.

Die «offizielle» staatliche Diskriminierung ist dabei die vielleicht sogar leichter zu ertragende. Behördlicher, staatlicher Unterdrückung und Verfolgung ist leichter entgegenzuwirken, weil sie einfacher einzuschätzen ist, und die Unterdrücker auszumachen sind: Die staatlichen Repressionsorgane.

Was viele Roma die jetzige Lage schlechter einschätzen läßt, als sie unter Ceausescu gewesen war, ist die perfide Tatsache, daß es unter Ceaucescu eine staatlich legitimierte und kontrollierte Gewalt war, die sich gegen sie richtete. Unter den jetzigen politischen Umständen sind sie jedoch zusätzlich einer «privatisierten» Gewalt ausgesetzt, die auch von offiziell staatlich unabhängigen Organisationen wie der «vatra romaneasca» ausgeht. Die «vatra» ist die Speerspitze des wiedererwachten radikalen und aggressiven rumänischen Nationalismus, die ihre Aufgabe vor allem darin sieht, den «heiligen rumänischen Boden» von Ungarn und «Zigeunern» zu befreien. In einer Gesellschaft, die von Gewalt geprägt und in der die Ablehnung der Roma weit verbreitet ist, können solche chauvinistisch-rassistischen Überlegungen auf einen fruchtbaren Boden fallen.

Es ist jedoch nicht nur die wirklich ausgeübte körperliche Gewalt von Anhängern der «vatra» gegenüber Angehörigen der Roma, sondern daß in ihren bzw. ihr nahestehenden Publikationen durch rassistische Äußerungen der Boden bereitet wird, auf dem die Gewalt wachsen kann.

In diese Kategorie der Unterdrückung und Verfolgung gehören auch die Ausschreitungen der Bergarbeiter in Bukarest im Juni. Die Bergarbeiter, vom Iliescu-Regime nach Bukarest gerufen, um die Demonstrationen für Demokratie auf dem Universitätsplatz zu zerschlagen, zogen «nebenbei» noch prügelnd durch die Romaviertel der Hauptstadt. Eine Aktion, die staatlich gelenkt war, doch als private Eigeninitiative der Bergarbeiter ausgegeben wurde.

Diese staatlich inszenierte bzw. geduldete Kampagne hat auch die Hemmschwellen der Zivilbevölkerung außer Kraft gesetzt. Es häufen sich die «spontanen Erregungen des Volkszorns», die sich in Angriffen gegen Angehörige der Roma-Min-

derheit äußern. Sie werden aus ihren Dörfern vertrieben, ihre Häuser abgebrannt und ihre gesamte Habe vernichtet.
Im Lande wurde ein Klima geschaffen, daß es jedem erlaubt, Roma als nicht ebenbürtig zu behandeln.
Die öffentliche Verleumdung der «Schokoladefarbenen» oder der «Braunhäutigen» als die Schwarzmarkthaie, die die rumänische Wirtschaft zerstören und die staatlicherseits sanktionierten Überfälle auf Romaviertel oder -dörfer sind die eine Seite ihrer alltäglichen Diskriminierung. Die andere Seite sind die kleinen Bosheiten gegen Roma, wenn sie aus Läden geworfen werden oder ihre Kinder die Schule verlassen müssen und die Überfälle und Angriffe von Privatpersonen auf einzelne Personen oder ganze Dörfer.
Diese Privataktionen brauchen keine polizeilichen Untersuchungen oder gerichtliche Verfolgungen zu befürchten, denn die daran beteiligten Personen wissen, daß dies geduldet wird.
Diese mehrfache Verfolgung ist das tragische Dilemma nicht nur der Roma in Rumänien, sondern auch in Jugoslawien, und in Ansätzen in allen anderen Ländern der Welt.
Die Roma selbst sprechen größtenteils weniger von organisierten Schikanen gegen sie. Ihrer Meinung nach handelt es sich hierbei mehr um individuelle Willkür, wobei auch regionale Unterschiede zu verzeichnen sind. In einigen Städten gäbe es keinerlei Schwierigkeiten für sie, in anderen müssen sie hingegen immer damit rechnen, irgendwelchen Maßnahmen ausgesetzt zu werden.
Es ist diese Ungewißheit und Unsicherheit, die viele verzweifeln läßt. Sie sind für den Staat und für die Gesellschaft eine Manipuliermasse geworden, die bei Bedarf benutzt werden kann. Dies zeigte sich vor den Wahlen, als sie für den Stimmenfang gebraucht und nach den Wahlen als «Sündenbock» mißbraucht wurden. In der Bevölkerung selbst, zeigt sich diese Einstellung bei ihrer Einschätzung der Roma als Schwarzmarkthaie und als Verantwortliche für den desolaten Zustand der rumänischen Wirtschaft. Denn solange die Roma den Markt mit den benötigten Waren belieferten, waren sie geduldet, wenn nicht sogar akzeptiert.
Diese Einstellungen und Verhaltensweisen lassen viele Roma für die Zukunft das Schlimmste befürchten.
Sie wissen – und ihre Geschichte belegt es -, daß es für sie sinnlos ist, sich an Behörden zu wenden oder auf die Verletzung ihrer Rechte öffentlich aufmerksam zu machen. Sie wissen, daß dem in der rumänischen Öffentlichkeit eine weit verbreitete Abneigung und Ablehnung gegenübersteht und daß sich die öffentliche Stimmung immer stärker gegen sie richtet und daß die düstere Aussicht, die Rolle des Sündenbocks in der rumänischen Gesellschaft zugewiesen zu bekommen, bereits Wirklichkeit geworden ist.
Und sie wissen auch, daß die außerrumänische Öffentlichkeit weiterhin tatenlos zusehen wird, weil sie in keinem Land anerkannt sind und es ja bloß «Zigeuner» sind, die verfolgt werden.
Am 1. November 1992 tritt das «bilaterale Abschiebeabkommen» zwischen Deutschland und Rumänien in Kraft. Bislang gab es keine lautstarken Proteste

ROMA IN RUMÄNIEN

oder Stellungnahmen. Es ist zu befürchten, daß die Abschiebeaktion zwar von verbaler Ablehnung, aber aktiver Neutralität begleitet wird.

Brigitte Mihok, Stephan Müller, Berlin, den 30. September 1992

(Hinweis: Gundula Fienbork/Brigitte Mihok/Stephan Müller (Hg): «Die Roma – Hoffen auf ein Leben ohne Angst» rororo aktuell – März 1992)
Vgl. «Adevarul» vom 5.6., 27.7., 28.7., 5.8., 9.8., 10.8., 17.8., 26.8.1990; «Zig-Zag» vom 16.-22.10. und 5.-11.11.1990; Kritischer Bericht in «Romania Libera» vom 10.8.1990.

Gewalttätige Übergriffe und Pogrome fanden beispielsweise zwischen dem 13.-15. Juni 1990 in Bukarest (in den Roma-Vierteln Ferentari, Tei, Rahova, Pantelimon und Sulea) statt, sowie im Oktober 1990 im Dorf Mihai Kogalniceanu (hier wurden zahlreiche Romahäuser niedergebrannt und die Romafamilien aus dem Dorf gejagt). Nach Angaben der «International Helsinki Federation For Human Rights» wurden in Rumänien zwischen Dezember 1990 und Mai 1991 in 24 Dörfern die Roma-Viertel überfallen, die Häuser abgebrannt und die Bewohner verprügelt und vertrieben. Meist war es eine aufgebrachte Menge von einigen hundert oder tausend Menschen, die in kollektiver Lynchjustiz vorgebliche Straftaten einzelner Roma rächen wollten. Die lokalen Behörden und Autoritäten waren entweder nicht in der Lage oder nicht willens, dagegen einzuschreiten. Die Pogrome wurden nur halbherzig oder gar nicht geahndet.

1. die Übergabemodalitäten,
2. die Benenung der für die Durchführung dieser Vereinbarung zuständigen Behörden,
3. die Bestimmung der Grenzübergänge für die Übergabe,

werden von den Vertragsparteien in einem Durchführungsprotokoll zu dieser Vereinbarung niedergelegt.

Artikel 6

Inkrafttreten, Geltungsdauer

Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach ihrer Unterzeichnung in Kraft. Sie wird auf unbestimmter Zeit geschlossen.

AUSWIRKUNGEN

DES DEUTSCH-RUMÄNISCHEN VERTRAGS FÜR DIE ROMA

Seit dem 1. November d. J. ist das Deutsch-Rumänische «Rückübernahmeabkommen» in Kraft. Worum es im Kern geht, wird in den Presseerklärungen des Bundesinnenministers Seiters deutlich: Abgelehnte Asylbewerber können leichter abgeschoben werden, wenn die Herkunftsländer zu ihrer Aufnahme bereit sind. Deshalb sollen mit den Regierungen der Hauptherkunftsländer Vereinbarungen getroffen werden, damit abgelehnt Asylbewerber leichter und schneller abgeschoben werden können.
Tatsächlich soll eine Art Pufferzone gegenüber den osteuropäischen Ländern geschaffen werden. Deutschland folgt mit dem Abschluß des Deutsch-Rumänischen Vertrags dem Beispiel Österreichs, das «gute Erfahrungen mit einem bereits bestehenden entsprechenden rumänisch-österreichischen Rückübernahmeabkommen aus dem Jahre 1990 gemacht hat.» Da erhofft man sich nun eine «Signalwirkung auf die übrigen Länder der Europäischen Gemeinschaft.»
Deutschland selbst verhandelt auch mit der CSFR über ein entsprechendes Abkommen. Auf der multilateralen Ebene haben die Schengener Vertragsstaaten laut Seiters das Ziel, in das mehrseitige Übereinkommen, das sie mit Polen geschlossen haben, weitere Staaten miteinzubeziehen. Man denkt dabei an Österreich, die Schweiz und Rumänien. Auch mit Bulgarien und den GUS-Staaten wird über multilaterale Rücknahmeübereinkommen verhandelt.
Es ist kein Zufall, daß es der Bundesregierung mit dem Deutsch-Rumänischen Vertrag besonders eilig war. Glaubt man Seiters, so ist Rumänien «zweites Herkunftsland» für «Asylanten», die Anerkennungsquote «nahezu 0 %» (tatsächlich 0,2 %). Deshalb sei gerade bei den «Rumänen» der «Asylmißbrauch offenkundig». Daß 60 % der Menschen, die aus Rumänien fliehen, Roma sind, wird nur in einem Nebensatz angemerkt.
Für die Roma bedeutet dieser Vertrag, daß sie von den deutschen Behörden, sofern sie ein entsprechendes Dokument besitzen, nach Rumänien abgeschoben werden, wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Ein «wesentlicher Vorteil der Vereinbarung» liegt für Seiters jedoch darin, daß aus Rumänien Eingereiste auch ohne Ausweisdokumente dorthin zurückgeschickt werden können, falls ihre «Staatsangehörigkeit glaubhaft gemacht wird». Oft verweigern deutsche Beamte zur Zeit jedoch schon die Annahme der Asylanträge von Flüchtlingen aus Rumänien.
Nach der Abschiebung drohen den Roma in Rumänien alltägliche Diskriminierung, rassistische Verfolgung und Pogrome sowohl von Seiten des Staates (der seine Attacken gerne von privatisierten Schlägertrupps ausführen läßt) als auch von Seiten der Bevölkerung, gerade weil sie als nationale Minderheit nicht anerkannt werden, geschweige denn Schutz genießen. Sie haben besonders unter dem neu aufflammenden Nationalismus in Rumänien zu leiden.
Es ist der blanke Zynismus, wenn Innenminister Seiters angesichts der oben beschriebenen Situation davon spricht, daß durch «Aus- und Weiterbildungsprogramme» «Anreize» geschaffen werden sollen, in die «Heimatländer» zurückzukehren und dort zu bleiben, wenn von «Reintegration» gesprochen wird. An der Lage der Roma werden die finanziellen Zuwendungen der Bundesrepublik an den rumänischen Staat nichts ändern. Deutschland hat sich mit 30 Mio. DM das «Recht» erkauft, Flüchtlinge aus Rumänien dorthin zurückzuschicken. Von Bilateralität kann nicht gesprochen werden. Denn wie oft kommt Rumänien wohl im Ernst in die Verlegenheit, deutsche «illegale Einwanderer» nach Deutschland abschieben zu müssen wie es der Vertrag erlaubt?
Seiters möchte Migrationsbewegungen verhindern, da sie «letztlich zu Unstabilität der politischen Verhältnisse sowohl im Herkunftsland wie auch in den Aufnahmenländern» führen.
Der gesamte Deutsch-Rumänische Vertrag spiegelt so die rassistische Politik der Bundesrepublik Deutschland im Innern und auf internationaler Ebene wider: Die rassistische Verfolgung; der die Roma in Rumänien ausgesetzt sind, wird schlicht ignoriert. Die rassistischen Attacken, die die Roma in Deutschland bedrohen , werden als Ausdruck der Instabilität betrachtet, die Migrationsbewegungen angeblich zwangsläufig mit sich bringen. So wird eine Minderheit, die in vielen Ländern Europas massiver Verfolgung ausgesetzt ist, als Gefahr für die Stabilität Deutschlands dargestellt. Auf die Einlösung ihres Rechts auf Schutz vor rassistischer Verfolgung in Europa warten die Roma wohl vergeblich.

ROMA IN DER BRD

Was Ihnen die bundesrepublikanische Presse sonst noch vorenthält

EG-Vorschläge zur Lösung der FLÜCHTLINGSKRISE

- v e r t r a u l i c h -

Die Immigrationsminister der 12 Mitgliedsstaaten versuchen, die Zahl von Flüchtlingen, die die Europäische Gemeinschaft betreten, zu zügeln.

Ein dem BBC Radio bekanntgewordenes Dokument legt offen, daß Großbritannien, das z. Zt. die Präsidentschaft in der EG inne hat (der Vorschlag stammt aber wohl vom bundesdeutschen Innenminister Seiters, die Übersetzerin), durchgreifende Maßnahmen vorschlägt, um die Antworten der Europäischen Gemeinschaft auf die derzeitige Flüchtlingskrise zu harmonisieren. Mit diesen vertraulichen Vorschlägen soll Folgendes erreicht werden:

a) Die Definition des Flüchtlings in der EG soll auf diejenige begrenzt werden, die in der Genfer Konvention von 1951 umrissen ist. Damit würden diejenigen, die vor Bürgerkrieg fliehen und diejenigen, die von repressiven Regimes verschleppt, gefoltert oder ernsthaft verfolgt werden könnten, ausgeschlossen.

b) Die internationalen Flüchtlingsbewegungen sollen dadurch begrenzt werden, daß denjenigen, die interkontinental reisen, generell ein offizieller Flüchtlingsstatus in Europa nicht gewährt wird. Menschen afrikanischer Herkunft oder Tamilen beispielsweise würde damit der Zugang zu Europa verwehrt.

c) Es soll den Gruppen, die in ihren Heimatländern unter represiven Regimes leiden, selbst überlassen bleiben, gegen diese Menschenrechtsverletzungen in erster Linie in ihrem eigenen Land anzugehen, bevor sie sich nach Europa in die Sicherheit flüchten. Demnach würde von den Kurden in der Türkei verlangt, zunächst alle «effektiven legalen Gegenmittel» auszuschöpfen, bevor sie in irgendeinem anderen Staat der europäischen Gemeinschaft Asyl beantragen.

In diesem Entwurf vom 1. Juli 1992 wird vorgeschlagen, daß diese harmonisierte Flüchtlingspolitik im Dezember 1992 auf der Tagesordnung der europäischen Konferenz in Edinburgh stehen soll. Er stammt von der Ad Hoc - Gruppe Immigration, einer speziellen Einheit, die an die Ministerkonferenz der Gemeinschaft, die aus den Immigrationsministern der Mitgliedsstaaten und deren höheren Beamten besteht, angegliedert ist. Wenn der Entwurf in Edinburgh angenommen wird, wird er zur Politik der Gemeinschaft, obwohl er von der üblichen Rechtssprechung der europäischen Kommission und des europäischen Gerichtshofes abweicht. Unter diesen Umständen würde der Entwurf nicht Gegenstand der Einwilligung nationaler oder des europäischen Parlamentes sein, bevor er umgesetzt würde.

ANZEIGE

DIE BRÜCKE LÄDT EIN ZUM TRIBUNAL GEGEN DEN NATIONALSTAAT

ZEUGEN DER ANKLAGE

Die Bundesrepublik Deutschland auf der Anklagebank wegen

- **Mißachtung der Menschenwürde**
- und **Verletzung der Menschenrechte**
- von **Eingewanderten** und **Flüchtlingen**

VERHANDLUNG:

Samstag, 5. Dezember 1992
12.00 - 20.00

- **Begründung der Anklageschrift**
  Historische und rechtliche Aspekte der "Nationalstaatsdoktrin"
  Zusammenspiel von Nationalismus und Rassismus
  Zusammenhang von Ökonomie und Rassismus
- **Kreuzverhör zur Anklageschrift**
  Anhörung von "ZeugInnen" zur Verletzung von Menschenrechten von Eingewanderten und Flüchtlingen

Mitwirkende (die bis Anfang Oktober zugesagt haben):
Dr. Christopher Pollmann (Universität Straßburg), **Heleno Sana** (Schriftsteller), **Oliver Tolmein** (Publizist), **Shala Blum** (Dipl. Ing./Stadträtin Stuttgart), **Norbert Müller** (Rechtsanwalt/Hamburg), **Claudia Roth** (MdEP/Die Grünen), **Necati Mert** (DIE BRÜCKE), **Tülin Arslan** (Studentin).

Sonntag, 6. Dezember 1992
10.00 bis 13.00

- **Urteilsbegründung**
  Beratungen in Arbeitsgruppen: Selbstverwaltung/"Kulturelle Autonomie" * Perspektiven für politische Rechte * 1993: EG der Nationalstaaten contra "Offene Grenzen" * "Asylmißbrauch" (Änderungen und Ergänzungen im Verlauf der Vorbereitungen und Verhandlungen vorbehalten)
- **Urteilsverkündung**
  Forderungen zur Bekämpfung des Rassismus und zur Überwindung des Nationalismus

Ein Reader ist in Vorbereitung.
Wer an dem Tribunal teilnehmen will, das mit Unterstützung DIE GRÜNEN im Europaparlament organisiert wird, melde sich bei:
DIE BRÜCKE
(Redaktion Frankfurt)
Cornelia Wilß
Günthersburgallee 31
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/499 01 29
Fax 069/493 06 07

DIE EDLEN WILDEN SIND WIEDER DA

Der neue Boom der Indianerstämme

Nur ein kleines Transistorradio haben sie. Sonst ist alles wie früher: Die Lacandonin fährt ihr Kanu, der Aymara spielt die Quena, und der Yanomami schießt mit Pfeil und Bogen. Die Eingeborenen sind diesen Sommer en vogue wie noch nie. Nach den Enttäuschungen mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt entdecken die europäischen Intellektuellen die Indianerstämme. Aber diesmal ganz im Ernst. **Von Helmut Scheben**

Seit Monaten kommen die Indianerbriefe, mehrere pro Woche. Es dürfte inzwischen mehr als ein Kilo Papier sein. Da ist zum Beispiel die Firma «Mundo Maya» aus Frankfurt am Main, die der Redaktion bei einem Apéro ihren «Maya-Pass» vorstellen will. Selbiger verschafft Zugang zu «einer Region, die über Jahrtausende von der Maya-Kultur geprägt wurde», inklusive Korallenriffe, Urwälder, individuelle Unterbringung, entscheidende Erleichterungen beim Lufttransport zwischen Guatemala, El Salvador, Honduras. Oder die höflichen Pressemitteilungen der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die über Wochen hinweg die Positionen des Floßes bekanntgab, auf welchen Rüdiger Nehberg und Christina Haverkamp den Atlantik überquerten, um «allen Indianern in Nord-, Mittel- und Südamerika eine Grußbotschaft zu überbringen» und dagegen zu protestieren, daß sie seit fünfhundert Jahren ausgebeutet werden.

Der Edle Wilde ist wieder da. Nebst seiner Frau, der Edlen Wilden. Mal schickt sie uns per Fax eine Resolution von einem Indianer-Kongress, mal kommt er als Medizinmann der Hopi im Radio DRS (english speaking, of course), mal tritt sie als Navajo-Frau im ZDF auf, mal kommt er nach Zürich ins «Corso» und beobachtet hoch zu Roß wie Kevin Costner mit dem Wolf tanzt, oder begibt sich mit dem Stadtrat Hans Wehrli ins Indianermuseum. Während in Sevilla unter dem irreführenden Namen «Weltausstellung» ein paar westliche Industriekonzerne mit heiterer Gelassenheit und rund 20 000 Polizisten sich selbst und den Fortschritt seit Kolumbus vorführen, haben Intellektuelle diesseits und jenseits des Antlantiks beschlossen, daß 1992 nicht das Jahr des Kolumbus, sondern das der Indianer und Indianerinnen zu sein habe, über deren Rücken schließlich der Fortschritt marschiert ist. Seitdem verabreicht man uns Indianer-Resolutionen und Indianer-Delegationen, Indianer-Petitionen und Indianer-Expositionen, Dakota und Mapuche, Yanomami und Mohawks, von Feuerland bis Alaska.

Mein Problem mit dieser epidemieartigen Indianer-Renaissance ist, daß ich oft nicht genau weiß, welches die guten und welches die weniger guten Indianer-Freunde sind. Man entgegnet mir, das sei einfach zu unterscheiden: Die einen verkaufen die Indianer und Indianerinnen an die Fremden, und die andern suchen eben dies zu verhindern. Also öffnen wir nochmal einen Brief:»Basel, den 9. Mai. Sehr geehrte Damen und Herren, in wenigen Wochen beginnt das Festival Das andere Amerika...» mit dem Xolotl-Ensemble aus El Salvador, dem Ensemble der Wayte aus Bolivien, den Chorote aus dem Chaco, dem Sicuris-Ensemble aus Peru, dem Kinderworkshop Flötenmusik der Andenländer, und so in einem fort bis zum Hinweis:»Neu ist, daß sich mit der Schweizerischen Kreditanstalt zum ersten Mal ein Hauptsponsor für die Veranstaltung engagiert.»

Das ist in der Tat neu. Weder die SKA noch eine der anderen Schweizer Großbanken war bisher als Fürsprecherin der indianischen Ethnien in Lateinamerika hervorgetreten. Sollte der Öffentlichkeit entgangen sein, daß die SKA (vielleicht ganz diskret) gegen die industriellen Mammutprojekte protestiert hat, die die Urbevölkerung in ganz Amerika von ihrem Land vertreibt? Kämpft die SKA gar gegen die Geldwäscherei und das Kokaingeschäft, das die indianischen Dorfgemeinschaften in Peru, Kolumbien und Bolivien zerstört? Wer verkauft eigentlich wen auf dem Festival in Basel? Und warum? Oder sollte es sich mit den Indianern und Indianerinnen verhalten wie seinerzeit mit den Bären, welche erst dann zum Tanz auf den Märkten vorgeführt wurden, als sie in den Wäldern ausgerottet waren? Ein grundlegendes Problem scheint mir darin zu bestehen, daß diejenigen, die die Bären erschlagen hatten, dieselben waren, die sich an den Tanzbären auf den Märkten nicht sattsehen konnten.

Seit 1492 hat Europa in geradezu verblüffendem Maß die Fähigkeit entwickelt, die Neue Welt als Projektionsfläche für die eigenen Utopien, Sehnsüchte und Aggressionen zu benutzen. Mit dem Bewußtsein von der Existenz des andern Kontinents begann zwar eine Entmythisierung und Verwissenschaftlichung des überkommenen Weltbildes, paradoxerweise wurde jedoch dadurch der Mythenbildung keinerlei Einhalt geboten. Die frühen Bilder vom Menschenbeine verzehrenden Kannibalen im Federröckchen wandelten sich im 18. Jahrhundert zum Positiven: Indianische Jagdgöttinnen und Herkulesfiguren griechisch-römischer Entlehnung illustrierten den Diskurs der Aufklärung über den «bon sauvage» Amerikas. Mit der Abenteuerliteratur des 19. Jahrhunderts, Karl May und Winnetou, gelangt der Edle Wilde zu neuer Blüte.

Wer jedoch glaubt, mit der Entwicklung der Abbildungs- und Dokumentationstechnik sei das 20. Jahrundert der wirklichen Wirklichkeit der Völker Amerikas nähergerückt, unterschätzt die europäische Nachfrage nach Legenden. «Na Bolom – Im Zeichen des Jaguar» heißt eine Fotoausstellung, die das «Festival der Frauen» 1990 in Zusammenarbeit mit der Illustrierten «Der Stern» veranstaltete. Die seit langem in Mexiko lebende Schweizerin Gertrude Duby Blom war in ihrer Jugend «als Abenteurerin in den tropischen Regenwald, die Selva Lacandona, geritten, auf den Spuren eines geheimnisumwitterten Volkes, Nachfahren der Maya». (Vorwort) Der Katalog zeigt ausnahmslos langhaarige, schöne Menschen, die mit ihren Kanus durch einen Regenwald-Dekor gleiten, dessen Komposition einem Caspar David Friedrich alle Ehre gemacht hätte. Die «Lacandonen», mit denen ich Anfang der achtziger Jahre in dieser Grenzregion zwischen Mexiko und Guatemala sprach, hatten eine Menge politischen Ärger und interessierten sich offensichtlich weniger für das Spiegelbild ihres Kanus im Wasser bei Mondschein als für die Frage, wie sie an einen 40-PS-Außenbordmotor für ihr Kanu, an Batterien und an Milchpulver kämen, all dies profane Symbole der Industriegesellschaft, die fein säuberlich aus der Fotoausstellung entfernt worden waren. Es gibt ein grundsätzlliches und heilloses Mißverständnis zwischen dem Europäer, der Europäerin, die die Schönheit des «Eingeborenen» in seinem Kanu suchen und finden, und letzterem selbst, der – völlig uneinsichtig – vorzieht, vor einem Toyota-Vierradantrieb-Geländewagen Modell zu stehn, und statt der ästhetisch hochdotierten Maistortilla eine Büchse Pepsi Cola vor die Kamera hält. Wann wird man und frau in Europa merken, daß die Indianer-Ikonen, die sie im Herzen tragen, am Tatort keinen Liter Kerosin mehr wert sind?

«Die Entdeckung des anderen führte unweigerlich zur Selbstbefragung der Entdecker», schreibt Hugo Loetscher in der Einleitung zur Ausstellung «Brasilien – Entdeckung und Selbstentdeckung», die letztes Wochenende in Zürich eröffnet wurde. Und der amerikanische Ethnologe William L. Balée, der für das Völkerkundemuseum der Universität Zürich das brasilianische Waldvolk der Ka'apor beschreibt, merkt selbstkritisch an, daß die hermeneutische Ethnologie seit langem die Auffassung vertritt, Beschreibungen anderer Kulturen seien nichts anderes als eine kunstvolle

Autobiographie («je dis l'`autre pour mieux me dire», hatte Michel de Montaigne Ende des 16. Jahrhunderts in seinen Essais über die Neue Welt gesagt). Die Brasilien-Ausstellung der Juni-Festwochen ist ein Versuch, die ideologischen Filter sichbar zu machen, durch die das koloniale Europa Lateinamerika wahrnahm und zum Teil bis heute wahrnimmt. Angesichts der gnadenlosen Gefrässigkeit, mit der der Fortschritt – das heißt Viehzüchter, Goldsucher, Holzfirmen, Ölkonzerne und gigantische Industrialisierungsprojekte wie Grande Carajás im Amazonasgebiet – die Territorien der letzten Überlebenden der lateinamerikanischen Urvölker vereinnahmt, kann niemand schweigen. Wenn also Reden über Indianer und Indianerinnen unsere Pflicht ist, woher rührt dann das Unwohlsein bei dieser Art von Rede?

Was uns mißtrauisch machen müßte, ist die Leichtigkeit, mit der wir, erklärte Antikolonialistinnen und Antirassisten, bei dem Versuch, das Negativ in ein Positiv zu verwandeln, Klischees fabrizieren und in die Fälschung hineinschliddern. Von der lateinamerikanischen Indigenismo-Bewegung der dreißiger und vierziger Jahre, die das Inka-Reich und eine «raza de bronce» verherrlichte, bis zur von europäischen und afrikanischen Intellektuellen gefeierten «négritude» ist die selbe Spiegelbildmechanik wirksam. Als ob der Kolonialismus zu überwinden wäre mit der im eigenen Methode:Proklamation der absoluten Überlegenheit einer Gesellschaft oder Rasse. In diesem Sinn liegt selbst der Entdeckung «black is beautiful» noch ein versteckter Rassismus zugrunde; Müssen Schwarze schön sein, um gleich zu sein?

In einem scharfsinnigen und bitterbösen Aufsatz mit dem Titel «Eurozentrismus wider Willen – Ein politisches Vexierbild» warf Hans Magnus Enzensberger vor zehn Jahren der Linken vor, ihre in den Industrieländern gescheiterten revolutionären Hoffnungen in immer weitere Ferne verlagert zu haben: erst nach Rußland, dann nach China und schließlich zu den Befreiungsbewegungen der sogenannten Dritten Welt. Mir scheint, daß der revolutionäre Exotismus 1992 noch einen Schritt weiter gedriftet ist. Da die Befreiungsbewegungen nicht hielten, was sie versprachen (wem haben sie eigentlich je etwas versprochen?), müssen die indianischen Ethnien als Zufluchtsort unserer enttäuschten Hoffnungen herhalten. Die Zigeunerin und der Flamenco sind mittlerweile definitiv von der Nestlé-Werbung okkupiert, also bleiben den europäischen Intellektuellen nur noch die indianischen Stämme und die afrokaribische Kultur als neue Projektionsfläche.

Das alles war noch zu Zeiten der Hippie-Bewegung nicht weiter schlimm, und selbst der Billigflug zum Sonnentanz der Hopi oder ein Ayahuascar bei einem Shipibo-Schamanen in Peru wären als Therapie für die sinnsuchenden okzidentalen Freaks tolerierbar gewesen. Gefährlich, im wahrhaft pysischen Sinn gefährlich, wird die Sache dort, wo die einen den andern die Köpfe einschlagen unter Berufung auf Volk, Stamm und Community. In einem solchen Kontext, dessen Epizentrum derzeit irgendwo zwischen Äthiopien, Afghanistan und Jugoslawien liegt, hat die Indianer-Romantik ihre Unschuld verloren. In einer Welt, die mit dem Ende des Zwei-Block-Systems in die Stammesfehden mittelalterlicher Warlords zurückzufallen droht, ist der Rückzug zu den Indianervölkern eine beeindruckende Verdrängungsleistung. Letztendlich ist dieser Rückzug eine Absage an die Aufklärung.

Die indianisierende Linke wird nicht umhin kommen zu entscheiden, ob sie das Projekt der Aufklärung weiterführen will oder nicht. Will sie an der Utopie eines auf Vernunft (eine umfassende, nicht jedoch verkürzte instrumentelle Vernunft) begründeten gesellschaftlichen Zusammenlebens festhalten und für diese Utopie Universalität beanspruchen? Das Projekt der Moderne ist in Mißkredit geraten, weil dieselbe Gesellschaft, die es zu vertreten vorgab, noch bis vor kurzem ein paar hundert Atomsprengköpfe pro Jahr produzierte und weder damals Auschwitz noch Jugoslawien heute zu verhindern wußte. Es wäre fatal, in den autochthonen Gesellschaften Lateinamerikas jetzt das Sinn-Depot zu suchen, aus dem sich der Westen nach Bedarf bedienen kann. Der Kampf der Eingeborenen-Völker Amerikas um ihr Land, um Agrarreform, um Anerkennung ihrer demokratischen Rechte ist legitim, es sind jedoch all dies Forderungen, die den Ideen der Aufklärung mit ihrem universalen Menschenrechtsanspruch entlehnt sind.

Zwischen der auf Entscheidungsfreiheit des Individuums begründeten modernen Gesellschaft und den der ehernen Kontrolle des Kollektivs unterworfenen indianischen Gesellschaften besteht eine Kluft von einem Jahrtausend. Die indianischen Völker sind nicht immer wieder Sinnstifter und Ethik-Reservoir, wenn uns das Unbehagen in der Kultur befällt. Es handelt sich bei ihnen um Formen gesellschaftlicher Organisation, die völlig unvereinbar sind mit der unsrigen und uns nicht weiterhelfen werden. Wer dies bestreitet, lügt sich selbst in die Tasche. Der Quechua-Bauer, der aus dem Altiplano nach Lima auswandert, die Frau aus Chiapas, die in die 20-Millionen-Stadt Mexico auf-



bricht, sie alle wissen, was die Slums sind, wissen um den wölfischen Charakter der Industriegesellschaft. Dennoch habe ich vom Gran Chaco bis zum Rio Grande nicht einen jungen Mann, nicht eine Frau getroffen, die nicht bereit gewesen wären, stehenden Fußes den Poncho gegen Blue Jeans, den Esel gegen eine 125er Honda, das als unerträglich repressiv empfundene kulturelle Gefängnis der Dorfgemeinschaft gegen ein Minimum an individueller Autonomie einzutauschen. Wer die glitzernden Lichter der Stadt gesehen hat, verbringt nicht länger sein Leben im Maisfeld. Es mag uns behagen oder nicht, wir führen einen Zug von Lemmingen, stellt Enzensberger bitter fest:»Die wahren Eurozentristen, das sind die anderen.» Unsere Werkzeuge, Maschinen und Produkte haben uns bis zur Unkenntlichkeit verändert. Unsere idiotische Architektur, unsere Supermärkte, unsere Dreizimmerwohnungen, unsere Kosmetika, unsere Fernsehprogramme, die sich über den ganzen Erdball ausbreiten, sind nur einzelne Momente einer offenbar unwiderstehlichen Totalität.

Wie groß auch der Selbstzweifel, der Haß auf die westliche Müll-Zivilisation uns quälen mögen, nie mehr wird eine Entscheidung gegen Europa und für die Indianervölker möglich sein, denn Geschichte ist nicht ungeschehen zu machen. Man kann sich nicht für oder gegen Europa entscheiden, sagt der französiche Philosoph Tzevan Todorov in seinem Essai «Face aux autres» (1991): «Man kann sich entscheiden für die Tradition von Nietzsche, Barrés und Sores oder für die Tradition von Montesquieu, Rousseau und Kant.» Letztere, so scheint mir, ist die einzig greifbare Tradition, die ein Bollwerk gegen Rassismus, Nationalismus und neuen Stammeswahn bieten kann.

Am Ende bleibt kein Platz für Spott oder Hohn. Pierre Brice mag nocht einmal in Bad Segeberg als Winnetou reiten, Kevin Costner mit dem Wolf tanzen und ein Dakota-Lyriker seine Texte im Volkshaus in Zürich lesen. Sie werden es für ein Publikum tun, das lacht und weint und das seit zweihundert Jahren auf der Suche nach einer Heimat ist. Diese Sehnsucht nach einer verlorenen sozialen Geborgenheit («tempo di pane» nannte Pier Paolo Pasolini das patriarchalisch-rurale Arkadia, von dem er besessen war) ist vielleicht der große Kreuzweg, die große Passion der Menschen Europas seit dem revolutionären Übergang von einer feudalen Agrargesellschaft zu einer industriellen Stadtgesellschaft. Der Faschismus hat diese Suche nach Heimat meisterhaft für seine Zwecke zu nutzen gewußt.

Der Preis, den die Moderne kostet, ist jeden Tag, so auch heute morgen, den Zeitungsinseraten zu entnehmen:

«54j. Frau sucht Frau für am Nachmittag zum Spazierengehen, Kaffeetrinken und Plaudern. Seriöse Angebote an Chiffre...»

Drei Zeilen, die den Zustand Europas am Ende des 20. Jahrhunderts auf den Begriff bringen. Der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa, welcher zur Lösung gesellschaftlicher Probleme vor allem den freien Markt empfiehlt, schrieb vor kurzem in einem intelligenten Leitartikel: «Es ist immer noch besser, in der Schweiz vor Langeweile zu sterben, als in Äthiopien zu verhungern. Der Fortschritt existiert.»

Das Beeindruckende an diesem Kolumbus-Jahr 1992 ist der an Tollwut grenzende Fortschrittsoptimismus derer, die vorgeben, nicht zu wissen, daß die luxuriöse Einsamkeit der wenigen mit dem Hunger der vielen erkauft wurde.

Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Autors

LAGER ODER GUTGESCHÜTZTER KNAST

Eindrücke aus der ZASt Eisenhüttenstadt 4.-6.9.1992

Der erste Eindruck: Die ZAST-Eisenhüttenstadt ist jetzt gänzlich mit Natodraht umzäunt. Vor dem Haupteingang ist Natodraht in mehreren Lagen gespannt, davor stehen ein Wasserwerfer des BGS und mehrere Mannschaftswagen. Davor ist das Lager weiträumig abgezäunt, der Eingang in diese Absperrung ist an der stadtauswärts zugewandten Seite. LagerbewohnerInnen und deren BesucherInnen müssen einen mehrere hundert Meter langen Umweg machen, um das Lager zu erreichen. Umliegende Garagen sind ebenfalls mit Natodraht bestückt. Im Lager selbst sind ständig mindestens zehn weitere Mannschaftswagen des BGS und ein weiterer Wasserwerfer. Das ganze Lager macht auf mich den Eindruck eines gutgeschützten Knastes.

Was wir während unserer Anwesenheit beobachten konnten: Angeblich sind zur Zeit «nur» 600 Männer und Frauen in der ZAST. Vor den eskalierten Angriffen der letzten eineinhalb Wochen waren wohl über 2000 im Lager. Die Heimleitung des PeWoBe hat, wie uns berichtet wurde, angeordnet, die der Straße zugewandten Häuser zu räumen. Die Container im Innenhof des Lagers sind weiterhin bewohnt. Die Zimmer, die wir gesehen haben, waren mit 10 Leuten bewohnt. Die Flüchtlinge werden z. Z. sehr schnell verteilt. Sie bleiben zwei Tage bis höchstens eine Woche in der ZAST. Die Transferbusse stehen dann im nunmehr natodrahtumzäunten Innenhof der ZAST inmitten von BGS-Mannschaftswagen. In dieser Atmosphäre, die eher an Gefangenentransporte erinnert, werden die Flüchtlinge auf andere Lager verteilt. Vor rassistischen Angriffen geflohene Flüchtlinge werden anscheinend nur aufgenommen, wenn behördlicherseits offiziell eine Neuverteilung angeordnet wird. Ansonsten müssen die «Doppelflüchtlinge» draußen vor den Bullenabsperrungen bleiben, auch jetzt, wo allnächtlich Angriffe von den Nazis laufen.

Die Zusammenarbeit von B.O.S.S., dem privaten Wachschutz in der ZAST (mit Sitz in Berlin, der Geschäftsführer ist ein gewisser Flagmaier) und dem BGS läuft hervorragend. Wir konnten beobachten, daß BGS dem B.O.S.S.-Personal sofort zur Seite stand, als es während der Essensverteilung Streit zwischen Wachschutz und einer Gruppe von Flüchtlingen gab. BGS geht im Lager in den Wohnräumen der Flüchtlinge ein und aus. BGS kontrolliert vor den Absperrungen vor der ZAST Flüchtlinge nach ihren Lagerausweisen.

BesucherInnen für die Flüchtlinge werden möglichst schon an den BGS-Absperrungen abgewiesen, notfalls mit Lügen, wie: «die Person ist nie im Lager gewesen», oder «sie ist schon längst verteilt worden». Falls BesucherInnen durchgelassen werden, sind sie, sobald sie die Zimmer verlassen, ständiger Kontrolle und Bedrohung des Wachschutzes ausgesetzt. Mit dem Hinweis auf die allnächtlichen Angriffe gegen das Lager bleiben den Flüchtlingen selbst im Lager kaum noch Bewegungsmög-



lichkeiten. Der starke Druck von den Nazis wirkt sich direkt auf die Situation im Lager aus.
Seit eineinhalb Wochen sind allnächtliche Angriffe gegen das Lager. Zumeist sind Jugendliche unter zwanzig daran beteiligt. Wir haben auch viele ältere, als wohlwollende Masse, gesehen. Viele sagen, daß die Jungen die «Drecksarbeit» für die Alten machen. Die Stimmung in der Stadt ist äußerst feindlich und gereizt. Uns wurde z. B. auch ständig der Finger gezeigt. In Parolen und großkotzigem Gerede wird das erklärte Ziel verkündet.«Die ZAST ist eine Sauerei in Eisenhüttenstadt und muß weg.» Die Begründungen dafür sind oft unglaublich, die Auswirkungen sind jetzt schon oft fatal. Die angeblich vollgekackten Rosenrabatten, der unerträgliche Lärmpegel in und um das Lager und die vielen Diebstähle müssen herhalten, um Menschen als schmutzig und minderwertig darzustellen. Kein Mensch redet davon, daß in der ZAST über 100 Menschen sich jeweils zwei Männer- und zwei Frauentoiletten teilen müssen. Durch die entwürdigenden Leibesvisitationen der Frauen in der Kaufhalle wissen die Eisenhüttenstädter auch zu berichten, wie einfach die Romafrauen ihren Dreck in die Rosenbeete fallenlassen können. Sie haben unter ihren Röcken keine Hosen an. Auch bei dem Lärmpegel denkt überhaupt niemand daran, daß in der ZAST 2300 Menschen auf engstem Raum leben müssen und das meiste unter freiem Himmel passiert. Wenn über die vielen Diebstähle berichtet wird, können wir nur an den Winter 89/90 erinnern, als ab Anfang November z. B. in Berlin die Diebstahlrate z. B. rasant in die Höhe schnellte und überall in den Kaufhäusern eine Unmenge zusätzlichen Wachpersonals eingestellt wurde.
Was da z. Z. stattfindet, ist ein gefährliches Zusammenspiel von staatlicher Propaganda, rassistischer Ausgrenzungspolitik und Aktionen vom rassistischen Mob auf der Straße.

Als 91 immer mehr Flüchtlinge ihren Zuweisungsort verlassen und durch Besetzungen, Demonstrationen usw. auf ihre Situation aufmerksam gemacht haben und eingefordert haben, ihren Aufenthaltsort für die Dauer des Asylverfahrens selber wählen zu können, hielten die Politiker mit der Parole»keine ausländerfreien Städte zu dulden» von CDU bis AL/Grüne hart dagegen. Sie verteilten willkürlich die Flüchtlinge weiter. Jetzt, Monate nach diesen Kämpfen der Flüchtlinge in Frankfurt, Berlin und vielen anderen Städten, fordert der rassistische Mob auf der Straße «Ausländerfreie Städte». Staat, Bullen und BGS reagieren mit noch härterer Repression darauf.

Deshalb bleiben wir bei unseren Forderungen:
FREIE WAHL DES AUFENTHALTSORTES FÜR ALLE FLÜCHTLINGE + WEG MIT ALLEN SONDERGESETZEN FÜR FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN + ANERKENNUNG FRAUENSPEZIFISCHER FLUCHTGRÜNDE + EIGENSTÄNDIGES AUFENTHALTSRECHT FÜR ALLE FRAUEN + GRENZEN AUF FÜR ALLE + KAMPF DEM RASSISMUS UND FASCHISMUS AUF ALLEN EBENEN

Antirassistisches Zentrum Berlin

Durch diesen Bericht wird wieder einmal verdeutlicht, was das Bestreben der politischen Kräfte, zentrale Aufnahmelager für AsylbewerberInnen zu schaffen, konkret heißt. Alltägliche Schikane und die Kontrolle über die Flüchtlinge verstärken sich massiv, die Lebensumstände sind schlicht menschenunwürdig. Ein zukünftiger Schwerpunkt für antirassistische Arbeit muß die Verhinderung von ZAST-Strukturen sein. Dies gilt konkret auch für die in Berlin-Spandau geplante ZAST.

BRAUN AUCH OHNE SONNENBANK

Teutsche Jugend in Hohenschönhausen

Durch die geplante Verlegung der Asylantragstelle für außereuröpaische Flüchtlinge nach Hohenschönhausen ist dieser Stadtteil in das Blickfeld antirassistischer und antifaschistischer Gruppen gerückt. Im Gespräch mit Menschen aus Hohenschönhausen haben wir versucht, uns über die Entwicklung und Struktur der dortigen Faschoszene zu informieren.

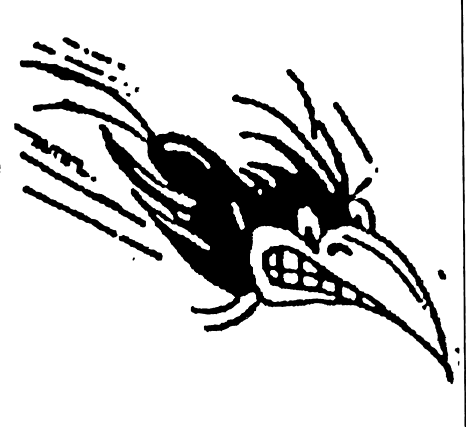
Als Beginn einer Organisierung zu schlagkräftigen Banden ist zunächst der scheinbar willkürliche Terror an den Schulen zu sehen. Jugendlichen Schlägerbanden dienen vollkommen irrationale Kriterien wie das Tragen von Markenkleidungsstücken einer bestimmten Farbe als Begründung für Mißhandlung oder Raub. Die Kriterien sind einem stetigen Wandel unterworfen, so daß kein Mensch sicher sein kann, vom Terror dieser Banden verschont zu bleiben. Hinzu treten dann eher politische Feindbilder, wie vermeintliche Linke oder Schwule. Organisierte und kontinuierliche Angriffe und Bedrohungen Einzelner finden im Extremfall schon seit Jahren statt. Die bewaffneten Schlägertrupps informieren sich über Stundenplan, Heimweg und Wohnung von ihnen mißliebigen SchülerInnen und lauern diesen ständig auf. Weder die Schule noch die Polizei zeigt bei solchen Vorfällen gesteigertes Interesse, ein wirksamer Schutz für die Betroffenen wird nicht geboten. Das hierzulande leider übliche Erklärungsmuster, die «armen» und «desorientierten» Täter seien die wahren Opfer und damit Objekt der «aufsuchenden Sozialarbeit», erfreut sich auch in Hohenschönhausen großer Beliebtheit, so wurde zum Beispiel eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung mit bleibender Schädigung für das Opfer mit der Begründung abgewiesen, der Täter habe sein Anti-Gewalt-Seminar noch nicht abgeschlossen.
Die oben beschriebenen Schlägerbanden bieten zunehmend ein Rekrutierungsfeld für organisierte Faschisten, die Feindbilder wie AusländerInnen, Linke, Schwule usw. überschneiden sich. In den Treffpunkten dieser Schlägerbanden, wie dem Jugendclub Welsestraße, der sich zu einem Skinheadtreff entwickelt hat, oder dem Discozelt «Checkpoint», in dem sich an den Wochenenden Faschisten aus verschiedenen Bezirken treffen, versuchen organisierte Faschisten Mitglieder dieser Schlägertrupps für ihre Partei anzuwerben. Durch die Schließung von 5 der 7 Jugendclubs im Bezirk hat sich die Situation für Jugendliche, die mit rechten Banden nichts zu tun haben wollen, verschärft. Ein von eher «alternativen» Jugendlichen benutztes Jugendzentrum wurde schon mehrmals durch Steinwürfe angegriffen, diese Jugendlichen stehen durch die permanente Bedrohung vor der «Wahl» entweder zu Hause zu bleiben oder sich den Rechten anzuschließen. Diese Entwicklung scheint mittlerweile erwünscht zu sein, da das neue Berufsbild des «Nationalsozialarbeiters» für rechte Jugendprojekte sich einer massiven finanziellen Förderung staatlicher Stellen erfreut.

Vor ungefähr einem Jahr tauchten als erstes Anzeichen einer faschistischen Organisierung im Bezirk speziell für Hohenschönhausen erstellte rassistische Aufkleber auf. Nach außen sichtbare Aktivitäten sind zur Zeit hauptsachlich Graffitis, die sie ungestört sprühen können. Das bedeutet zum einen eine große Akzeptanz im Stadtteil, zum anderen, daß der teilweise wahllose, flächendeckende Terror Wirkung zeigt. Mit der Polizei, die massiv, auch in Zivil, Streife fährt, scheint es keine größeren Probleme zu geben. Einen weiteren Schwerpunkt faschistischer Aktivität bildet die Kriminalität. Das mutmaßliche NF Mitglied Sven G., der beim Verteilen von NF Propagandamaterial beobachtet wurde, erpresst von vietnamesische StaßenhändlerInnen Schutzgelder. Der Fascho-Hool Marko K. betreibt eifrigen Handel mit Waffen und Drogen. Für ihn «arbeiten» mehrere Jugendliche. So dürfte es bei einer «Säuberungsaktion» der Rechten gegen Drogendealer eher um eine Auseinandersetzung um Marktanteile gegangen sein. Da dies alles normalerweise als Straftat gilt, sind die Täter im Vordergrund praktischerweise stets im strafunmündigen Alter. Vor ihren Aktionen betrinken sie sich strafmildernd in Gaststätten wie dem Barnimquell, der Malchower Aue oder dem Mühlengrund. Die Gruppen sind nach dem Zellenprinzip aufgebaut, die politischen Kader bleiben im Hintergrund. Die Kader sind in der Lage zu bestimmten Anlässen Schläger in größerer Zahl auch aus anderen Bezirken zusammenzutrommeln.
Es ist zu befürchten, daß die Verlegung der Asylantragstelle nach Hohenschönhausen jetzt ein willkommener Anlaß zu einer Verbreiterung und Festigung der rechten Szene vor Ort sein kann. Schon jetzt erfahren Überfälle auf StraßenhändlerInnen große Zustimmung innerhalb der Bevölkerung. Nach der vom NF Kader Andreas Pohl initiierten Gründung der «Bürgerinitiative Hohenschönhausen» (nicht zu verwechseln mit der BI Hohenschönhausen, die versucht, Flüchtlinge und ImmigrantInnen zu unterstützen) tauchten die ersten rassistischen Flugblätter gegen die Asylantragsstelle auf (mit der Kontaktadresse A. Pohl). Die AntifaschistInnen und AntirassistInnen in Hohenschönhausen brauchen dringend Unterstützung. Für sie, wie für die nichtdeutschen HohenschönhausenerInnen ist die Bedrohung alltäglich geworden. Dem rechten Mob darf nicht widerstandslos die Macht auf der Straße und in den Köpfen der Menschen überlassen werden.

Antifa Info Telefon

Hohenschönhausen braucht Schutz!

Am Montag, dem 26. Oktober 92 wurde in Hohenschönhausen die neue ZASt in Betrieb genommen. Seitdem ist spätestens klar: Die politische Kampagne zur Verhinderung der neuen ZASt ist gescheitert, die Gefährdung von schutzsuchenden Flüchtlingen ist jetzt akut!
Zusammen mit vielen anderen Gruppen organisieren wir Schutz für die Flüchtlinge. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, daß die Flüchtlinge die ZASt unversehrt erreichen und auch wieder verlassen können.
Für die Schutzmaßnahmen brauchen wir dringend Geld.
Bitte spendet auf das Konto:



KREUZBERGER BÜNDNIS
- Hohenschönhausen -
Berliner Sparkasse
Kto-Nr. 670263451
BLZ 100.500.00

«Sie fühlen sich als Exekutivorgane des Staates ...»

Interview mit Birgit Rommelspacher

Perspektiven, ZAG: Du sprichst von Täterentlastung und Opferbelastung bei vielen Erklärungsansätzen von Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt. Wie kommt es zu dieser Täterentlastung auf der politischen Ebene? Und wie funktionieren Verdrängungsmechanismen, diese Art von Selbstbetrug in großen Teilen der Bevölkerung bei den Ereignissen in Hünxe, Hoyerswerda oder Rostock?

Birgit Rommelspacher: Ich denke, daß es zunächst ein ganz generelles Phänomen ist, daß Leute versuchen, sich selbst zu entlasten, wenn irgendwelche Probleme auftauchen. Sie verschieben sie auf andere, in der Regel auf die Schwächeren. Dies, um selbst besser dazustehen und sich selbst zu schützen. Das Problem des Rassismus oder der Verfolgung von Minderheiten hier in Deutschland ist gravierender, weil wir eine historische Kontinuität haben, im Glauben, immer «Opfer» der Geschichte zu sein – Opfer böser Mächte, Opfer eines Adolf Hitler, Opfer von Krieg und Not.

Diese Selbstentlastungstendenz wird von der Politik, von den Sozialwissenschaften und von der veröffentlichten Meinung unterstützt. So jammern die Politiker ständig, daß Arbeitslosigkeit, Wohnungnot u.s.w. die Menschen so beuteln würden, daß sie das alles nicht verkraften könnten und auch den Kommunen die Einwanderer und Flüchtlinge über den Kopf wüchsen. Dieses Stöhnen, dieses Selbstmitleid und die Darstellung, wir würden in einer tiefen wirtschaftlichen Krise stecken – wobei wir eben nach wie vor eines der reichsten Länder der Welt sind – ist eine öffentlich gesteuerte Selbstentlastungsstrategie. Dem kommt die Sozialwissenschaft zu Hilfe, die diese armen Jugendlichen bedauert, die in Modernisierungskrisen stecken, unter Individualisierungsschocks und ökonomischen Bedrängnissen leiden. Am Schluß reihen sich immer weitere Entlastungsstrategien aneinander und letztendlich bleibt kein Täter mehr übrig. Eher umgekehrt scheinen die Verfolgten dann diejenigen zu sein, die provozieren.

Du kritisierst, daß die Täter als Modernisierungsopfer oder Opfer von Individualisierungsschüben entlastet werden. Nun scheint es so zu sein, als ob dies nicht mit allen Tätern funktioniert. Bei dem Mord an einem Vietnamesen in Berlin-Marzahn hatte der Täter angeblich angenommen, es handele sich um einen Verkäufer nicht verzollter Zigaretten. Dies gab er als seine Motivation an, den Vietnamesen anzugreifen. Der Täter war offensichtlich weder jugendlich noch arbeitslos, so daß sich seine Motivation damit nicht erklären läßt. Andere Begründungen müssen gefunden werden.

Was ich glaube ist, daß das Gericht in diesem Fall davon ausging, daß jemand das Recht hat, die hier herrschende Ordnung zu verteidigen. Sie ist in einem bestimmten Lebensstil verankert, der beispielsweise durch den der Roma und Sinti in Frage gestellt wird, oder auch in der Frage, wer Handel treiben darf und wer nicht. Das Bedürfnis nach der Aufrechterhaltung einer «deutschen» Ordnung gibt den Tätern implizit Recht, wenn sie sich als Ordnungshüter aufspielen.

Wird über die Betroffenheit des Täters, über dieses «Unrecht», was da angeblich geschieht, wieder vermieden, über Rassismus als Ursache zu sprechen?

Ich denke, daß dies ein Ausweichen ist. In diesem Fall wird nicht über Rassismus gesprochen, sondern dem Täter Verständnis entgegengebracht, weil er eine fikive «deutsche» Ordnung verteidigt hat. Die rassistischen Übergriffe, Verfolgungen, Pogrome sind nicht nur ein expressiver Akt, wo die Wut herausgelassen wird oder einfach eine Spannung abgeführt wird. Sondern sie sind vor allem auch ein instrumenteller Akt, in dem darauf hingewiesen wird, daß es in dieser Gesellschaft so und so aussehen soll und nicht anders. Der Richter kann den Rassismus verdrängen, indem er vorgibt, dem jungen Mann ginge es ja «nur» um Recht und Ordnung. Nach dem Motto: Wir sind keine Ausländerfeinde – aber Deutschland muß deutsch bleiben. Er setzt einen vermeintlich positiven Wert an die Stelle eines negativen.

Nora Räthzel spricht ja von einer rebellierenden Selbstunterwerfung im Zusammenhang mit Rassismus. Sie fragt nach der Funktion, die Rassismus für die Täter, für die Rassisten hat. Diese Frage interessiert mich.

In dem Fall spielen sich die Täter zu Hütern von Recht und Ordnung auf. Sie fühlen sich als Exekutiv-Organe des Staates und haben ja vielfach die Mehrheit, die öffentliche Meinung, im Rücken. Damit sind sie machtvolle Figuren. Hier sehe ich eine Funktion für die Täter. Sie führen das aus, was die anderen unbewußt an sie herantragen, und empfinden sich so in einer machtvollen Position von quasi Staatsorganen, die den Auftrag der Gesellschaft erfüllen.

Andererseits gibt es immer wieder Statements von organisierten Neonazis, die sagen: «Unser erster Feind ist der Staat, unserer zweiter erst die Ausländer». Das heißt, sie handeln nicht für, sondern gegen den Staat.

An diesem Punkt muß man in der Tat Rechtsextreme von Rassisten unterscheiden. Rechtsextreme haben tatsächlich politische Gegenentwürfe von einem hierarchischen Staat, der auf einer «natürlichen» Ordnung basiert. Dennoch sind sie gleichzeitig auf der Ebene des Rassismus Vollstrecker des Mehrheitswillens. Schließlich halten 51 Prozent der Deutschen nach einer Infas-Untersuchung die Aussage für weitgehend richtig: Deutschland den Deutschen.

Natürlich sagt die offizielle Politik nicht: «Ihr sollt jetzt auf die Straße gehen.» So einfach ist es nicht. Sondern sie produziert einen Druck, der zum Handeln drängt: Die unselige, inszenierte Asyldebatte, die auf der einen Seite so tut, als ob es riesige Probleme gäbe, die gar nicht zu lösen wären und gleichzeitig so tut, als ob ein wenig Drehen am Paragraphen schon alles plötzlich lösen würde, schafft eine Diskrepanz. Diese Diskrepanz, diese Spannung fordert mehr oder weniger dazu auf, jetzt endlich etwas zu tun. Damit fühlen sich die Täter unterstützt.

Sie werden außerdem unterstützt, wenn die Polizei nicht einschreitet und zuschaut, wenn die Gerichte so minimale Strafen verhängen.

Wider die Täterentlastung

Du benutzt diese Argumente vor allem gegen die Vertreter der sogenannten Modernisierungsverlierer-Theorie. Kannst Du das noch einmal ausführen?

In den meisten Analysen über die rechtsextreme oder rassistische Gewalt wird davon ausgegangen, daß diejenigen, die gewalttätig werden, in irgendeiner Form frustriert sind. Ob es ökonomische Not ist, Wohnungslosigkeit oder Individualisierungskrisen, Vereinzelung, Vereinsamung oder der Modernisierungsschock, diese Frustrationen führen dazu, daß irgendwo mal die Sicherung durchknallt und die Leute aggressiv werden. Diese Frustrations-, Aggressionshypothese, die hinter diesen Theorien steckt, reicht meines Erachtens zur Erklärung dieser Übergriffe nicht aus, denn wenn wir uns tatsächlich anschauen, wer frustriert ist oder wem es in unserer Gesellschaft schlecht geht, dann sind die es eben nicht, die zuschlagen. Die Flüchlinge und die MigrantInnen selbst sind doch diejenigen, die wirklich einen unsicheren Arbeitsplatz, unsichere Zukunftsaussichten haben. Insofern kann man nicht ein-

fach davon ausgehen, daß Frustration automatisch zu Aggression führt, sondern muß nach den gegebenen Bedingungen schauen, warum sie in dieser Form ausgelebt wird. Frustration wird dann in Aggression ausagiert, wenn es erwartet, wenn es erwünscht wird. Dieser Hinweis, daß es in dieser Form erwartet wird, dafür liefert uns die Politik zahlreiche Beispiele.

Wie erklärst Du Dir die seit 1989 zunehmenden Ausschreitungen, den Gewohnheitsprozeß, der stattgefunden hat, den zum Alltag gewordenen Rassismus?

Wir hatten die ganze Zeit über in der Bundesrepublik ein rassistisches oder rechtsextremes Potential. Es gibt aber aktuelle Ereignisse, die die Entwicklung verschärft haben. Erstens die Veränderung der Weltordnung, der Zusammenbruch im Osten sowie die Verschärfung der Widersprüche zwischen der sogenannten «Ersten» oder «Zweiten» und der «Dritten Welt». Also die immer stärker werdende Kluft zwischen Armut und Reichtum und ein immer größer werdendes Bedürfnis nach Sicherung dieses Reichtums. Deshalb soll die Festung Europa gebaut werden, um sie gegen Flüchtlinge abzuschotten. Wir haben deshalb auch ähnliche Entwicklungen in Frankreich und Italien. Das ist der allgemeine europäische Aspekt.

Der spezifisch deutsche Aspekt ist sicherlich die Wiedervereinigung, die hier einen enormen Dominanzschub nach sich gezogen hat. Deutschland ist nun das größte Land in Westeuropa, eine enorme wirtschaftliche Macht und will jetzt auch politisch die erste oder zumindest zweite Geige spielen. Dieser Dominanzschub – «Jetzt sind wir wieder wer, jetzt können wir wieder» – hilft auch, die Geschichte zu verdrängen.

Allerdings sind es in West und Ost unterschiedliche Entwicklungen, die man nicht immer in einen Topf werfen sollte. Im Osten spielt in der Tat der Zusammenbruch des Systems, die Desorientierung, die Arbeitslosigkeit, der Abbau des ganzen sozialen Netzes und vor allem die Entwertung und «Kolonisierung» durch den Westen eine große Rolle. Im Westen dagegen ist dieser Dominanzschub – «Wir sind wer, wir sind Deutsche und wir sind stolz darauf, Deutsche zu sein» – ganz entscheidend. Diese beiden Entwicklungen sind zusammengekommen und haben sich gegenseitig hochgeschaukelt.

Das ist eine relativ pessimistische Ausgangslage. Welche Handlungsperspektiven bleiben uns noch?

Man kann es auch anders sehen, daß viel zu tun ist. Wir müssen aus der reinen Defensive herauskommen und nicht nur sagen, wir wollen keine Gewalt und wir wollen diese Übergriffe nicht. Das ist natürlich auch wichtig. Aber wir müssen auch offensiv sagen, was wir wollen. Wir brauchen eine Einwanderungskultur und müssen damit deutlich machen, daß wir mit verschiedenen ethnischen Gruppen in Deutschland zusammenleben wollen. Also offensiv eine multikulturelle Gesellschaft – oder wie immer man das nennen möchte – aufbauen. Das ist nur möglich, wenn die ethnischen Minderheiten entsprechende politische Macht haben. Soweit ich weiß, gibt es kein Land, wo sie so wenig Selbstvertretung und autonome Organisierungen haben, wie hier in Deutschland, und die hängt ganz zentral vom Wahlrecht ab.

Mit der Entwicklung einer Einwanderungskultur meine ich aber auch, daß die Minderheiten überall sichtbar präsent sein müssen, ob das in den Medien ist, in der Politik, in allen Berufssparten, oder in der Wissenschaft. Wir brauchen z.B. türkische WissenschaftlerInnen, die aus ihrer Sicht die Situation darstellen oder auch Flüchtlinge. Stattdessen werden die Minderheiten von den Deutschen beschrieben und als Problem definiert. Das finde ich fatal.

Antirassistische Sozialarbeit

Es wird auch gesagt, daß wir das Problem mit der Sozialarbeit in den Griff bekommen könnten. Dies ist in der Analyse insofern falsch, als es das Problem bei den Jugendlichen individuell verortet, als würden sie allein aus einem individuellen Problemkontext heraus agieren und wir müßten ihnen nur mit Hilfe von Erlebnispädagogik Inhalt und Sinn geben. Ich möchte diese Form der Jugendarbeit jetzt nicht insgesamt diskreditieren, aber die politische und historische Dimension wird dabei völlig herausgelassen. Wenn wir in diesem Bereich eine politische Sozialarbeit fordern, dann muß die Sozialarbeit zuerst selbst sehen, wie sie in rassistische Denkstrukturen und Ideologien eingebunden ist. Das heißt, die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen müssen selbst herausfinden, was sie z.B. unter Deutschsein verstehen. Wann haben sie das Gefühl, daß zuviel oder nicht zuviel EinwandererInnen und Flüchtlinge hier sind? Das sind Tabuthemen unter Linken. Ich denke, wir müssen diese Fragen an uns herankommen lassen. Insofern finde ich schon, daß auf der sozialen und psychologischen Ebene mit den Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen gearbeitet werden muß, die nur dann entsprechend mit den Jugendlichen arbeiten können. Sie können nicht mit ihnen arbeiten, wenn sie nur Schuldzuweisungen an die Jugendlichen machen und sich nicht selbst in den Prozeß der Auseinandersetzung miteinbeziehen. Zusammgefaßt heißt das, Sozialarbeit muß im Kern antirassistisch sein. Das heißt, daß die deutsche weiße Sozialarbeit ihre eigene Dominanzposition erst einmal wahrnehmen muß. Ein Beispiel für diese Dominanz ist die Selbstverständlichkeit, mit der deutsche SozialarbeiterInnen glauben, für Minderheiten sprechen zu können: In den autonomen Frauenprojekten in Berlin wird derzeit z.B. die ethnische Quotierung sehr kontrovers diskutiert. Viele sagen: «Warum soll ich eine nicht-deutsche Kollegin einstellen, als Frau kann ich für alle Frauen sprechen. Ich bin als Feministin ja ohnehin auf der «richtigen» Seite.» Antirassistische Sozialarbeit kann nicht funktionieren, bevor nicht die eigene Dominanz in Frage gestellt worden ist.

Der zweite Aspekt wäre die Interkulturalität, die nur dann möglich ist, wenn die ethnischen Minderheiten ihre Sicht, ihre Positionen, ihre Vorstellungen artikulieren. Das Fatale ist nun, daß derzeit eher ein Auseinanderdriften festzustellen ist, als daß es eine Verständigung gibt oder ein Miteinanderumgehen eingeübt oder gelernt wird. Wir beobachten in der Sozialarbeit wie auch in den Schulen, daß immer stärker getrennt wird: Schulen, die einen ganz hohen Anteil von MigrantInnenkindern haben, und solche, wo quasi nur deutsche Kinder sind. Dieser fortschreitende Separatismus wird unterstützt durch eine Sozialarbeit, die eben nur mit den deutschen Jugendlichen arbeiten möchte. Sie tun mit dieser Intention praktisch unbewußt so, als wären die Flüchtlinge und MigrantInnen schon gar nicht mehr da. Ein Beispiel für strukturellen Rassismus.

Wobei ich es mir sehr schwierig vorstelle, ein solches interkulturelles Projekt zu machen, mit dem du einerseits rechte männliche Jugendliche ansprichst und zudem das Projekt öffnest. Das kann man den eingewanderten Jugendlichen überhaupt nicht zumuten.

Natürlich ist es unmöglich, Minderheiten in krasse Gewaltverhältnisse hineinzuschicken. Darum sage ich ja, daß eine Voraussetzung für interkulturelle Arbeit ist, daß die Deutschen ihre eigene Dominanzposition in Frage stellen und entsprechend verunsichert sein müssen. Sie müssen es als ihr Problem ansehen, daß sie diese Bemächtigungsphantasien, diese Arroganz, dieses Herrschaftdenken haben. Das ist der erste Punkt. Der andere ist, daß die ethnischen Minderheiten auch soweit unter sich organisiert oder ihre Vorstellungen entwickelt haben müssen, daß ein wenigstens halbwegs gleichberechtigtes Zusammengehen möglich ist.

Was hälst Du denn von den existierenden und heftig umstrittenen Skinhead-Projekten?

Es kommt darauf an, wie sie sind. Ich würde nicht

grundsätzlich sagen, jedes Skinhead-Projekt ist schlecht. Das ist zu pauschal. Es gab lange Entwicklungen in der Jugendarbeit, wo Rechtsextreme ausgesondert worden sind, weil die Sozialarbeiter eben nichts mit ihnen anfangen konnten oder wollten. Da hat man einfach das Freizeitheim für sie zugemacht. Das ist keine sinnvolle Strategie, weil sich die Pädagogen damit auch vor einer Auseinandersetzung drücken, die stattfinden muß. Die Frage ist allerdings, wie. Es reicht meines Erachtens nicht, ihnen Arbeit zu verschaffen und Aktivitäten oder Freizeiten zu gestalten. Das ist zu unpolitisch. Da werden die Jugendlichen in ihrer politischen Überzeugung überhaupt nicht ernst genommen. Man muß ihre politische Überzeugung zum Thema machen und diese mit ihnen hart diskutieren. Sie sind oft politischer als die Pädagogen, die alles auf individuelle Aufarbeitung der Lebenssituatlon oder familiärer Probleme reduzieren wollen.

Es läuft aber in der entgegengesetzten Richtung ab, daß man sagt, Sozialarbeiter sollen entpolitisiert werden, so daß es nicht mehr zu diesen Konfrontationen zwischen den Sozialarbeitern und den Rechten kommt.

Außerdem gibt es ja den Spruch, daß zuviel Rotlicht braun mache. Leute, die mit Linken konfroniert gewesen waren, oder deren Eltern eher linksorientiert sind, deren Auflehnung als Jugendliche muß eine sein, die sich davon abhebt. Das hieße, wenn es einmal eine linke politische Kultur gegeben hat, die vorherrschend war, wie z.B. in der ehemaligen DDR, dann sei es ziemlich normal, daß die Jugendlichen rechts reagieren.

So ein Automatismus ist zu einfach. Aber was daran schon richtig ist, ist, daß man natürlich fragen muß, ob die Erziehung der linken Pädagogen und Pädagoginnen die richtige war. Damit kommen wir auch zu der Frage des Verhältnisses zwischen Rassismus und der Linken. Ich denke, daß die Linken ihre Positionen selbst in Frage stel-



len müssen. Sie haben auch mit Feindbildern und Polarisierungen gearbeitet. Auch das linke Denken ist sehr von der Vormachtstellung unserer westlichen Welt geprägt. Sie glauben, das Monopol der Welterklärung zu haben. Diese Selbstgerechtigkeit – wir wissen genau, wo es lang geht, wir haben die richtige Position – verkommt ganz schnell zu einer Moral, die die anderen in die Position des Falschen drängt. Auf dieser Ebene wollen die Kinder und Jugendlichen nicht mitmachen. Dazu haben sie keine Lust.

Wir sehen das konkret am Beispiel der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Es wurde z.B. oft so gearbeitet, daß mit Kindern oder Jugendlichen ins KZ gegangen wurde, es wurden entsprechende Filme gezeigt, aber dann Schluß, Aus, Punkt. An dieser Schocker-Pädagogik zeigt sich, daß die Lehrenden die Sache selbst nicht an sich selbst herankommen lassen wollten. Sie führten den Jugendlichen etwas vor und machten damit klar, wie schlimm die Deutschen damals waren und unter Umständen auch heute noch sind. Aber sie selbst waren ja die Guten. Diese Polarisierung, die den Kindern und Jugendlichen nicht die Vermittlungsschritte zwischen dem oft ganz «normalen» Alltag ihrer Eltern und Großeltern und Auschwitz zeigt, schafft eine riesige Kluft. Eine solche Vermittlung ist sehr kompliziert, sehr anstrengend, sehr schwierig. Man muß sich selbst darauf einlassen. Wenn man das nicht wagt und nur auf einer moralischen, unvermittelten Ebene bleibt, provoziert man den Protest der Jugendlichen.

Du kritisierst an den deutschen Gesellschaftswissenschaften, daß sie sich zu lange und ausschließlich auf nordamerikanische und britische Rassismus-Forschung bezogen und keine spezifischen, eigenständigen Ansätze entwickelt haben. In welche Richtung müßte sich hier eine Diskussion in der Antirassismus-Forschung und in der praktischen antirassistischen Arbeit entwickeln?

Antisemitismus

Die bisherige Rassismus-Forschung und Antirassismus-Arbeit orientiert sich sehr stark an den Modellen und Konzepten aus den USA, England, Frankreich und den Niederlanden. Es ist sehr wichtig und sehr gut, daß hier überhaupt etwas in dieser Richtung geschieht, daß etwas angefangen wird. Der Punkt ist nur, daß wir überlegen müssen, wie es weitergehen soll. Hier sind die spezifisch deutschen Bedingungen genauer anzuschauen. Sie sind meines Erachtens zentral geprägt durch den Nationalsozialismus und den Antisemitismus. Wir können nicht einfach eine Rassismus-Diskussion führen und den Antisemitismus herauslassen. Der Antisemitismus ist aufgrund der Geschichte bei uns Deutschen ein ganz tiefliegendes Problem. Er ruft sehr bedrohliche Erinnerungen und Phantasien wach. Es besteht damit die Gefahr, mit Hilfe des Rassismus den Antisemitismus zu verdrängen. Etwa mit der Auffassung, wenn ich mich gegen Rassismus engagiere, sei der Antisemitismus automatisch mitgemeint. Das ist nicht der Fall. Rassimus und Antisemitismus haben andere Wurzeln und andere Erscheinungsformen. Aber es gibt noch andere Aspekte, die sicherlich sehr wichtig sind, z.B. der Antislawismus, die lange Tadition der Deutschen, zu glauben, alle Völker im Osten wären minderwertig und von uns zu kolonisieren. Ein dritter wichtiger Punkt ist die Auseinandersetzung mit dem Islam, da jetzt der Islam das neue Feindbild ist und alte Kreuzzugsphantasien aktiviert werden – die christlich-abendländische Kultur würde durch den Islam bedroht.

Wir sind in einem Brennpunkt verschiedener Strömungen und historischer Entwicklungen, die eine Rassismus-Forschung und eine Antirassismus-Arbeit alle miteinbeziehen muß. Es reicht deshalb nicht, wenn wir US-amerikanische, englische Untersuchungen oder Konzepte übernehmen, sondern wir müssen selbst weiter daran arbeiten.

Es scheint mir sinnvoll, historisch oder analytisch zwischen Rassismus oder Antisemitismus zu unterscheiden und beide Stränge geschichtlich zurückzuverfolgen. Wie sieht es heute konkret aus? Wo, würdest Du sagen, sind in der Funktion und der Ideologie Unterschiede der Nutzung von Antisemitismus und Rassismus?

Ich denke, der Antisemitismus hat bei uns die traditionelle Funktion der Selbstaufwertung und der Entwertung von Juden und Jüdinnen. Dies hat eine elementare Quelle einmal im christlichen Antijudaismus. Das Christentum zieht ja seine ganze Existenzberechtigung aus der «Überwindung» des Judentums. Die zweite Verknüpfung war die Definition des Deutschseins, bei der Bildung des Deutschen Reiches im letzten Jahrhundert. Dort war der Jude das negative Gegenbild: Er war alles, was als undeutsch galt, bei dem fast unmöglichen Versuch, positiv zu definieren, was eigentlich deutsch sei. Insofern ist der Antisemitismus noch viel enger mit dem Selbstverständnis der christlich sozialisierten Deutschen verknüpft als der Rassismus im klassischen Sinn.

Die politische Funktion, die der Antisemitismus heute bei uns aktuell hat, ist die, die nationalsozialistische Vergangenheit zu verdrängen und zu sagen, daß es die Juden sind, die uns dauernd daran erinnern. Sie sind es, die uns ewig damit verfolgen. Die eigenen Schuldgefühle werden auf sie projeziert, sie sind quasi unser Über-Ich. Sie sind das Gewissen, auf das wir dann wütend sind, weil sie uns schon wieder daran erinnern. Von daher hat der neue Antisemitismus politisch eine andere Funktion als der Rassismus, nämlich die der Selbstversicherung und der Verdrängung der Vergangenheit. Der Rassismus soll hingegen stärker die ökonomische und kulturelle Ausbeutung der ärmeren Länder legitimieren. Das ist eine andere Funktion, ein anderer politischer Kontext.

In Hinsicht auf die politische Funktion des Antisemitismus wird heute exakt das Gegenteil erreicht. Wenn sich ein militanter Antisemitismus darin äußert, daß Attentate auf Mahnmale verübt werden, wird gerade in solchen Momenten der Bezug auf die deutsche, nicht vergebbare Geschichte betont.

Ja, es ist praktisch ein unfreiwilliges Immer-Wieder-Heraufrufen. Das nennen wir in der Psychologie Symptomcharakter. Ich will etwas bekämpfen bzw. verdrängen, rücke es damit erst wieder ins Licht. Die Intention ist es ja, die Nazi-Zeit ungeschehen zu machen, zum Verschwinden zu bringen, von der Auschwitz-Lüge zu sprechen – das war alles nicht. Aber daß sie genau das damit immer wieder zum Thema machen, ist praktisch ungewollt, nicht intendiert.

Heute kommen beim Antisemitismus beide Strömungen zusammen: Der alte traditionelle Antisemitismus, der die Juden entwertet und letztlich ausschalten möchte und der neue Antisemitismus, der die NS-Vergangenheit ungeschehen machen möchte.

Birgit Rommelspacher ist Psychologin und Dozentin an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Berlin. Das Interview führten die Antirassistische Initiative und «Perspektiven, die internationale StudentInnenzeitung».

KURZ GEMELDET

ANTIFA-DEMO IN GEISENHEIM 24.09.92

Nach Nazi-Anschlägen auf ein Flüchtlingsheim und ein türkisches Geschäft fand am Donnerstag, den 24.09.92 in Geisenheim/Rheingau (Nähe Wiesbaden) eine für Dorfverhältnisse überraschend große «Demo gegen Fremdenhass und Gewalt» statt. Der Name läßt zwar schon einiges vom Inhalt der Redebeiträge eines Kommunalpolitikers, des DGB, eines Pfarrers und der Vorsitzenden des Ausländerbeirates Rheingau-Taunus ahnen, dennoch ist die Demo für ihre verhältnismäßig ländliche Umgebung ein Erfolg gewesen.

Zuvor waren in den zwei aufeinanderfolgenden Nächten des vorangegangenen Wochenendes zuerst ein Flüchtlingsheim mit Molotowcocktails angegriffen und dann ein türkischer Gemüseladen völlig verwüstet worden. Einige Flüchtlinge kamen nur knapp ohne Verletzungen davon, als die Brandflasche von Jugendlichen in ein hellerleuchtetes Zimmer der Unterkunft geworfen wurde, wo gerade mehrere Leute fernsahen. Die Flüchtlinge bewachen mittlerweile ihre Unterkünfte, zusammen mit örtlichen Initiativen.

SpinnenNetz MZ/WI 04.10.92

RASSISTISCHE ÜBERGRIFFE DER POLIZEI

Der folgende Text ist eine kurze Zusammenfassung des rassistischen Übergriffes von Zivilpolizisten auf den vietnamesischen Asylbewerber NGUYEN MANH TIEN. Diese Meldung gab uns das Beratungszentrum für ausländische Bürger mit der Bitte um Veröffentlichung weiter.



Der Geschädigte befand sich am 16.09.1992 ca. um 19.30 Uhr an der Haltestelle 12 auf der Frankfurter Allee. Von hier wollte er zu seinem Freund nach Ahrensfelde mit der Straßenbahnlinie 12 fahren, um ihn zu besuchen.

Da kam ein junger Mann in Zivilbekleidung. Er hat sich zuerst nicht als Polizist ausgewiesen.

Der Mann zog den Vietnamesen am Kragen, legte ihn auf den Bürgersteig. Danach sprühte der Polizist dem Geschädigten Reizgas in die Augen, um ihn mit Handschellen festzunehmen. Der Vietnamese wurde dann in einen Polizeiwagen gebracht. Der Polizist zog dann den Vietnamesen aus dem Wagen und schlug ihn mit den Fäusten in die Augen.

Der Geschädigte verlor sein Bewußtsein und man hat ihm dann aus seiner Tasche noch 900,00 DM weggenommen.

Ungefähr gegen 22.00 Uhr wurde der Vietnamese in ein Polizeirevier (Polizeirevier Frankfurter Allee/Ecke Möllendorf Str.), in der Nähe des Tatortes gebracht. Dort mußte er bis 2.00 Uhr bleiben und wurde danach nach West-Berlin in ein Gefängnis abtransportiert. Der Geschädigte mußte dort eine Nacht verbringen.

Am nächsten Morgen, dem 17.09.1992, brachte man den Vietnamesen in ein anderes Gefängnis. Nach der Untersuchung stellte die Polizei fest, daß der Asylbewerber unschuldig war. Er wurde um 9.00 Uhr entlassen. Während der ganzen Zeit, in der der Geschädigte festgehalten worden war, wurde ihm keine ärztliche Versorgung gewährt, trotz seiner Augenverletzung. Außerdem bekam der Geschädigte weder zu essen noch zu trinken. Es wurde ihm auch kein Einzugsprotokoll über die beschlagnahmten 900,00 DM ausgehändigt.

Laut gegenüber dem Beratungszentrum für ausländische Bürger gegebenen Informationen seitens des Asylbewerberheimes in Aurich, hat der geschädigte Bürger direkt vor seinem erlaubten Urlaub seine Sozialhilfe erhalten, so daß der bei ihm vorgefundene Geldbetrag durchaus erklärlich ist.

ijgd

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste Landesverein Berlin e.V.

IJGD · Tempelhofer Damm 2 · D-1000 Berlin 42

Diskothek BRONX
Geschäftsleitung
Wienerstraße

1000 Berlin 36

24. September 1992

An die Geschäftsleitung der BRONX,

folgendes Ereignis trug sich in der Nacht von Freitag auf Samstag (18./19.9.92) am Eingang Ihrer Diskothek zu:

Vier Jugendliche - alle über 18 Jahre -, die im Rahmen eines von uns organisierten internationalen Workcamps in Berlin weilten, wollten Ihre Diskothek aufsuchen, um zu tanzen. Am Eingang wurden sie von den beiden Türstehern aufgehalten, die ihre Ausweise verlangten. Auf die Frage warum, ob sie so jung aussähen, antwortete ihnen einer der Türsteher, daß es nicht deswegen wäre, sondern weil "in letzter Zeit soviel passiert sei". Farbige Menschen dürften nicht mehr in die Disco - Anweisung vom Chef!! Weiterhin sagte er wörtlich, daß nur "Arier" die Disco betreten dürften.
Die Gruppe bestand aus einer weißen deutschen Frau, einer schwarzen britischen Frau, einem polnischen und einem algerischen Mann.

Wir fordern Sie auf, innerhalb von 3 Tagen eine Stellungnahme zu diesem Vorfall abzugeben, sowie dafür zu sorgen, daß die beiden Türsteher sofort entlassen werden.



Folgende Stellen werden eine Kopie dieses Briefes erhalten:

- Ausländerbeauftragte von Berlin, Barbara John
- Grüne/Alternative Liste
- Antirassistische Initiative e.V.
- SOS Rassismus
- t a z

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste – Landesverein Berlin e.V.
Tempelhofer Damm 2, D-1000 Berlin 42
Telefon (030) 785 20 48

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
BLZ 100 205 00, Kto.-Nr. 31175/00
Postgiroamt Berlin
BLZ 100 100 10, Kto.-Nr. 708 21-105

Gleitende Arbeitszeit
Kernarbeitszeit: 10.00 bis 16.00 Uhr

KOMMENTAR

Weder bei der IJGD noch bei der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats ist bisher eine Stellungnahme der Geschäftsleitung der «Bronx» eingegangen, auch wenn deren Vertreter Dirk Nolte Gesprächsbereitschaft signalisiert hat.

Die Ausländerbeauftragte hat darauf hingewiesen, daß sie die oben abgedruckte Beschwerde nicht nur an die Ausländerbeauftragte des Bezirks Kreuzberg weitergegeben hat, sondern entsprechende Meldungen immer auch an folgende Stellen weiterleitet:

* Hotel- und Gaststätteninnung
* Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technik
* das entsprechende Bezirksamt, Abteilung Wirtschaft.

Diese Stellen zu informieren ist wichtig, da durch sie – sollten mehrere Beschwerden über dieselbe Disco, Kneipe etc. eingehen – eventuell ein Konzessionsentzug wegen unrechtmäßigen Betriebs vorgenommen werden kann.

Es hat vor einiger Zeit eine ausführliche Untersuchung zu rassistischen Praktiken in Diskotheken gegeben. Die Ergebnisse sind in folgendem Forschungsbericht zusammengestellt:

Gillemeister, Helmut; Fijalkowski, Jürgen; Merkens, Hans: «Ausländerfeindlichkeit in Diskotheken», Forschungsbericht. Hrsg. FREIE UNIVERSITÄT BERLIN, Fachbereich Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften, Institut für Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaften, Univ.-Prof. Dr. Hans Merkens, Fabeckstr. 13, 1000 Berlin 33.

STELLUNGNAHMEN

Erklärung des SprecherInnenrates der Initiative Schwarze Deutsche & Schwarze in Deutschland I.S.D. – BRD zu den rassistischen Auschreitungen gegenüber Flüchtlingen

Als die Asylbewerberheime angegriffen
wurden, lehnte ich mich zurück und sagte:
Ich bin kein Asylbewerber.

Als die türkischen Wohnbezirke in Flammen
aufgingen, sagte ich: Ich bin kein Türke.

Als die schwarzen Deutschen verfolgt
wurden, sagte ich: Ich bin kein schwarzer
Deutscher.

Als ich endlich den Rassismus in meiner
Gesellschaft erkannte, waren schon zu
viele tot.

In England heißt es «racist attacks» (rassistische Angriffe). In Deutschland wird immer noch von Ausländerfeindlichkeit gesprochen.
Dieser sprachliche Unterschied zeigt zugleich die sprachliche und gedankliche Verharmlosung an, die diese offene Gewalt gegenüber Menschen auf der Flucht, Menschen mit anderer Hautfarbe erfährt.
Es geht hier nicht um Ausländerfeindlichkeit, es geht um Rassismus!
Wir, die I. S. D. – BRD, erklären uns mit den Verfolgten und Opfern der rassistischen Angriffe solidarisch.
Ihre Angst, ihre Verfolgung muß sofort beendet werden!
Es geht um einen Angriff gegenüber allen, die nicht den Normen des weißen Deutschseins entsprechen.
Solange dies nicht BürgerInnen und den verantwortlichen PolitikerInnen klar ist, wird sich die Gewalt immer mehr ausbreiten.
Dann wird der Angriff auf die Ausländerwohnheime erst der Beginn einer immer stärker werdenden Brutalisierung des gesellschaftlichen Klimas sein.
Wir als Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland, fordern die rechtstaatliche Ahndung der TäterInnen, die mit Gewalt das Leben von Flüchtlingen bedrohen, gefährden und nehmen. Wir wissen aber, daß die Bestrafung und der polizeiliche und politische Schutz das Problem nicht lösen.
Die, die unter den Folgen des Vereinigungsprozesses und der sich verschlechternden ökonomischen und sozialen Situation zu leiden haben, sind zu TäterInnen geworden.
Doch die wirklichen TäterInnen sind die, die den Rassismus wieder gesellschaftsfähig machen. Die wirklichen TäterInnen sind die, die eine Tabuzone überschritten haben, indem sie vom «Mißbrauch des Asylrechts», von «Asylantenfluten», von «vollen Schiffen» reden und den Eindruck erwecken: Die Flüchtlinge sind an allem schuld.
Diese Argumentationsfigur zieht.
Denn noch nie ist der Rassismus aufgearbeitet worden, weder im Osten noch im Westen.
Mit dem Aktivieren von unaufgearbeitetem rassistischen Gedankengut lassen sich Stimmen und Aggressionen mobilisieren, läßt sich von den Ursachen der gegenwärtigen Krise ablenken.
Die BürgerInnen in Rostock, die der Gewalt applaudiert haben, stehen für all die in unserem Land, die mittlerweile der Propaganda glauben und für ihre tiefe Frustration ein kulturell akzeptiertes Ventil gefunden haben.
Die immer wieder neu aufbrechende rassistische Gewalt wird sich erst ändern, wenn die zu Opfern gemachten TäterInnen eine neue Lebensperspektive in Form von Ausbildungs- und Arbeitsstellen haben.
Dem Rassismus in unserem Land aber wird erst dann der Boden entzogen, wenn gesehen wird, daß er ein breites Phänomen ist, das alle gesellschaftlichen Schichten durchzieht. Wenn langfristige Initiativen pädagogischer und politischer Art ergriffen werden.
Solange dies nicht geschieht, werden Flüchtlinge, ausländische ArbeitnehmerInnen, schwarze Deutsche, Menschen, die anders aussehen, immer wieder das Ziel rassistischer Gewalt sein.
Wir verwehren uns gegen die menschenfeindliche Instrumentalisierung der Debatte um den Artikel 16 GG durch PolitikerInnen und Parteien aller ideologischen Lager, um politische Macht zu erhalten oder zu erlangen.
Wir rufen die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen, die BürgerInnen auf, die tiefe gesellschaftliche Krise ernstzunehmen, nicht nur eindeutige Solidarität mit den Opfern zu zeigen, sondern auch antirassistische Taten folgen zu lassen.
Wir fordern ein Antidiskriminierungsgesetz gegen rassistische Gewalt und Diskriminierung.
Wir rufen auf, langfristige Persprektiven zu ergreifen, um dem Rassismus in Deutschland den Nährboden zu entziehen.
SprecherInnenrat der I.S.D. – BRD
Duisburg, den 06.09. 1992



RASSISTISCHE ÜBERFÄLLE AUF AUSLÄNDER – SIGNALE EINER UNVERSTANDENEN JUGEND?

Im Herbst 1992 wird die montägliche Zeitungsschau geprägt vom Zählen der rassistischen Überfälle auf Asylbewerberheime. Wer gedacht hatte, daß die rechtsradikalen Angriffe auf das Flüchtlingsheim in Hoyerswerda der Höhepunkt von Gewalttaten gegen Ausländer waren, wird nun – 1 Jahr danach – eines Besseren belehrt: Hoyerswerda war erst der Anfang.
Rassistische Überfälle werden aus Ost- und Westdeutschland gemeldet. Unbestritten ist aber, daß rechtsradikale Jugendliche besonders in den neuen Bundesländern aktiv sind und das mehrtägige Belagern von Flüchtlingsunterkünften in Rostock, Quedlinburg oder Wismar eine neue brutale Qualität der Gewalt gegen Ausländer darstellt.
Das Verhalten jugendlicher Gewalttäter steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Zeitungskolumnen und Talkshows. Im Blickpunkt der Debatten steht das soziale Umfeld der jungen Rechtsradikalen in den neuen Bundesländern. Von sozialem Frust, mangelnden Lehrstellen oder Arbeitsplätzen, vom Verfall der Werte ist die Rede. Es sei hier angemerkt, daß es keinen Automatismus zwischen sozialen Problemen und jugendlicher Gewaltbereitschaft gibt. Die Diskussion um den sozialen Zündstoff in Ostdeutschland muß geführt werden. Es darf aber nicht zugelassen werden, daß diese zur Rechtfertigung jugendlichen Fehlverhaltens führt und die Probleme der Opfer vergessen werden, wie es gegenwärtig der Fall ist.
«Die Täter sitzen in Bonn», so lautet in diesem Zusammenhang eine These, die es verdient, näher untersucht zu werden.
Die Debatte zur Beschleunigung der Asylverfahren begann im Sommer vergangenen Jahres, noch vor den Ereignissen in Hoyerswerda. Nach den Angriffen auf das Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen wird nun erst recht zum Sturm auf das Grundrecht auf Asyl geblasen. Wer der Bevölkerung suggeriert, daß durch eine Grundgesetzänderung und eine weitere Verschärfung des Asylrechts das sogenannte «Flüchtlingsproblem» gelöst wird, schürt falsche Erwartungen und spielt im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Feuer. Es ist schon Zynismus in höchster Potenz, wenn verantwortliche Politiker von CSU bis SPD wachsende Asylbewerberzahlen und zunehmenden Rassismus in einer Art Ursache-Wirkungsmechanismus koppeln. Der umstrittene mecklenburgische Innenminister Kupfer hatte nach den Rostocker Krawallen nichts Eiligeres zu tun, als zu fordern, die «unkontrollierte Zuwanderung von Ausländern in den Griff zu bekommen». Konsequent weitergedacht sind die Ausländer, die in Deutschland Einlaß begehren, selbst schuld, wenn der Empfang nicht immer freundlich ausfällt.
Hinter diesem Zynismus steckt aber mehr: Die über ein Jahr andauernde Asyldebatte soll von den sozialen Problemen im Ergebnis der deutschen Vereinigung ablenken, die bewußte Beschneidung der Rechte von Ausländern und insbesondere Flüchtlingen macht diese erst recht zu einer Minderheit, die die Rolle des Sündenbocks spielen muß.
Vergessen wird, daß eine deutsche Außenpolitik, die zunehmend wieder auf militärische Stärke setzt, selbst Ursachen für Fluchtbewegungen schafft. Die wiederaufgenommene Militärhilfe für die Türkei «produziert» faktisch neue kurdische Flüchtlinge.Die Probleme der Opfer, ihre Fluchtursachen sind es, die in erster Linie diskutiert werden müssen und nicht die möglichen sozialen Frustrationen der Täter.
Die Aufklärung über die Schicksale der Flüchtlinge, ihre Probleme in den Herkunftsländern ist eine Möglichkeit der Gegenstrategie zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsradikalismus. Jugendarbeit sollte darauf gerichtet sein, Gesprächsmöglichkeiten zwischen deutschen Jugendlichen und ausländischen Bürgern zu schaffen. Dazu sollte die Projektarbeit an Schulen besonders unterstützt werden.
Die Erfolge einer solchen Arbeit bleiben natürlich in einem gesellschaftlichen Umfeld, das von einer diskriminierenden Ausländergesetzgebung bestimmt wird, begrenzt. Hinzu kommt die bestimmende eurozentristische Sicht der Bundesregierung auf globale Entwicklungsprobleme, das Setzen auf Abschottung von den sozialen Problemen in Osteuropa oder der Entwicklungsländer, die die soziale Arbeit mit Flüchtlingen aus diesen Regionen erschweren.
Wer von «Wirtschaftsflüchtlingen» oder gar «Scheinasylanten» spricht, vergißt, daß die innerdeutsche Wanderungsbewegung von den selben Motiven bestimmt wird. Die Flucht vor sozialen Mißständen in wirtschaftlich entwickeltere Staaten ist moralisch legitim, solange letztere keine ernsthaften Anstrengungen unternehmen, zur Beseitigung der Fluchtursachen beizutragen.
Ein positives Umfeld für die soziale Arbeit mit Ausländern erfordert auch eine konsequentere Bestrafung von Gewalttätern als es bisher der Fall war. Ein Beispiel für die Inkonsequenz der deutschen Rechtsprechung kommt aus Thüringen, wo organisierte Jungnazis ungestört beim Erstürmungstraining von Asylbewerberheimen gefilmt werden können.
Die Inkraftsetzung eines Antidiskriminierungsgesetzes würde sicher keine Garantie gegen Benachteiligungen von Ausländern bieten, aber ein Signal für einen konsequenteren staatlichen Schutz für ausländische Bürger setzen.

Jens-Uwe Thomas
Beratungs- und Begegnungsstätte für AusländerInnen «Oase Pankow» (Florastraße 33 / 0-1100 Berlin)



Rassismus und Diskriminierung

Wir, Delegierte der Kirchen Europas auf der 10. Versammlung der «Konferenz der Kirchen Europas» (KEK), sind entsetzt und äußerst beunruhigt über den dramatischen Anstieg rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Taten sowie der ethnischen und religiösen Intoleranz, die unseren Kontinent wie eine Welle überschwemmt. Gewalttätige und tödliche Angriffe richten sich gegen Schwarze und ImmigrantInnen, nationale Minderheiten, Flüchtlinge und Asylsuchende. In bestimmten Gegenden erleben wir verschärfte Feindseligkeit gegen Roma und Sinti, in anderen gegen Menschen und Symbole jüdischen, moslemischen und anderen Glaubens, und wir erleben, wie mühevoll gewonnene religiöse Freiheiten erneut von Regierungen unterdrückt werden.

Es besteht die ernste Gefahr, daß sich Europa selbst als abgegrenzt bestimmt, als eine Festung, die ihre Pforten gegenüber der übrigen Welt verschließt. Ideologien, die die europäische Kultur als ausschließlich und überlegen ansehen, gewinnen an Boden. Wir sehen auch die Möglichkeit einer neuen Teilung innerhalb Europas, die nicht auf konträren politischen Ideologien beruht, sondern auf ökonomischer Macht. Es besteht die Gefahr, daß eine wohlhabende Mehrheit die Probleme von Randgruppen, Arbeitslosen sowie ethnischen und religiösen Minderheiten ignoriert.

Christentum hat gegenüber menschlicher Gleichheit eine starke Verpflichtung. Wir sind alle Abbilder Gottes.

In Europa erkennen sehr viele Christen das reichhaltige Mosaik der kulturellen und religiösen Traditionen sowie der traditionellen Weltoffenheit Europas an und würdigen sie. Wir sehen zwar, daß es keine einfachen Lösungen gibt und daß es bereits ernste ökonomische und soziale Probleme vieler weniger begüterter Menschen in Europa gibt (einige von ihnen sollen eine große Zahl von Flüchtlingen und ImmigrantInnen in ihrer Mitte aufnehmen), wir, die Mitgliedskirchen des KEK versichern die Notwendigkeit, daß allen Völkern, die auf diesem Kontinent leben, ihr rechtmäßiger Platz und der Schutz ihrer eigenen Identitäten und kulturellen Wurzeln garantiert werden muß.

Hierfür werden die Kirchen aufgefordert, alle Formen von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, politischer Ansichten, ethnischer oder nationaler Abstammung, Geschlecht, geistiger oder körperlicher Behinderung zu bekämpfen und gleiche Behandlung aller zu unterstützen.

Wir fordern die Kirchen dazu auf:

- die Diskriminierung innerhalb ihrer eigenen Strukturen und Bräuche auszulöschen
- pädagogische Programme zur Bekämpfung von Ursachen und Auswirkungen von Diskriminierung zu entwickeln
- die von Rassismus Betroffenen direkt zu unterstützen
- Veranstaltungen zum jährlichen «Internationalen Tag der Beseitigung von rassistischer Diskriminierung» durchzuführen.

Die Kirchen müssen auch Druck auf die Regierungen ausüben, damit diese folgende Maßnahmen ergreifen:

- alle Formen rassistischer Diskriminierung zu verbieten, die Verbote in die Gesetzgebung aufzunehmen und zu kontrollieren
- gegen jede neu auftretende Diskriminierung von Minderheiten zu protestieren
- die Entwicklung von Programmen zur Gleichstellung im Gesundheits- und Erziehungswesen, sowie auf dem Arbeits- und Wohnungsmarktmarkt zu fördern
- nicht-europäischen Staatsbürgern nach nicht mehr als fünf Jahren Aufenthalt die Staatsbürgerschaft zu gewähren
- denjenigen, die sich legal aufhalten, zur gegebenen Zeit das kommunale Wahlrecht zu geben
- die Situaion der sog. Schwarzarbeiter gesetzlich zu regeln
- die Konventionen und Vereinbarungen folgender Organisationen zu unterzeichnen, zu ratifizieren und zu erfüllen: der UN, der Internationalen Arbeitsorganisation, der KSZE, des Europarates, als auch die UN-Konventionen zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung, die Konvention der Rechte von FremdarbeiterInnen und deren Familienangehörigen, die Europäische Menschenrechtskonvention einschließlich des Rechts, diese einzuklagen.

Berlin, den 28.08.1992, An den Innenminister von Brandenburg

Sehr geehrter Herr Innenminister!

Seit sechs Jahren bereiten wir, die MitarbeiterInnen von Babylonia e. V. (Gemeinnütziger Verein für Völkerverständigung), Deutschkurse für AusländerInnen vor. Auch dieses Jahr nahmen im August Menschen aus verschiedenen Ländern an einem Deutsch–Intensivkurs teil, zu dem wir für vier Wochen nach Berlin eingeladen hatten.

Am 19. August fuhren einige unserer KursteilnehmerInnen zu der Kundgebung und Demonstration wegen des Mordes an Amadeu Antonio nach Eberswalde-Finow. Während der Demonstration wurde eine unserer Kursteilnehmerinnen mit einem Luftgewehr angegriffen. Aus dem Fenster im ersten Stock eines anliegenden Hauses feuerte ein Mann in die Menschenmenge. Dabei wurde die Frau von einem Geschoß am Hals getroffen und verletzt. Zur gleichen Zeit lief in ihrer Nähe ein junger Schwarzer im Demonstrationszug mit. Möglicherweise könnten auch ihm die Schüsse gegolten haben. Die Polizei hatte nichts gesehen und nichts gehört. Unsere Schülerin und die in der unmittelbaren Nähe beteiligten Personen nahmen sofort Kontakt zur Polizei auf und zeigten ihr die Schußwunde am Hals. Gleichzeitig wurde weiter mit dem Luftgewehr auf die Menschenmenge gefeuert. Obwohl dies vor den Augen der Polizei passierte, war sie auch auf die Bitte der beteiligten Personen hin nicht bereit einzugreifen und zu handeln. Auch die Suche nach dem zuständigen Einsatzleiter blieb erfolglos. Offensichtlich hatte die Polizei in Eberswalde-Finow kein Interesse daran, DemonstrationsteilnehmerInnen vor rassistischen Angriffen zu schützen. Fassungslos mußte die Frau hinnehmen, daß sich die Polizei in dieser Situation durch Passivität und Gleichgültigkeit auszeichnete, während sie gleichzeitig schnelle Reaktionen bei Knüppeleinsätzen gegen antifaschistische DemonstrationsteilnehmerInnen bewies.

Bedauerlicherweise konnten wir erst aus Presseinformationen entnehmen, daß sich die Polizei am Ende wohl doch noch überwunden hat, in die Wohnung des Schützen zu gehen und Anzeige zu erstatten. Falls es zu einem Prozeß kommen sollte, wird unsere Schülerin als Nebenklägerin auftreten.

Wir fordern Sie auf, das Verhalten der Polizei zu klären und die Beteiligten zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir verurteilen aufs Schärfste, daß es Faschisten und Rechtsextremisten möglich gemacht wird, AusländerInnen zu ermorden, wie im Falle von Amadeu Antonio und vielen anderen, sowie das Verhalten der Polizei in Eberswalde-Finow, die rassistische Angriffe auf DemonstrationsteilnehmerInnen billigend in Kauf nimmt.

Babylonia e. V.

OFFENER BRIEF AN DIE PDS IN KLÖTZE!!!

Betr.: Pressemeldungen aus der «Altmark-Zeitung» vom 29.8.92 (s. auf dieser Seite abgedruckte Zeitungsausschnitte)

GenossInnen der PDS in Klötze,
die oben erwähnten Presseartikel, die ihr sicherlich kennt, melden, daß die PDS «ihre Mitglieder und alle Bürger» auffordert, «nicht an der für den 5. September in Klötze geplanten Demonstration gegen Rechtsradikalismus teilzunehmen.»
Beruhen diese Meldungen auf Tatsachen, handelt es sich hierbei um einen Skandal, der die PDS in den Augen vieler AntifaschistInnen, inclusive des Verfassers, diskreditieren muß.
Nach den Pogromen in Rostock und vielen anderen Städten müßte es die Aufgabe aller AntifaschistInnen sein, **jegliche Aktionen gegen Faschismus und Rassismus zu unterstützen und selber welche zu initiieren.** Das deckt sich auch mit sämtlichen Beschlüssen der PDS zum Kampf gegen Faschismus und Rassismus. Wie kommt dann die PDS Klötze bzw. ihr Kreisvorstandsmitglied Burkhard Heimann und der Landtagsabgeordnete der PDS Hans-Jörg Krause dazu, die für den 5. September geplante, von antifaschistischen Gruppen **außerhalb der PDS** geplante Demonstration zu sabotieren?
Das sollte den bürgerlichen Parteien von der CDU bis zur Spieß-BürgerInnenbewegung vorbehalten bleiben.
Ekelerregend ist die Anbiederung an den rassistischen Mob, wenn in besagten Presseartikeln der PDS-Abgeordnete Krause mit dem Satz zitiert wird, daß die Bürger von Klötze die geplante Demonstration als einen gezielten Racheakt ansehen würden. Steht dieser «Sozialist» auf der Seite der Flüchtlinge oder des den rassistischen Pogromen applaudierenden Mobs?
Es kommt noch dicker, wenn Krause die faschistischen Jugendlichen ausdrücklich wegen ihrer Gesprächsbereitschaft (mit ihm, den deutschen Abgeordneten, nicht den Flüchtlingen, d. V.) lobt, während die antifaschistische Jugend Salzwedel, die so gesprächsbereit nicht ist, deswegen gescholten wird. Damit wird suggeriert, daß eigentlich die AntifaschistInnen das größere Problem sind.
Was lehrt uns diese Meldung? Es gibt nicht nur in allen bürgerlichen Parteien eine REP-Fraktion von reaktionären, rassistischen Männern, die immer ein Ohr für deutsche Stammtischreden haben und denen Ruhe und Ordnung über alles geht. Auch in der PDS scheinen sich Ableger davon breitzumachen.
Die PDS ist gefordert, sich von solchen Typen rückhaltslos zu distanzieren und gemäß ihrer Programmatik alle antifaschistischen Aktionen vorbehaltslos zu unterstützen.

Mit kommunistischen Grüßen
Peter Nowak
autonomer kommunist und (bisher) sympathisant der pds

Klötzer PDS fordert zum Gewaltverzicht auf

Jugendliche sollen an einen Tisch kommen

Klötze (hs). Die PDS fordert ihre Mitglieder und alle Bürger auf, nicht an der für den 5. September in Klötze geplanten Demonstration gegen Rechtsradikalismus teilzunehmen. Wie das Klötzer Kreisvorstandsmitglied, Burkhard Heimann erklärte, gäbe es in jüngster Zeit ernstzunehmende Hinweise, daß einzelne Gruppierungen sich auf gewalttätige Auseinandersetzungen vorbereiten.

Wie Heimann erklärte, hätte seine Partei die Demonstration ursprünglich auch begrüßt, da der Kampf gegen den Faschismus zu ihren Grundzielen gehöre. Dies, so daß Klötzer Vorstandsmitglied weiter, könne jedoch nur auf gewaltfreier Basis [illegible]heben. Daß das Thema von der PDS ernst genommen wird, darauf weist auch die Tatsache hin, daß zu der Beratung am vergangenen Donnerstag in Klötze auch Vertreter aus den Kreisen Salzwedel, Gardelegen und Stendal zugegen waren. Die Entscheidung, vom Besuch der Demonstration abzuraten, werde von allen an der Beratung beteiligten getragen. Diese Empfehlung, so Heimann, sei auch von einem Vertreter der antifaschistischen Jugend aus Stendal mit nach Hause genommen worden.

Weniger erfolgreich sollen die Gespräche mit der antifaschistischen Jugend in Salzwedel gewesen sein. Dort hatte nach Heimanns Aussage der Landtagsabgeordnete der PDS, Hans-Jörg Krause, versucht, Kontakt aufzunehmen, wobei er jedoch auf wenig Gesprächsbereitschaft stieß.

Auch wenn davon auszugehen ist, daß Auswärtige am 5. September in Klötze auftreten, fordert die PDS: „Der Klötzer Landrat, Friedhelm Heinecke, soll versuchen, die Jugendlichen der rechten und linken Szene gemeinsam an einen Tisch zu bekommen!"

PDS-Appell gegen Gewalt

Salzwedel. „Wenn die Linken nicht da wären, wären die Rechten allein." In einem spontan organisierten Pressegespräch appellierte gestern Hans-Jörg Krause, Landtagsabgeordneter der PDS, an die Salzwedeler „Antifa"-Jugend, nicht an der geplanten Demonstration am 5. September in Klötze teilzunehmen. Die Klötzer Bürger, so Krause, sehen in der Demonstration eher „einen gezielten Racheakt" und eben nicht eine Möglichkeit, friedlich gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit einzutreten. Im Gegenteil. Man spreche in Klötze sogar davon, daß die Ereignisse bewußt gesteuert seien, um Klötze zum Zentrum der Randale und der Gewalt zu machen, und somit auch die Kreisstadtfrage zu entscheiden. Positiv empfindet PDS-Abgeordneter Krause die jüngst geäußerte Gesprächsbereitschaft der Klötzer Rechten. Der Politiker fordert Bürgermeister und Landrat des Salzwedeler Nachbarkreises auf, sich nun umgehend mit den Jugendlichen in Verbindung zu setzen. In der Vergangenheit, hätten sich die dortigen Stadtväter viel zu wenig um Gespräche mit den dortigen jungen gewaltbereiten Leuten bemüht.

NEUE BÜCHER NEUE BROSCHÜREN

Wir stellen hier einige neue Broschüren zum Thema Antifaschismus und Antirassismus kurz vor. Zugleich bitten wir alle Gruppen und Initiativen, die eine neue Broschüre herausgeben, uns ein Besprechungsexemplar zuzusenden.

Carsten Wiegrefe: Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse? Autonome Reflexionen zu Faschismus, Rassismus und Sexismus

«Die» Autonomen, so scheint es, sind verschwunden. Prägten sie noch bis zum Ende der achtziger Jahre die – medial vermittelten – Bilder der Demonstrationen, besetzten Häuser und allgemein der Gegenkultur, so sind von ihnen heute nur noch die obligatorischen revolutionären 1.Mai Demonstrationen, der Kampf gegen «die Faschos» sowie die Flüchtlingsarbeit für Außenstehende wahrnehmbar. Die ungelösten Fragen haben sich potenziert, die politischen Widersprüche zerreißen immer stärker den Szene-Alltag. Die Kommunikation untereinander steckt in den diversen Szeneblättern fest, ein hilfloser Aktionismus («Nie wieder Deutschland!») tritt häufig an die Stelle der Diskussion unliebsamer Probleme. Eine der wenigen hervorzuhebenden Ausnahmen bildet die «autonome l.u.p.u.s.-gruppe» aus dem Rhein-Main-Gebiet. Seit 1986 mischt sich diese Gruppe öffentlich in diverse Auseinandersetzungen ein und versucht Stellung zu beziehen zu den Problemen im Bermudadreieck von Faschismus, Rassismus und Sexismus. Nun liegt erstmals eine Sammlung von Aufsätzen vor, die ihre Debatten einem größeren Kreis außerhalb der Szene zugänglich macht.

Der Band «Geschichte, Rassismus und das Boot» enthält ein halbes Dutzend eigener Beiträge sowie einen «Frankfurter MigrantInnenbeitrag», der sich prononciert mit der autonomen Praxis auseinandersetzt. Zwei grundlegende Probleme durchziehenden sämtliche Beiträge: zum einen wird versucht, die Umrisse der neuen Fragen nach dem Zusammenbruch der RGW-Länder und der «neuen Weltordnung» zu bestimmen. Symptomatisch steht hier der Golfkrieg und das «Intellektuellensterben» (S.61) in der BRD. Die einstigen intellektuellen Wegbegleiter der StudentInnenbewegung (z.B. H.M.Enzensberger, Daniel Cohn-Bendit) entdecken die einzig verbliebene zivilisierte Welt und sehen ihre Aufgabe in der Verteidigung der abendländischen Kultur. Das Novum für die Antikriegsbewegung vor eineinhalb Jahren war so der überraschende Vorwurf des Antisemitismus, da nicht der bedingungslosen Bombardierung Iraks zugestimmt wurde. Die ehemaligen antiimperialistischen Klarheiten (palästinensische Solidarität und Kritik des Zionismus) werden nun von l.u.p.u.s. in bemerkenswerter Weise kritisch hinterfragt und das Verhältnis der Linken zu Israel (der Wandel vom positiven Bild der 68er zum heutigen negativen) als Tabuzone problematisiert.

Ein anderes Fettnäpfchen, in welches l.u.p.u.s. tritt, ist die Kritik der «4.Reich-These» der radikalen Linken und deren Implikationen. Bekannt unter der Formel «schlagt die Nazis, wo ihr sie trefft» solle die Kontinuität bzw. die Parallele vom Nationalsozialismus und der heutigen Entwicklung praktisch bekämpft werden. Der Einwand besteht «gegen die Ritualisierung eines autonomen Antifaschismus, der den aufbrechenden Fragen 1989/90 die Antworten der 70er Jahre entgegenhielt» (S.19). Die AutorInnen betonen deshalb gerade die Diskontinuitäten zwischen den 30er Jahren und heute und verschieben den Schwerpunkt ihrer Aufmerksamkeit auf die «substanzielle Basis ... des breiten völkischen Konsens dieser Gesellschaft» (S.36). Das Geflecht von Rassismus, Geschlechterwiderspruch und Klassenauseinandersetzungen gilt es zu entwirren, ohne vorschnell praktische Antworten und Perspektiven bieten zu müssen. Eine gewagte Forderung.

autonome l.u.p.u.s Gruppe: Geschichte, Rassismus und das Boot. Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse? Edition ID-Archiv, Berlin – Amsterdam, 1992, 170 Seiten, 18,-DM

ANZEIGE

Ist unser Leben in Deutschland noch sicher?

Hoyerswerda, Rostock, Hünxe, Hannover-Lichtenhagen,... Ufuk Sahin, Mahmut Azhar, Amadeu Antonio, Mete Eksi,.... Was ist los in Deutschland? Menschen sind sich ihres Lebens nicht mehr sicher. Wohnheime brennen, Menschen werden attackiert und die Bevölkerung gafft und klatscht Beifall. Der Staat will das Problem mit einer Grundgesetzänderung "bewältigen". In Wahrheit trägt er zur Verschärfung der Lage bei.

Andere Themen:
Armenier in Berlin, Studentendelegation berichtet aus Palästina, Bund der Antifaschistischen Jugend aus der Türkei und Kurdistan gründet sich, Ein 'Cim-Bom'-Fan war beim Spiel gegen Eintracht Frankfurt, und vieles mehr.

Die interkulturelle Zeitschrift.



Einfach 3,- DM in Briefmarken an KAUDERZANCA, Hohenstaufenstr. 5, W-1000 Berlin 30 schicken.

Nr. 10 ab mitte November erhältlich!

Wir trauern um

SILVIO MEIER,

der am 21.11.92 im U-Bahnhof Samariterstraße von Faschisten ermordet wurde.
Silvio war zuletzt an der Fertigstellung dieser ZAG beteiligt.

ZAG-Redaktion

DAS ZAG KÖNNT IHR HIER UND DA UND DORT BEKOMMEN ABER GANZ BESTIMMT BEI:

ADA, Reichenberger Str. 63 A, W-1000 Berlin 36, Tel.: 6189272

Antiquariat, Oranienstr. 45, W-1000 Berlin 61

Antirassistische Aktion an der FU, Info-Café (Raum L 25/15 in der FU "Silberlaube", nahe EWI-Bibliothek), Tel.: 8383651

AStA der TU, Marchstr. 6, W-1000 Berlin 12

AStA der FHSS (Alice Salomon Fachhochschule), Karl-Schrader-Str. 6, W-1000 Berlin 30

AStA der FU, Kiebitzweg 23, W-1000 Berlin 33

Bandito Rosso, Lottumstr. 10a, O-1054 Berlin

BAOBAB, Winsstr. 53, O-1055 Berlin, Tel.: 4269451

Buchladen im BAZ. Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61

Buchladen im Haus am Köllnischen Park, Am Köllnischen Park, O-1054 Berlin

Buchladen O 21, Oranienstr. 21, W-1000 Berlin 36

Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, W-1000 Berlin 61

Café Cralle, Hochstädter Str. 10a, W-1000 Berlin 65

Copy Proppy, Gneisenaustr. 113, W-1000 Berlin 61

Eine Welt-Laden des BAOBAB, Wichertstr. 51, O-1017 Berlin

Ex, Gneisenaustr. 2a, W-1000 Berlin 61

Infoladen Lunte, Weisestr. 53, W-1000 Berlin 44

Kastanie, Schloßstr. 22, W-1000 Berlin 19

Linde, Sophie-Charlotten-Str. 97, W-1000 Berlin 19

Mehlwurm, Vollkornbäckerei, Pannierstr. 2, W-1000 Berlin 44

Paul-Schneider-Haus (Café im Keller), Schönwalder Str. 23, W-1000 Berlin 20

Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16, W-1000 Berlin 65

VHS Kolleg Schöneberg, Nürnberger Str. 63, W-1000 Berlin 30

Wenn Ihr das ZAG regel-mäßig in Eurem Brief-kasten haben wollt

Diesen Bestellzettel fotokopieren oder ausschneiden und absenden an:

ZAG/Antirassistische Initiative e.V.
Yorckstr. 59, HH
W-1000 Berlin 61

Unser Konto:
Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
Keithstr. 2
W-1000 Berlin 30
Kontonummer :303 96 01
Bankleitzahl:100 205 00
Stichwort ZAG

Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) kostet 16,- DM inclusive Porto, Lieferung nur gegen Vorkasse.

Wer das ZAG unterstützen will: ein Förderabo für ein Jahr (4 Ausgaben) kostet 24,- DM oder mehr.

WiederverkäuferInnen (Buchhandlungen, Infoläden, usw.) erhalten Rabatt, bitte bei der Redaktion melden.

☐ Ich möchte ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben).

☐ Ich möchte das ZAG-Förderabo (4 Ausgaben) und bezahle ______,-DM.

Außerdem sind noch lieferbar ZAG Nr. 1, 2 und 3 für jeweils 3,- DM je Ausgabe inclusive Porto.

☐ Ich bestelle _____ Exemplare von ZAG Nr. 1
_____ Exemplare von ZAG Nr. 2
_____ Exemplare von ZAG Nr. 3
und bezahle _____,-DM.

☐ Das Geld wird auf das Konto überwiesen.

☐ Ich lege den Betrag als Verrechnungsscheck, Bargeld (nur Scheine) oder in Briefmarken bei.

☐ Ich benötige eine Rechnung.

Meine Anschrift:
Name:
Straße:
Ort:
Datum: Unterschrift: